Nr. 192. 21. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Lassen sich Grubenkatastrophen verhüten?

Die Alten trösteten sich über die vielen Menschenopfer, die von der Schiffahrt gefordert, mit dem fatalistischen Spruch: Die Schiffahrt sei notwendig, daher auch leider ihre Opfer. In Anlehnung an diesen altertümlichen Fatalismus haben auch schon preußisch-deutsche Minister für Socialreform bedauernd erklärt, der Bergbau sei notwendig, infolgedessen auch die ihm dargebrachten Menschenopfer. Von dieser duldungsvollen Auffassung der Reformmöglichkeit haben aber die hauptbeteiligten Bergarbeiter niemals viel wissen wollen. Wenn auch jeder Praktiker weiß, daß ganz ohne Katastrophen sich der Grubenbetrieb nicht einhalten läßt, so ist aber soviel sicher: sehr viele Grubenunglücke können verhütet werden, wenn allen Anforderungen der Sicherheitspolizei und vor allem den praktischen Reformvorschlägen der Arbeiter sorgsam Rechnung getragen wird.

Das wird immer wieder offiziell und inoffiziell bestritten. Man sieht einfach das Verunglücken von hunderten Bergleuten als eine unabwendbare, allerdings tief bedauerliche Notwendigkeit an, ignoriert die Arbeiterforderungen, übersieht die socialpolitische Bedeutung der Arbeiterorganisation, und regiert schlecht und recht weiter vom grünen Tisch aus.

Und doch läßt sich durch Anwendung modernster Hilfsmittel mancher Arbeiter vor dem Berufstode retten. Dies ergiebt zwingend das Studium der soeben von dem preußischen Bergwerksministerium herausgegebenen Materialien über die Häufigkeit der in Preußens Gruben vorkommenden Wetterexplosionen.

Daß Wetterexplosionen vorkommen „müssen" und auch zahlreiche Opfer fordern „müssen", plappert jeder Geheimrat nach, wenn die Rede auf die Grubenzustände kommt. Noch gar nicht lange ist es her, da sah man es als „selbstverständlich" an, daß mit der zunehmenden Grubentiefe auch die Schlagwettergefahr stiege, wenn nicht „ganz besonders günstige Umstände" einträten. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte lehrt aber das Gegenteil. Es ist gelungen, trotz immenser Ausdehnung der unterirdischen Baue, die Zahl der Wetterexplosionen ganz bedeutend zu verringern, insonderheit aber ist die Gefährlichkeit der Schlagwetter-Explosionen für die Arbeiter außerordentlich herabgemindert worden. Diese Thatsache ist zur Beurteilung der Möglichkeit eines besseren Arbeiterschutzes so allgemein wichtig, daß wir die markantesten amtlichen Daten hierher setzen.

Es ereigneten sich im Durchschnitt 1891/1900 jährlich, berechnet auf den ganzen preußischen Bergbau, 70,5 Schlagwetter-Explosionen, von denen 182,8 Personen (getötet oder verletzt) betroffen wurden. Die Explosionszahl sank dann wie folgt: 1901: 40, 1902: 22, 1903: 30; die Zahl der betreffenden Personen 129, 45, 53. Im letzten Jahre haben sich zwar wieder häufiger Explosionen ereignet, auch sind, dank der intensiven Antreiberei, mehr Arbeiter verunglückt. Aber gegen den Durchschnitt 1891/1900 ist doch eine außerordentliche Besserung eingetreten.

Daß die Explosionsopfer sich haben bedeutend herabmindern lassen, ergiebt folgende Tabelle. Es kamen

	auf eine Million Tonnen Förderung		auf je 1000 beschäftigte Personen	
	tödliche Explosionen	getötete Personen	tödliche Explosionen	getötete Personen
Durchschnitt 1881/90	0,50	1,85	0,139	0,517
„ 1891/1900	0,21	0,91	0,057	0,245
„ 1901	0,15	0,58	0,037	0,144
„ 1902	0,03	0,09	0,007	0,022
„ 1903	0,08	0,13	0,021	0,033

Diese charakteristischen Ziffern sprechen für sich selbst. Man bedenke, daß im Laufe der letzten 20 Jahre sich erst die bergbaulichen Riesenbetriebe entwickelt haben, wo auf einer Zeche mehrere 1000 Arbeiter unter Tage anfahren. Erst während dieser Zeit sind die vornehmlich schlagwetterhaltigen unteren Flötzpartien erschlossen, die Schächte sind 500—800 Meter niedergebracht, vom Schachtausgang bis zur entfernten Arbeitsstelle haben die betreffenden Belegschaften ½—1 Stunde unterirdisch zu wandern! Und dieses gewaltige unterirdische Getriebe vermochte man neuerdings derart mit frischer Luft zu versorgen, daß die Gasentwicklung heute ungleich wirksamer verhindert wird wie früher in den viel beschränkteren Abbauen.

Die gefährlichsten Schlagwettergruben liegen im Ruhrbecken. Hier ereigneten sich von 1861 bis 1898 insgesamt 2282 Schlagwetterexplosionen, durch die 1828 Arbeiter getötet, 3314 schwer, 5142 leichter verletzt wurden. Gerade hier lassen sich denn auch über die Vorbedingungen des Arbeiterschutzes die besten Studien anstellen. Betrachten wir uns zunächst folgende Tabelle:

	Zahl der Ruhrbergleute	Zahl der Explosionen	Zahl der Getöteten	Auf 1000 Arbeiter entfielen Getötete
Durchschnitt 1861/1870	42 890	36	27	0,63
1871/1880	76 793	52	34	0,44
1881/1890	102 174	92	68	0,62
1891/1900	169 661	57	62	0,37
1901/1903	247 960	22	20	0,08

Auch hier eine sehr bedeutende Abnahme der Explosionen und ihrer Opfer. Indessen bemerken wir in dem Jahrzehnt 1881/90 wieder ein bedeutendes Anschwellen der Grubenunsicherheit. In den Jahren 1882—86 stieg die Explosionszahl sogar auf 100 bis 120, getötet wurden bis zu 1,25 Arbeiter pro 1000! Woher diese auffallende Erscheinung? Warum nahm gerade in dem 8. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts die Grubenunsicherheit so kolossal zu?

Durch das Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie (1878) ist den Ruhr-Bergleuten die damalige gewerkschaftliche Organisation zerstört worden!!! Von da an stieg auch die Grubenunsicherheit rapide! 1878 kamen 0,42 pro 1000 Bergleute durch Explosionen zu Tode, dann hatten wir folgende Unfallzahlen: 0,56, 1,02, 0,44, 0,64, 1,25, 0,81, 0,63, 0,88, 0,82; und erst nachdem Ende des achten Jahrzehnts das Wüten der Socialistentöter erlahmte, besserten sich auch die Werksverhältnisse. Die Bergleute konnten da nämlich wieder mit ihrer organisatorischen Bewegung einsetzen, die 1889 ihren Abschluß fand nach dem großen Streik in der Gründung des Bergarbeiter-Verbandes. Im neunten Jahrzehnt ging die Zahl der Explosionsopfer fast andauernd zurück, um schließlich, analog dem Erstarken der Bergarbeiter-Gewerkschaft, auf den nie zuvor erreichten Stand von 0,08 (1899/1900), 1902 gar auf 0,01 herabzusinken!!!

Wir sehen hier das Schandgesetz als Vernichter von Arbeiterleben! Wir sehen die erstarkende gewerkschaftliche Organisation als Förderer des Arbeiterschutzes. Keine noch so ausführliche Darstellung der volksfeindlichen Wirkungen des Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiterbewegung kann plastischer die ungeheure Schuld der Väter des Schandgesetzes erweisen, wie diese trockenen Zahlen der amtlichen preußischen Bergbaustatistik. Unendliche Opfer an Gut und Blut hat jenes verruchte Gesetz gefordert, es hat die Selbsthilfe der Arbeiter jahrelang ganz unmöglich gemacht, die Lohnsklaven der maßlosen Profitgier des Kapitalismus mit gebundenen Händen überliefert. Erst als das Knebelgesetz gefallen, war es den Grubenproletariern ermöglicht, sich ihrer fürchterlichen Decimierung kräftig zu erwehren. Da erst konnte die Arbeiterpresse mit ihrer Kritik der Grubenskandale einsetzen, da erst vermochten gewerkschaftliche Vertrauensleute durch ihre Verbandszeitung die Oeffentlichkeit von den Frivolitäten des kapitalistischen Raubbaus zu unterrichten, und dadurch erst wurde auch die Regierung gezwungen, schärferes Auge auf die Werksmißstände zu halten. Was die „Bergarbeiter-Zeitung" über die Geheimnisse der Grubentiefen in scharf anklagenden Artikeln veröffentlichte, gab den Anlaß zu Reformen. Detaillierte Vorschriften über die Bewetterung ergingen, es kam die allgemeine Anordnung der Berieselung des entzündlichen Kohlenstaubes. Was man früher stets als „unmöglich" hingestellt, es ist möglich geworden durch die anhaltende Kritik der Arbeiterpresse, wirksam ergänzt durch das rücksichtslose Aufdecken der Unglücksursachen im Parlament durch die socialdemokratischen Redner. Hatten wir im Ruhrgebiet während der schlimmsten socialistengesetzlichen 80er Jahre weit über 100 Explosionen jährlich, so ereigneten sich in den letzten Jahren nur durchschnittlich 22, trotzdem inzwischen die Gruben an „natürlichen Gefahren" bedeutend reicher geworden sind. Kann es eine bündigere Verurteilung der auf die Unterdrückung der Arbeiterbewegung hinzielenden scharfmacherischen Propaganda geben?

Die Verunglückungen im Betriebe werden um so weniger, je mehr die Arbeiter in ihren beruflichen Organisationen geschult werden zur Ueberwindung der kapitalistischen Ausbeutung und zum Erkennen der gewerblichen Unfallquellen. Dafür noch ein durchschlagender Nachweis.

In Oberschlesien werden die Arbeiter mit allen Mitteln des kapitalistischen Terrorismus von der gewerkschaftlichen Organisation ferngehalten, dort im gesegneten Lande der ultramontanen Grubengrafen gilt „der dümmste Arbeiter als der beste." Das „Gift" der Aufklärung wird ihm sorgsam ferngehalten. Dagegen besitzt der Ruhrbergmann eine größere Freiheit, er benutzte sie zur Schaffung einer namhaften gewerkschaftlichen Organisation. Und das socialpolitische Resultat erzählt uns die amtliche Unfallstatistik. Von den gesamten Bergarbeiter-Unfällen 1903 entstanden durch „Schuld des Verletzten" im Ruhrgebiet 14,55, in Oberschlesien 63,3 Prozent!!! Wer kann besseres Zeugnis für die gewaltige kulturelle Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung ablegen, wie diese amtliche Unfallermittelung? Sie läßt mit der wünschenswertesten Deutlichkeit den Barbarismus des Geschreis der Scharfmacher gegen die Arbeiterorganisationen erkennen. Vernichtet die Arbeiter-Gewerkschaften und Ihr habt unendlich furchtbare Unfallquellen neu eröffnet. Stärkt die Arbeiterverbände, löst die sie einengenden Fesseln und noch mehr entsetzliche Grubenkatastrophen sind unmöglich geworden. Laßt die Grubenarbeiter mit den Grubentechnikern wirken an der Beseitigung der Zechenmißstände, dann wird ein gutes Werk gedeihen!

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Ueber eine neue Seeschlacht vor Port Arthur sind mehrere Nachrichten eingegangen. Nach einer Meldung sollen die Schiffe, die sich noch in Port Arthur befanden, am 16. August ausgelaufen und von dem japanischen Geschwader verfolgt worden sein. Ein Schiff vom Pallada-Typus sei am Morgen des 16. August zum Sinken gebracht worden. Die Richtigkeit dieser Meldungen läßt sich nicht kontrollieren. Unglaubhaft sind sie nicht, da ja der Rest der Port Arthur-Flotte, der nach der letzten unglücklichen Seeschacht nach Port Arthur zurückflüchtete, sehr wohl von neuem einen Durchbruchsversuch gemacht haben könnte, um ebenfalls wenigstens einen neutralen Hafen zu erreichen.

Die betreffenden Nachrichten lauten:

Tschifu, 15. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Der Kommandant der japanischen Flotte teilte den Russen in Port Arthur mit, daß die Stadt mit Lyddit**granaten beschossen werden würde**, wenn die Russen in den Hafen zurückkehrten, und daß die russischen Kriegsschiffe zerstört werden würden.

Tschifu, 16. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die nach den Seekämpfen am 10. d. M. nach Port Arthur zurückgekehrten russischen Kriegsschiffe sind **heute früh aus dem Hafen herausgegangen** und werden gegenwärtig von den Japanern **verfolgt**.

London, 16. August. Der „Daily Mail" wird aus Tschifu gemeldet: Eine am 13. August aus Port Arthur abgegangene Dschunke berichtet, die Japaner hätten das Fort Hamlungschun erobert, welches nur 1½ Kilometer von Port Arthur entfernt liegt. Die Dschunke meldet ferner, daß **vier stark beschädigte Linienschiffe zusammen mit kleineren Schiffen nach Port Arthur zurückgekehrt seien.**

Tschifu, 16. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die japanischen Kriegsschiffe hielten sich in der vergangenen Nacht in einiger Entfernung von Port Arthur, da sie einen Torpedoboots-Angriff erwarteten. Hier glaubt man, daß sich die bevorstehende Seeschlacht bis in die Nähe von Tschifu hinziehen wird.

Tokio, 16. August. (Amtliche Meldung.) Nach dem letzten Bericht des Admirals Togo soll ein **russisches Schiff** vom Typ Pallada bei dem Torpedoboots-Angriff in der Nacht vom **10. August gesunken sein.**

Paris, 16. August. Ein **Panzer vom „Pallada"-Typus**, der heute bei Morgengrauen Port Arthur verließ, **war schon im Hafen durch das Bombardement schwer getroffen. Er sank** wenige Minuten nach Verlassen des Hafens, durch mehrere japanische Bomben getroffen. Die Zahl der Geretteten ist unbekannt.

Die Entwaffnung der russischen Schiffe in Tsingtau

ist nunmehr auch amtlich gemeldet worden:

Berlin, 16. August. Der Gouverneur des Kautschougebietes, Kapitän zur See Truppel, meldet aus Tsingtau, daß am 15. d. Mts. morgens die Desarmierung aller im dortigen Hafen liegenden russischen Kriegsschiffe, nämlich des Linienschiffes „Zessarewitsch" sowie der Torpedoboote „Bezcumny", „Bezposchadny" und „Bezstratschny" erfolgt ist.

Ueber den Kampf mit dem Wladiwostok-Geschwader

sind noch folgende Nachrichten eingegangen

Tokio, 15. August. Admiral Kamimura giebt über das Gefecht zwischen den Japanern und dem russischen Wladiwostok-Geschwader am 14. d. M. folgenden Bericht: Bei Tagesanbruch traf unser Geschwader auf der Höhe von Ulsan an der Südostküste von Korea drei Schiffe des Wladiwostok-Geschwaders, die nach Süden dampften. Sobald die Schiffe uns bemerkten, suchten sie nach Norden zu entkommen, was wir jedoch verhinderten. Um 5 Uhr 23 Minuten morgens begann sodann der Kampf. **Die feindlichen Schiffe fingen alle mehrere Male durch unsre Schüsse Feuer** und haben **augenscheinlich stark gelitten**, besonders „Rurik". Schließlich floh der Feind mit äußerster Fahrt nach Norden und ließ „Rurik" zurück, der später **sank.** Unsre ganze Flotte beeilte sich sogleich, die ertrinkenden Russen zu retten und **nahm etwa 600 Mann auf.**

Nagasaki, 16. August. Gestern wurden in Sasebo **600 Ueberlebende vom „Rurik" eingebracht.** Ferner lief dort ein japanisches Hospitalschiff mit 77 verwundeten japanischen Seeleuten ein. Unter ihnen befindet sich Prinz Kapscho.

Die Kämpfe um Port Arthur.

Petersburg, 15. August. Die „Russische Telegraphen-Agentur" meldet aus Mukden vom heutigen Tage: Am **14. August** fand ein **Angriff auf Port Arthur** statt, bei dem die Japaner **auf allen Positionen zurückgeschlagen** wurden und große Verluste hatten; die Verteidigung leitete General Stoessel; der Zustand und der Geist der Truppen ist vorzüglich, die Vorräte sind reichlich in der Festung vorhanden, der Mut und die Kaltblütigkeit des Chefs der Garnison flößt den Truppen Gewißheit auf den Sieg ein. (?)

Petersburg, 16. August. Nach amtlichen Nachrichten verlor die Garnison von Port Arthur vom 8. bis 10. August an Toten **sieben Offiziere und 248 Soldaten**, an Verwundeten 35 Offiziere und **1553 Soldaten. Vermißt** werden **ein Offizier** und 83 Mann.

London, 16. August. Nach einer Meldung aus Tschifu haben die **Japaner Takuschan jetzt endgültig erobert** und **beherrschen mit ihrem Feuer die östlichen Forts von Port Arthur.**

Eine Drohnote Rußlands.

Washington, 15. August. Der amerikanische Gesandte telegraphierte heute an das Staatsdepartement, daß der russische Gesandte eine scharfe Note an die chinesische Regierung gesandt habe, in der er ihr **Mitschuld an der „Reschitelny"-Affaire vorwirft** und den chinesischen kommandierenden Offizier der Feigheit oder des Verrats anklagt; ferner verlangt der russische Gesandte eine volle Erklärung dieses Falles, Rückgabe des „Reschitelny" und schwere Bestrafung des kommandierenden Offiziers. Die chinesische Regierung **habe von der japanischen** die Rückgabe des „Reschitelny" verlangt.

China wird diese Drohnote einstweilen mit aller Gelassenheit über sich ergehen lassen, da Rußland erst einmal mit Japan fertig zu werden hat, bevor es China unangenehm werden könnte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. August.

Ein Kampf mit den Hereros

wird offiziös aus Südwestafrika gemeldet. General v. Trotha ist nach langwierigen Einkreisungsmanövern am 11. und 12. August zum Angriff gegen die Hererohaufen übergegangen, die sich an den Südabhängen der Waterberge festgesetzt haben. Der Angriff, an dem sämtliche Abteilungen — von Westen und Süden her Oberst Deimling und Major v. Mühlenfels, von Nordwesten Hauptmann Fiedler und Oberlieutenant Volkmann, von Osten her Major von der Heyde und Major v. Estorff — teilnahmen, endeten mit der Einnahme der von den Hereros befestigten Station Waterberg und der Zersprengung der Hereros, die schwere Verluste an Mannschaften erlitten und mehrere tausend Stück Vieh verloren haben.

Die Verluste unsrer Truppen betrugen **24 Tote, 2 Vermißte** und **59 Verwundete,** insgesamt also **85 Mann.**

Der Bericht des Generals v. Trotha lautet:

Der Angriff wurde am 11. August früh mit vollem Erfolge begonnen. Major v. Mühlenfels, welcher für den mit sehrem Pferd schwer gestürzten Oberstlieutenant Müller dessen Abteilung übernommen hatte, warf nach **sehr heftigem Kampfe** den Feind bis Hamakari zurück und nahm diesen Ort. Die Abteilung v. d. Heyde verblieb, mit starken feindlichen Kräften sich gegenüber, während der Nacht vom 11. bis 12. August 15 Kilometer nordöstlich Hamakari. Die Abteilung Estorff warf den bei Otjosongombe befindlichen Feind in westlicher Richtung zurück. Die Abteilung Deimling vertrieb morgens die Herero unter Michael aus Omuweroumue, erzwang sich, durch Omuweroumue vordringend, den Paß und nahm abends die verschanzte Station Waterberg. Diese wird zur starken Militärstation für Etappenzwecke eingerichtet. Alle Abteilungen verblieben dem wiederholt noch bei Dunkelheit angreifenden Feinde gegenüber in vollster Gefechtsbereitschaft. Deimling setzte am frühen Morgen des zwölften seinen Marsch auf Hamakari fort und traf soeben 9 Uhr vormittags ein. Der Feind, der mit außerordentlicher Zähigkeit kämpfte, erlitt trotz sehr gewandter Aufstellung im dichtesten Dornbusch schwere Verluste. Tausende von Vieh wurden erbeutet. Zersprengt und im Rückmarsch nach allen Seiten begriffen, bewegt sich die Hauptmasse des Feindes nach Osten, wohin ich ihm den Abzug mit den **vereinigten Abteilungen Deimling, Mühlenfels und Heyde** verlegen werde, wobei Estorff von Norden her mitwirkt. Die Abteilungen Fiedler und Volkmann, welche am gestrigen Kampf teilnahmen, verhinderten ein Ausweichen des Feindes in nördlicher und nordwestlicher Richtung. Die Truppen haben unter den größten Anstrengungen und Entbehrungen mit höchster Bravour gekämpft. Diesseitige Verluste: Von Abteilung Müller: **Hauptmann Gausser,** Lieutenant **Graf Arnim** und Lieutenant **Leylow sowie 10 Mann tot,** schwer verwundet Oberlieutenant Streccius, Schuß Schulter, Lieutenant Freiherr von Watter, Schuß linke Schulter, sowie 12 Mann, leicht verwundet Major von Mühlenfels, Streifschuß am Halse (bleibt bei der Truppe), und 18 Mann. Von Abteilung Heyde: Oberlieutenant **v. Lekow** und **7 Mann tot,** Major Osterhaus und 12 Mann verwundet, 2 Mann vermißt. Von Abteilung Estorff: **Lieutenant Seebeck** tot, Lieutenant Runkel und 10 Mann verwundet. Von Abteilung Deimling: **2 Mann tot,** mehrere verwundet. Das Hauptquartier war bei Abteilung Mühlenfels und begleitet diese zunächst auch weiter.

Das Gefecht bedeutet insofern einen Erfolg der Truppen Trothas, als die Hauptstellungen der Hereros genommen und ihre stärksten Abteilungen zersprengt sind. Auch die Erbeutung von mehreren tausend Stück Vieh bedeutet einen Erfolg. Aber von einem durchschlagenden Erfolg könnte nur dann die Rede sein, wenn den Hereros der **Rückzug nach Osten völlig abgeschnitten** worden wäre. Das scheint einstweilen nicht erreicht worden zu sein. Die Abteilungen v. Estorff und von der Heyde konnten den Durchbruch der nach Osten sich wendenden flüchtigen Haufen nicht verhindern. General Trotha wird zwar, wie er meldet, den Versuch machen, den Hereros die Rückzugslinie nach Osten und Nordosten zu verlegen, allein ob ihm das gelingt, bleibt abzuwarten.

Die Zahl der Hereros, die sich am Waterberg befanden, wurde in der letzten Nummer des „Militär-Wochenblatts" auf 80 000 Personen mit 50 000 Stück Großvieh und 120 000 Stück Kleinvieh eingeschätzt. Die Zahl der Kampffähigen schätzte man auf 6000, wovon die Hälfte mit Gewehren bewaffnet sein sollte. Es wird also nicht leicht sein, diese Massen, die sich nach bewährter Rückzugstaktik in kleinere Kolonnen zerstreut haben, abzufangen. Wahrscheinlich gelingt es einem erheblichen Teil, mit dem Vieh zu entkommen.

Aber selbst wenn sämtliche Hereros, die sich in den Waterbergen befanden, vernichtet und gefangen genommen würden, so wäre damit der Hererokrieg noch lange nicht beendigt. Die Hereros zählten gegen 100 000 Köpfe. Nimmt man an, daß 10 000 bereits, wie man vermutet, über die Ostgrenze entkommen wären, und veranschlagt man den Verlust durch Kämpfe und Krankheiten ebenfalls auf 10 000 Mann, so blieben noch immer 80 000 Hereros übrig, die sich in den nördlichen Teilen der Kolonie aufhalten und die gleich den Waterberg-Haufen eingebracht und abgefangen werden müßten! Dann erst käme noch der Kampf gegen die Ovambos und die Entwaffnung der Bondelzwarts und der südlichen Hottentottenstämme. Die Dauer des Krieges wird also trotz des neuesten Erfolges noch eine unabsehbare sein!

*

Die „Kölnische Zeitung" meldet: „Für die Schutztruppe in Südwestafrika wird zur Zeit auf dem Truppen-Uebungsplatze des 10. Armeecorps in Münster eine Verstärkung aus Pioniermannschaften zusammengestellt, aus denen drei Beleuchtungs-Abteilungen gebildet werden. Diese werden unter das Kommando von Ingenieuroffizieren gestellt, die eine besondere Ausbildung bei der elektrischen Abteilung des Ingenieurkomitees erhalten haben. Die Abteilungen sind zur Bedienung von elektrischen Scheinwerfern bestimmt, die vorzugsweise für die Hafenanlage in Swakopmund Verwendung finden sollen, zumal sich die Stationierung von Kriegsschiffen nur zu elektrischen Beleuchtungszwecken als zu kostspielig herausgestellt hat. Die Ausreise der drei Beleuchtungsabteilungen ist für den 20. d. Mts. in Aussicht genommen und soll von Hamburg aus mit dem Dampfer „Sylvia" erfolgen."

Es ist uns nicht recht klar, wozu man in Swakopmund zu elektrischen Beleuchtungszwecken diese „Beleuchtungsabteilungen" eigentlich gebraucht. Ein simples Leuchtfeuer, das von einem Wärter bedient wird, dürfte doch wahrhaftig für die Handvoll Schiffe genügen, die im Laufe des Jahres in Swakopmund anlaufen. Einen nächtlichen Flottenangriff aber hat doch unser südwestafrikanischer „Hafen" schwerlich zu befürchten!

„Reformen oder Staatsstreich?"

Der Titel scheint zu sagen, daß Deutschland gedeihlich nur sich entwickeln kann, wenn eine Politik der Reformen betrieben wird, daß es aber in Gefahren stürzt, wenn die Staatsstreichler erhört werden. Ganz anders aber denkt das alte Bismarck-Reptil, die „Hamburger Nachrichten" über „Reformen": Seine „Reformen" zeigen sich also:

„Wohin wir unausbleiblich gelangen müssen, wenn es mit der Reichstagswirtschaft so wie bisher weitergeht, ist leicht einzusehen: entweder muß die Regierung schließlich zu gunsten der klerikal-socialistischen Mehrheit abdizieren und letztere regieren lassen, oder sie muß die Macht derselben brechen. Ein drittes, nämlich das Hin- und Herlavieren, das „Fortwursteln", wie die Oesterreicher so geschmackvoll sagen, giebt es wohl jetzt noch, aber doch nicht auf die Dauer. Einmal kommt der Moment, wo die Frage, wer Herr im Lande ist, ihre Antwort durch eine energische That finden muß, und diese That wird dann, wenn sie die Aufrechterhaltung einer Regierungsgewalt zum Zweck haben soll, die im Deutschen Reiche die geschichtlich einzig mögliche und heilsame ist, um so gewaltsamer ausfallen, je länger man gezögert hat, sie auszuführen, und je mehr Macht die schwarze und rote Internationale gegenüber den nationalen und staatserhaltenden Elementen und der Regierung inzwischen erlangt hat. Diese Perspektive muß jeden Patrioten mit Besorgnis erfüllen; denn schwere innere Kämpfe sind in einem Reiche von der Zusammensetzung und der europäischen Lage Deutschlands immer eine gefährliche Eventualität, die man zu vermeiden suchen muß, so lange es geht. Dazu giebt es aber unsrer Ansicht nach **nur ein Mittel:** das rechtzeitige Handeln in dem Sinne, den der verewigte Fürst Bismarck im Auge hatte, als er schrieb, er vertraue, daß das deutsche Volk, wenn es die Schädlichkeit seines Wahlrechts einsehe, klug und stark genug sein werde, **sich davon zu befreien.** Mit einer solchen **energischen Handlung** würde zugleich die auch sonst von allerhand schädlichen Miasmen erfüllte Luft gereinigt werden, und wir gelangten wieder zu Zuständen, die für die nationalen und staatserhaltenden Elemente unsres Volkes, also für den Kern desselben, erfreulicher wären als die jetzigen."

Die „Reform" der „Hamburger Nachrichten" ist — die Beseitigung der Grundlage des Deutschen Reiches!

Die ganze „Reichstagswirtschaft" paßt diesen Reaktionsumstürzlern nicht, und sie eifern danach, eine Wirtschaft herzustellen, in der Junker und Großkapitalist uneingeschränkt durch das allgemeine Wahlrecht die Herrschaft üben. Zu solch edlem Ziel werden unheimliche Zukunftsbilder gemalt, als gehe das Deutsche Reich zu Grunde, wenn das deutsche Volk es sich so einrichtet, wie es ihm, nicht wie es der brutalen Reaktion der Hamburger Scharfmacher gefällt. Gewiß, das russische Regierungssystem, dessen sich Deutschland jetzt noch immer erfreut, wird bei dem weiteren dauernden Wachstum der Socialdemokratie nicht bestehen können. Aber dieses Regierungssystem ist nicht das Deutsche Reich, es ist vielmehr die Verhinderung wirklicher deutscher Reichsherrlichkeit. Und wollte dieses Regierungssystem dem Ratschlag der „Hamburger Nachrichten" Folge leisten, so würden allerdings „schwere innere Kämpfe" heraufziehen, Kämpfe, aus denen gerade dieses Regierungssystem nicht siegreich hervorgehen kann. Denn alle geschichtliche Entwicklung ist gegen dieses Regierungssystem.

„Reformen" a la Bismarck würden in jedem Fall dieselben Resultate erzielen, welche die Socialdemokratie der Bismarckschen Politik seit jeher verdankt hat. —

Hammerstein.

Der preußische Minister des Innern v. Hammerstein **weilt** in London, um aus der dortigen Kommunalverwaltung Erfahrungen für das beabsichtigte Groß-Berlin zu sammeln. Ein Lästermaul hat behauptet, der Minister sei entzückt über die Schnelligkeit und Tüchtigkeit, in welcher der Londoner Verwaltungsapparat arbeitet; vielleicht wird man den Englandfahrer bald noch verleumden, er wolle etwas von englischer Selbstverwaltungsfreiheit auf die preußische Beamtenhierarchie überführen. Unterdes erhebt sich in der Heimat gegen den bedeutenden Mann, der das Ministerium der inneren preußischen Wohlfahrt leitet, eine überaus seltsame Anklage.

Schon vor einigen Tagen wurde behauptet, Herr v. Hammerstein habe im **Mirbach-Skandal** eine ganz besondere Rolle gespielt. Während er im Abgeordnetenhaus erklärte, auf die an ihn zur Mirbachiade gerichtete Anfrage zunächst noch nicht antworten zu können und erst die Auskünfte der Oberpräsidenten erwarten zu müssen, soll er Mitwisser des berüchtigten Mosaik-Rundschreibens des Freiherrn v. Mirbach an die Oberpräsidenten gewesen sein. Wir haben von dieser Behauptung zunächst nicht Kenntnis genommen und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärt heute, daß sie „aller und jeder thatsächlichen Grundlage" entbehre. Nun aber giebt das nationalliberale „Leipziger Tageblatt" eine Darstellung von den Beziehungen des Herrn v. Hammerstein zu der Sammelthätigkeit des Oberhofmeisters, welche, ohne die Erklärung der „Nordd. Allgem. Ztg." zu widersprechen, doch die volle Mitschuld des Ministers behauptet. Das Blatt schreibt:

„Vor einigen Jahren wurde im Kirchenbauverein der Gedanke angeregt, die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche aus Anlaß der silbernen Hochzeit der Majestäten mit dem so oft erwähnten künstlerischen Schmuck auszustatten. Die Kosten wurden ungefähr auf 900 000 M. veranschlagt. Die Aufgabe, die Summe aufzubringen, fiel Herrn v. Mirbach, dessen verdienstliches Wirken jedermann in diesen Kreisen kannte und schätzte, gewissermaßen ganz von selbst zu. Der Oberhofmeister ließ von vornherein darüber keinen Zweifel, daß er der Mithilfe des Ministers des Innern und der Oberpräsidenten, die fast alle dem Verein angehören, insofern bedürfen werde, als diese hohen Beamten am besten im stande seien, ihn auf Persönlichkeiten in ihren Provinzen hinzuweisen, die sich gern an der Gabe beteiligen würden. Des Freiherrn Anregung fand **die volle Billigung des Herrn v. Hammerstein.** Der Oberhofmeister wandte sich dann auch brieflich an die Oberpräsidenten. Indessen blieb der private, nicht amtliche Charakter der Sammlung streng gewahrt. Weder der Absender, noch die Empfänger faßten den Vorgang dahin auf, daß durch die Stellung der Oberpräsidenten ein Druck ausgeübt würde. Der beste Beweis dafür, daß dies in der That nicht geschah, ist das Faktum, **daß die eingeleitete Aktion ein keineswegs befriedigendes Ergebnis hatte.** Das Schreiben des Herrn v. Mirbach hatte Herrn v. Hammerstein nicht vorgelegen. Nachdem nun das Gelingen des Planes so in Frage gestellt schien, teilte Herr von Mirbach dem Minister des Innern mit, daß die bisher erzielten Resultate keineswegs befriedigend seien. Herr v. Hammerstein empfand es augenscheinlich schwer, daß das schöne Werk nicht zu einem guten Ende geführt werden sollte, **und er erließ ein amtliches Schreiben an die Oberpräsidenten,** worin das, was Herr v. Mirbach privat versucht hatte, die dienstliche Unterstützung des Ministers fand."

Wenn diese Darstellung wahr ist, so enthüllt sie eine Fülle neuer Skandalosa zum Mirbach-Skandal. Es würde als Mitschuldiger am christentumswidrigen Kirchenpruukbettel sich neben den Oberhofmeister der preußische Minister des Innern gesellen. Das Rundschreiben des Freiherrn v. Mirbach hatte die Oberpräsidenten zur Veranstaltung von Geldsammlungen ermahnt: kleine Gaben seien „allgemein unbeliebt" und die Spender würden in besonderem Buch für die Majestäten eingezeichnet! Nach dem „Leipziger Tageblatt" hätte der preußische Minister an dieser Sammelmethode mitgewirkt, die ebenso eine Verfehlung gegen die Aufgaben der preußischen Beamtenschaft wie gegen die religiösen Ideen bedeutet, in deren Dienst angeblich das Kirchen- und Mosaikwerk betrieben wird.

Die Schuld des Ministers würde aber die des Hofmeisters noch übertreffen durch das Verhalten, das er dem Abgeordnetenhause gegenüber bewies. Die an den Minister dort gerichtete Interpellation hatte unzweideutig gefragt, ob die Regierung den Freiherrn v. Mirbach zur Inanspruchnahme der Oberpräsidenten autorisiert habe. Nach dem „Leipziger Tageblatt" habe Herr v. Hammerstein nicht nur den Freiherrn v. Mirbach zur unberechtigten Inanspruchnahme der Verwaltungsbeamtenschaft autorisiert, sondern auch er selbst habe diese Inanspruchnahme vollführt. Und das alles habe er dem Parlament verschwiegen!

Wenn die Behauptungen des nationalliberalen Organs wahr sind, so kann Herr v. Hammerstein nicht in die Lage gelangen, die in London erworbenen Kenntnisse in der Heimat zu perverten.

Eine schleunige Aufklärung der von höchst „staatserhaltender" Seite gegen den Minister gerichteten Anschuldigungen ist unumgänglich. —

Der General des Reichsverbandes.

Der Generallieutenant z. D. v. Liebert, **der Matador** des „Reichsverbandes gegen die Socialdemokratie", hat das nationale Weltblatt, das er in Berlin zu begründen gedachte, nicht zu stande gebracht. Er begnügt sich darum zunächst, im „Tag" die deutsche Menschheit zu erleuchten, wie die Socialdemokratie erfolgreich beschimpft werden soll. Es seien lediglich zwei Sätze citiert zur Kennzeichnung des Reichsverbands-Generals. Herr v. Liebert schreibt:

„Es darf nicht versäumt werden, fortdauernd auf die Massen zu wirken durch Versammlungen, Vorträge, Druckschriften und Flugblätter. Durch Volksredner, möglichst Leute aus dem Volke selbst, sind die Wähler zu gewinnen und zu überzeugen, daß die Führer der Socialdemokratie nur um den Besitz der politischen Macht im Staate kämpfen, und daß das Wohl der Arbeiter nur ein vorgeschobenes Motiv zum Ködern der Massen ist. Wer früher noch nicht davon überzeugt war, den konnte der frivol heraufbeschworene Streik in Crimmitschau darüber belehren."

Es soll uns außerordentlich erfreuen, die Reichsverbands-Volksredner „möglichst aus dem Volke" kennen zu lernen. Wenn sie in Versammlungen die rohe Aussperrung der Crimmitschauer Weber, die für eine geringe Kürzung der Arbeitszeit kämpften, als „frivol heraufbeschworenen Streik" verkündigen, werden sie sicherlich kolossale Erfolge gegen die Socialdemokratie erzielen. Wenn der ganze Reichsverband so befähigt zu unsrer Bekämpfung ist wie sein Häuptling, ersuchen wir alle unsre politischen Gegner, ihn aufrichtigst zu unterstützen.

Weiter kämpft der Generallieutenant z. D. also:

„Es ist bekannt, daß die Organisation, deren die Partei sich rühmt, nur auf dem Wege schwersten Zwanges entstanden ist, wie die Parteikasse durch härtesten Zwang aus den Arbeitergroschen gefüllt wird, welch gemeine, widerliche Zwangsmittel gegen diejenigen Arbeiter angewendet werden, die es wagen, nicht „mit reiner Wäsche" auf dem Arbeitsplatze zu erscheinen. Unser Verband ist in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits zum Beichtstuhl für die Stimmen der geknechteten, tyrannisierten Arbeiter der verschiedensten Berufe und Gegenden geworden, die sich in Wut aufbäumen gegen die Versklavung der ganzen Arbeiterklasse unter dem mächtigen, unpersönlichen, fühllosen Parteiwillen. Gerade diese rechtlich gesinnten, aufstrebenden, ihre Selbständigkeit behauptenden Arbeiter werden uns den Weg weisen, wie jener blinde Terrorismus, der plötzlich an die Stelle der ehedem vergötterten Freiheit getreten ist, am sichersten zu bekämpfen ist."

Der Generallieutenant will die Befähigung zum Beichtvater der armen, von der Socialdemokratie geknechteten Arbeiter erweisen. Auch auf diese Beichtgeheimnisse sind wir begierig, wie auf die Volksredner aus der Schulung Lieberts.

Wenn der Generallieutenant z. D. meint, er könne die Socialdemokratie durch hochmütig-dreiste Verunglimpfungen schlagen, so wird er bald erkennen, daß das deutsche Volk über seiner Socialistenvernichtung steht. Die eigne Gefolgschaft wird ihm alsbald bedeuten: Generallieutenant — bleib bei deinem Geschäft! Herr v. Liebert mag auf Kasernenhöfen fähig sein, im Kampfe wider die Socialdemokratie soll man ihn schleunigst a. D. stellen. —

Centrumsfälschung. Die „Germania" fälscht nicht — wenigstens behauptet sie selbst es in ihrer Nr. 183. Wir haben bewiesen und werden weiter beweisen, daß sie thatsächlich fälscht. — Sie schwindelte nämlich kürzlich erst, daß die Socialdemokratie die völlige Ausrottung und Vernichtung des Christentums erstrebe, daß sie eine knutokratische, waschechte russische Partei sei, welche in unerhörter geistiger Tyrannei und rücksichtsloser Gewissensknechtung vorgehe. Als Beweis für diesen Wahnwitz führte sie den bekannten socialdemokratischen Antrag an, daß der Religionsunterricht in allen Schulen in Fortfall kommen soll. Sie unterschlug dabei aber die Thatsache, daß aus dem gleichen Anlaß die socialdemokratische Fraktion beantragte, um Mißverständnissen, Irrtümern und besonders **Fälschungen** vorzubeugen, daß es allen Erziehungsberechtigten im Reiche freistände, Unterricht in der Religion zu erteilen bezw. erteilen zu lassen. Für die Lauterkeit ihrer Behauptung, daß die Socialdemokratie excessiv intolerant sei, berief sich die „Germania" ferner auf die aus allem Zusammenhange gerissene Aeußerung eines socialdemokratischen Abgeordneten, der betont hatte, daß alle Schulen, also auch die Privatschulen, unter die vorgeschlagene gesetzliche Bestimmung fallen sollten, damit sich durch Hinterthüren das nicht wieder einschleiche, was zu beseitigen sei. Diesen an sich unanfechtbaren, aber völlig aus dem Zusammenhange gerissenen Satz stempelte vordem die „Germania" sogar zu einem Teile des Antrags, der obenein im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen von unsrer gesamten Fraktion zurückgezogen und durch einen nicht mißzuverstehenden neuen Antrag ersetzt wurde, welcher die Freiheit der persönlichen Religionsübung — wie vorher dargethan — jedem Erziehungsberechtigten und seinen Kindern, also jeder Konfession garantierte, nämlich außerhalb des Rahmens „der öffentlichen Schulen und der diesen gleichgestellten Anstalten."

In dem gleichen Sinne äußerte sich unser Fraktionsredner seiner Zeit: Unsre Partei stelle völlig frei, daß Religionsunterricht außer der Schule erteilt werde, ähnlich wie das jetzt in Frankreich auch geschehe. (Drucksache Nr. 372, Seite 53 und 55; Bericht der IX. Kommission, 1900/1901.)

Ferner erklärte der gleiche Redner für unsre Fraktion: Für den Ausschluß des Religionsunterrichts auch aus den Privatschulen sprechen ganz dieselben sachlichen und technischen Gründe wie bei den öffentlichen Schulen. Ich will aber nicht falsch verstanden werden: wir rotten damit den Unterricht in der Religion absolut nicht aus — an andrer Stelle komme ich darauf zurück. (181. Sitzung, 3. Mai 1902.) In derselben Sitzung war der betreffende Abgeordnete genötigt den erheuchelten Vorwurf socialdemokratischer Intoleranz zurückzuweisen und mit Bezug auf den streitigen Punkt für seine Fraktion festzustellen: „Es ist gestattet, daß die Konfessionen, daß die Geistlichen — kurz, wen immer die Erziehungsberechtigten dazu wählen —, daß die Eltern diesen Religionsunterricht erteilen oder erteilen lassen." (Protokoll, S. 5301, A.)

Das ist wirkliches Entgegenkommen, wahre Toleranz. Und diese Haltung der Socialdemokratie hatte die „Germania" in knutokratische Tyrannei und fanatische Gewissensknechtung umgefälscht.

In der That, hier liegt seitens der „Germania" kein Irrtum der Interpunktion, kein Versehen vor, sondern Absicht; nicht Dummpfiffigkeit, sondern jesuitische Niedertracht. Ein entschuldbares Pech ist es z. B., daß sie aus den Toleranzverhandlungen das „Aktenstück Nr. 672, Seite 2415" usw. citierte, obschon weder ein solches Aktenstück existiert noch die angegebene Seite das Allergeringste mit diesem Streit zu thun hat.

Vielleicht ist die „Germania", das Organ für Wahrheit, Recht und Freiheit, noch immer nicht überzeugt von der verübten Fälschung: allein das liegt nicht an der mangelnden Schlüssigkeit der vorliegenden zwingenden Beweise, sondern vielmehr an der Farbenblindheit der „Germania" auf den von ihr hier betretenen Gebieten der Freiheit und der Toleranz. —

In Schaumburg-Lippe hat die Agitation zur Reichstags-Ersatzwahl, die auf den 1. September angeordnet ist, lebhaft eingesetzt. Unsre Parteigenossen, die ihren bisherigen Kandidaten, den Genossen Klingenhagen-Herford, wieder aufgestellt haben, sind eifrig am Werk. Die Konservativen haben sich mit den Antisemiten vereinigt und agitieren für den Amtsgerichtsrat Brunstermann-Stadthagen. Für den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei Dr. Crüger-Charlottenburg treten auch die Nationalliberalen ein.

Die „Freie Deutsche Presse" behauptet, Klingenhagen **habe in** einer Versammlung allerlei Unrichtiges über die Freisinnige Volkspartei geäußert. Bei der bewährten Art der volksparteilichen Berichterstattung halten wir diese Behauptungen von vornherein für falsch und erwarten zunächst wahrheitsgetreuen Bericht **aus dem Wahlkreise.** —

Seltsame Kriegsrichter. Aus Magdeburg wird berichtet: Vor dem Oberkriegsgericht wurde gegen den Arbeitssoldaten Fries verhandelt, der in der ersten Instanz wegen Achtungsverletzung zu vier Wochen strengem Arrest verurteilt war und hiergegen Berufung eingelegt hatte. Inzwischen ist der Angeklagte auf seinen Geisteszustand untersucht worden, weil er behauptete, an plötzlichen Erregungszuständen zu leiden. In einem solchen Zustande hatte er am 8. Juli gelegentlich der **Abbüßung eines vierzehntägigen Arrestes einen schweren Tobsuchtsanfall.** Zwei als Zeugen vernommene Sergeanten waren der Ansicht, daß der Angeklagte die Tobsucht nur markiere. Im übrigen bestätigten diese zwei und auch noch ein dritter Zeuge, daß der Angeklagte sehr leicht erregbar sei und daß er wegen chronischer Harnruhr für dienstunbrauchbar erklärt werden soll. Der ärztliche Sachverständige, Oberstabsarzt Doktor Keller bestätigte, daß der Angeklagte **thatsächlich an jener Krankheit leide.** Neben diesem Leiden gehe stets eine Neigung zur Erregbarkeit einher. Bei Begehung der Achtungsverletzung habe der Angeklagte jedenfalls unter dem Eindruck seiner Krankheit gestanden. Der weitere Vorfall am 8. Juli sei **als ein regelrechter Tobsuchtsanfall** aufzufassen, welcher jedes Bewußtsein ausschließe. Nach der Vereidigung des Zeugen und des Sachverständigen beantragte der öffentliche Ankläger Dr. Müller die Freisprechung des Angeklagten. Wider alles Erwarten entschied jedoch das Berufungsgericht, daß die Berufung des Angeklagten zu verwerfen, jener des Gerichtsherrn jedoch Folge zu geben und die Strafe von vier Wochen strengen Arrests auf **zwei Monate Gefängnis zu erhöhen** sei. In der Begründung wird erklärt, die Verurteilung sei erfolgt mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten und ferner mit Rücksicht auf die üble Wirkung, die eine Freisprechung auf die andern Soldaten der Arbeiterabteilung ausüben würde. Des weiteren sei als maßgebend erkannt worden, daß ein Soldat unter allen Umständen sich zu beherrschen lernen müsse. Zur Zeit der That habe sich der Angeklagte nicht in bewußtlosem Zustande befunden! — Unmittelbar nach seiner Abführung wurde der Verurteilte im Korridor des Gerichtsgebäudes neuerdings **von einem derartigen Tobsuchtsanfall** befallen, daß vier Mann aufgeboten werden mußten, um den Rasenden an Händen und Füßen zu fesseln. Dann trug man ihn zurück nach seiner Zelle . . . —

Zum Fall Wessel.

Der Genueser „Lavoro" veröffentlicht den Brief eines in Genua bei einer deutschen Schiffahrtsgesellschaft angestellten Deutschen, in dem mitgeteilt wird, daß an Bord des Norddeutschen Lloyddampfers, der Wessel beförderte, zwei deutsche Polizisten sowie ein hoher Beamter anwesend waren, die den Ausgelieferten in Empfang nahmen. Der Beamte, der sich Herr Geheimrat nennen ließ, war nicht zufällig an Bord. Ist ein solcher Empfang nicht zu viel Ehre für einen einfachen Betrüger, der 1000 Lire unterschlagen hat? Wohin kommt die deutsche Polizei, wenn sie jedem gemeinen Verbrecher eine so „hochgestellte" Eskorte liefern muß? —

Ausland.

Italien.

Staat und Vatikan.

Rom, 14. August. (Eig. Ber.)

Die Königin von Italien sieht in den nächsten Wochen ihrer Entbindung entgegen. Im Hinblick auf dieses Ereignis hat nun der Vatikan den Bischöfen und Erzbischöfen in Italien ein geheimes Cirkular zugehen lassen, das der römischen „Patria" in die Hände gefallen ist. Dies Cirkular ist voll von kleinlichen Verhaltungsmaßregeln, durch die die Prälaten angehalten werden, beleidigende Ablehnung ebenso sehr zu vermeiden wie bereitwillige Beteiligung. Interessant und für die Auffassung in der römischen Kurie charakteristisch sind aber folgende Stellen:

„Falls man bei diesem Ereignis Gelegenheit nehmen sollte, den Rechten des heiligen Stuhls eine neue Beleidigung zuzufügen, wie es die Beilegung des Titels eines Prinzen von Rom für den Neugeborenen wäre, so haben die Bischöfe mit Vorsicht und gleichzeitig mit Festigkeit zu verstehen zu geben, daß auch sie die dem apostolischen Stuhl zugefügte Beleidigung fühlen und daher außer stande sind, teilzunehmen an den kirchlichen Festlichkeiten oder offiziellen Höflichkeitsbezeugungen, die in dem angezeigten Fall als Ausdruck einer unangebrachten Befriedigung gedeutet werden könnten."

Und weiter unten:

„Ganz besonders werden sich die Bischöfe in den Diözesen der Kirchenstaaten bemühen, um es möglich zu machen, daß die kirchlichen Feierlichkeiten sich nicht in der Kathedrale, sondern in andrer, von der Munizipalität abhängigen Kirche vollziehen, damit so die Mitwirkung des Domkapitels vermieden werde; auch sollen sie nicht dulden, daß man das Gebet „Pro Rege" („Für den König") recitiere."

Trotz allen gegenteiligen Nachrichten in der Presse ist also Pius X. durchaus nicht gewillt, auf seine weltlichen Herrschaftsansprüche zu verzichten, und erkennt in den ehemaligen Kirchenstaaten keinen König neben sich an und noch weniger einen „Prinzen von Rom". —

Rußland.

Vom Attentat auf Plehwe. Wie der „B. Ztg." aus Krakau gemeldet wird, wird dortigen polnischen Blättern aus Petersburg berichtet, daß es der russischen Polizei gelungen sei, die Identität des Mörders Plehwes festzustellen: **er heiße Iwan Woronow und sei Student der Charkower Universität.** Das Attentat sei von einem unter den Studenten der Charkower Universität bestehenden revolutionären Geheimbunde beschlossen und durchgeführt worden. In Charkow seien zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten nach Petersburg gebracht worden. —

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage der Eisenindustrie. So sehr man in den Bezirken der Eisenindustrie eine kräftige Belebung des Herbstgeschäfts herbeiwünscht, so sprechen doch bis jetzt alle Anzeichen dafür, daß dieser Wünsch nur für einen Teil der Betriebe des Eisengewerbes in Erfüllung gehen dürfte. Soweit die Roheisenerzeugung in Frage kommt, muß daran festgehalten werden, daß die Leistungsfähigkeit der Hochöfen ganz beträchtlich über den Verbrauch hinausgeht. Auch eine noch so kräftige Steigerung des Verbrauchs würde nicht hinreichen, um das mögliche Erzeugungsquantum aufzunehmen. Bis zu 40 Proz. und mehr der Beteiligung ist bei den Hochofenwerken zur Zeit die Erzeugung eingeschränkt. Dabei verschlimmert sich die Situation noch insofern, als die einzelnen Werke die Leistungsfähigkeit ihres Betriebes noch steigern. Sowohl im rheinisch-westfälischen als auch im Siegerländer Bezirk geht man mit der Errichtung neuer Hochofenanlagen um. Es stellt sich immer mehr heraus, daß nur die Roheisen produzierenden Werke, die die Weiterverarbeitung selbst besorgen, also die Kombinationsbetriebe großen Stils, bei der gegenwärtigen Marktlage ausreichende Beschäftigung haben. Ihnen gegenüber stehen die reinen Hochofenwerke, die fast durchweg in ungünstiger Lage sich befinden und den Prozentsatz der Erzeugungseinschränkung immer mehr steigern müssen. Da in absehbarer Zeit an eine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken ist, so ist es begreiflich, daß Pläne auftauchen, die einer Zusammenlegung der Betriebe oder einer Angliederung der reinen Hochofenwerke an bestehende Kombinationsbetriebe das Wort reden. Das erstere Projekt wird namentlich für den Siegerländer Bezirk als gangbar empfohlen, während man den letzteren Plan in Oberschlesien schon seit längerer Zeit verwirklicht. Als eine neue Etappe auf diesem Wege kann man den Anschluß der Bethlen-Falva-Hütte an die Gemeinschaft der Bismarckhütte und der oberschlesischen Eisenindustrie-Gesellschaft bezeichnen. Was den Beschäftigungsgrad der im Stahlwerkverband vereinigten Werke angeht, so wird dieser dadurch gekennzeichnet, daß nur der Inlandabsatz und die aus dem Inland eingehenden Aufträge einigermaßen befriedigen, während das Auslandsgeschäft so sehr nachgelassen hat, daß der Stahlwerkverband seine Preispolitik dem Ausland gegenüber seiner ursprünglichen Absicht entgegen wesentlich ändern mußte. Die Absicht des Stahlwerkverbandes war, die verlustbringenden Auslandspreise auf ein höheres Niveau zu bringen, weswegen er gleich bei Aufnahme seiner Exportthätigkeit mit einer Erhöhung der Halbzeugpreise für die Ausfuhr vorging. Bei der gedrückten Lage des Eisenmarktes in Großbritannien und den Vereinigten Staaten ließ sich indessen diese Preiserhöhung nicht aufrechterhalten, und gegenwärtig stehen die Exportpreise wieder so tief wie zur Zeit, als der Stahlwerkverband seine Thätigkeit aufnahm.

Das Kohlensyndikat hat vorgestern seine regelmäßige Beirats- und Zechenbesitzer-Versammlung abgehalten. Die prozentuale Einschränkung der Produktion wurde für Kohlen auf 25 Proz. gegen 22 Proz. im Juli und August und für Coaks und Briketts wieder auf 30 Proz. festgesetzt. Von der Festsetzung für Oktober wurde hinsichtlich der weiteren Gestaltung der Abnahmeverhältnisse Abstand genommen.

Die Summe der Beteiligung am Absatz betrug nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" im Juni bei 24½ Arbeitstagen 5 941 429 Tonnen und im Juli bei 26 Arbeitstagen 6 330 391 Tonnen, der Absatz ausschließlich Selbstverbrauchs der Zechen- und Hüttenwerke 4 615 017 Tonnen bezw. 4 842 745 Tonnen; der Absatz ist daher um 1 326 412 gleich 22,32 Proz. bezw. 1 687 646 Tonnen gleich 26,66 Proz. zurückgeblieben. Die Förderung stellt sich auf 5 435 968 Tonnen gleich arbeitstäglich 223 014 Tonnen, gegen Mai 1904 weniger 0,60 Proz. bezw. 5 574 441 Tonnen gleich 214 402 Tonnen arbeitstäglich gegen Juni 1904 weniger 3,86 Proz. Der Versand einschließlich Landesdebit, Deputate und der Lieferungen der Hüttenzechen an die eignen Hüttenwerke betrug an Kohlen 3 963 159 Tonnen bezw. 3 983 565 Tonnen, an Coaks 792 729 bezw. 805 718 Tonnen, an Briketts 150 804 bezw. 157 615 Tonnen. Der arbeitstägliche Versand im Juni dieses Jahres ist gegen den Vormonat in Kohlen um 0,16 Proz. gestiegen, in Coaks um 1,75 Proz. gefallen, in Briketts um 0,23 Proz. gestiegen; in Summa ist der Versand im Juni gegen den Vormonat um 0,15 Proz. gefallen.

Deutschlands Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1903. Das Heft XIX „Britisch Nordamerika und Vereinigte Staaten von Amerika" (Band 158 der im kaiserl. Statistischen Amt bearbeiteten Statistik des Deutschen Reiches über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebietes im Jahre 1903) ist soeben erschienen. Es enthält zunächst eine allgemeine Besprechung des deutschen Handelsverkehrs mit der Union, schildert dessen Hauptmerkmale und Entwicklung und läßt alsdann diesem allgemeinen Teil die Tabellen über die Ein- und Ausfuhr der Warengruppen und Warengattungen im Special- und Gesamteigenhandel folgen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind seit 1898 im deutschen Specialhandel das bedeutendste Herkunftsland, in der Ausfuhr stehen sie nach Großbritannien und Oesterreich-Ungarn an dritter Stelle. Die hervorragendsten Einfuhrartikel von da dem Werte nach waren: rohe Baumwolle (281,5 Millionen Mark), rohes Kupfer (79,5), Weizen (75,7), Schweineschmalz (70,7), gereinigtes Petroleum (68,3), Mais (50,4), Bau- und Nutzholz, gesägt: Kanthölzer und andre Säge- und Schnittwaren (26,9), Oelkuchen (20,3), Oleomargarin (17,9), Obst, getrocknet, bloß eingekocht usw. (17,8), Terpentin- und andres Harzöl (16,4), Kalk, natürlicher, phosphorsaurer (13,3), Baumwollsamenöl (12,2), Terpentinharz, Terpentinbalsam (11,1), Maschinen und Maschinenteile außer Lokomotiven, Lokomobilen, Nähmaschinen (10,1); die hauptsächlichsten Waren der Ausfuhr dorthin: halbseidene Zeuge, Tücher, Schale (27,3), Porzellan und porzellanartige Waren, farbig, vergoldet usw. 24,2, baumwollene Strumpfwaren (19,6), Anilin- und andre Teerfarbstoffe (17,0), Spielzeug aller Art (16,7), Häute und Felle zur Pelzwerkbereitung (13,6), lederne Handschuhe (11,3), baumwollene Stickereien (11,0), Farbendruckbilder, Kupferstiche usw. (10,6). Der Spezialhandel im ganzen betrug in der

	Einfuhr einschl.	Einfuhr ausschl.	Ausfuhr einschl.	Ausfuhr ausschl.	der Edelmetalle
1903	943,4	934,5	469,2	469,0	Millionen Mark
1902	911,1	893,0	449,2	449,1	„ „
1903 mehr:	32,3	41,5	20,0	19,9	„ „

Neue japanische Anleihe. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Regierung beschloß, eine neue Anleihe in Höhe von 1 500 000 Yen für den Bau einer Bahn von Söul nach Fusan zu emittieren. Dieselbe ist bestimmt, das Deficit zu decken, welches durch die Erhöhung der Preise für das Betriebsmaterial und die Löhne gegenüber den Kostenvoranschlägen sich ergeben hat. Die Anleihe soll auf 5 Jahre abgeschlossen werden und unverzinslich sein.

---

12. Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes, Allgem. Unterstützungs- und Invalidenkasse (Lithographen, Steindrucker etc.).

Kassel, 14. August 1905.

Vormittags 9 Uhr wurde im Saale „Stadthau" die Generalversammlung mit den üblichen Begrüßungen eröffnet.

Nach dem vom Vorstand herausgegebenen Bericht betrug die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1903 9065 Mitglieder, gegenüber dem Bericht zur letzten Generalversammlung vom 31. März 1901 eine Zunahme von rund 1400 Mitgliedern. Die Zahl der Invalidenmitglieder erhöhte sich von 36 auf 131 am 31. Dezember 1903 und stieg deren Zahl bis jetzt auf 143 Invalidenmitglieder. Die Zahl der zu unterstützenden Witwen stieg bis am 31. Dezember 1903 auf 79 und ist deren Zahl jetzt auf 83 gestiegen. Der Jahresbericht von 1903 weist eine Mitgliedersteigerung von 8729 auf 9065 nach, inklusive 131 Invaliden. Die Zahl der Invaliden stieg allein im Jahre 1903 von 46 auf 131 und die Zahl der zu unterstützenden Witwen von 57 auf 79.

Die allgemeine Unterstützungskasse hatte im Jahre 1903 eine Gesamteinnahme von 158 486,57 M. Dem steht eine Ausgabe von 150 627 M. gegenüber, darunter sind 127 200,50 M. Krankenunterstützung und 6650 M. Sterbegelder. Der Vermögensbestand der allgemeinen Unterstützungskasse erhöhte sich um 7859,57 M. auf 126 619,65 M.

Die Invalidenkasse hatte eine Einnahme von 72 741,63 M. im Jahre 1903 und eine Ausgabe von 60 742 M., darunter für Invalidenunterstützung 40 296,20 M., für Witwenunterstützung 12 204,80 M., sowie für Sterbegelder 950 M. Das Vermögen der Invalidenkasse stieg um 11 999,63 M. auf 249 239 M.

Auf der elf Punkte umfassenden Tagesordnung meist geschäftlicher Natur steht auch als Punkt „die Verschmelzung des Senefelder Bundes mit dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschland; sowie auch ein Antrag auf Vereinigung der getrennten Kassenführung der allgemeinen Unterstützungs- und der Invalidenkasse. Die Zahl der Invaliden und der Witwen hat eine solch bedeutende Steigerung erfahren, weshalb der Vorstand eine Erhöhung des Wochenbeitrages von 50 auf 70 Pf. beantragt.

Den Bericht der Kontrollkommission giebt Schulz-Berlin, welcher neben anderen über eine Reihe Beschwerden berichtet, doch habe fast immer dem Vorstand in seinen Entscheidungen recht gegeben werden müssen. Den Bericht des Vorstandes giebt mündlich Dietrich-Frankfurt a. M. Derselbe berichtet neben einer Reihe Geschäftlichem auch darüber, daß von seiten der Behörden dem Bund noch vielfach Schwierigkeiten wegen seines angeblich versicherungspflichtigen Charakters gemacht wurden; besonders lokale Mitgliedschaften hatten oft darunter zu leiden. Erst als der Vorstand sich hiergegen entschieden wehrte, gestützt darauf, daß im Bunde seit der letzten Generalversammlung eine bestimmte Unterstützungspflicht nicht mehr besteht, unterblieben diese Schwierigkeiten. Auch eine nach dieser Richtung geführte Klage einiger Mitglieder (Herbst und Genossen) sei für den Bund günstig ausgefallen, da es jeder Generalversammlung überlassen bleibt, die Statuten im gewünschten Sinne zu ändern. Mit den Kollegen resp. Berufsvereinen der verschiedenen Ländern, wie Oesterreich, Schweiz, Dänemark, Norwegen 2c. sind Gegenseitigkeitsverträge über die verschiedenen Unterstützungszweige abgeschlossen.

In der sich anschließenden Diskussion wird allgemein moniert, daß der Vorstand keinen gedruckten Bericht herausgegeben habe, auch über zu spätes Erscheinen der Vierteljahrsberichte wird geklagt, wie auch daß eine vorübergend angestellte Hilfskraft zu niedrig bezahlt wurde.

Zweiter Verhandlungstag.

Kassel, 15. August 1904.

Um 8 Uhr vormittags wird die Diskussion über den Rechenschaftsbericht des Vorstandes und der Kontrollkommission fortgesetzt und entspinnt sich eine längere Debatte besonders über in Dresden und Nürnberg vorgekommene Unterschlagungen; im ersteren Falle, in dem bereits die Staatsanwaltschaft eingegriffen hat, eine größere Summe, im letzteren Falle ein Manko, welches sich beim Ableben eines Kassierers herausstellte. An diesen Vorkommnissen wurde dem Vorstande ein Teil Schuld beigemessen. Letzterer verteidigte sein Verhalten in längerer Erwiderung. Vorstand und Kontrollkommission wurde für ihre Thätigkeit schließlich einstimmig Entlastung erteilt.

Die Nachmittagssitzung beschäftigte sich mit der Frage der Verschmelzung der Organisation des Vereins der Lithographen und Steindrucker 2c. mit dem Senefelder Bund. Der Referent zur Frage Müller-Bremen legte im längeren die Gründe dar, welche eine Verschmelzung nötig machen und empfahl Schaffung einer Organisation im Sinne des deutschen Buchdrucker-Verbandes. Die Verschmelzung beider Verbände liegt nicht allein im Interesse des wirtschaftlichen Kampfes sondern auch im Interesse des Bundes in seiner Kassenstärkung. Wird die Verschmelzung ohne Trennung der verschiedenen Kasseneinrichtungen vorgenommen, dann sei eine Organisation geschaffen, welche der des Buchdrucker-Verbandes gleichkomme. In der den ganzen Nachmittag sich anschließenden Diskussion gingen die Ansichten weit auseinander, circa 20 Redner äußerten sich zur Frage und sprachen mit Ausnahme von drei Rednern sämtlich im Princip für eine Verschmelzung. Die Ansichten selbst gingen bei den Anhängern der Verschmelzung nur dahin auseinander, daß die eine Hälfte den Senefelder-Bund so ausgebaut wissen wollte, daß in ihm der Verein der Lithographen und Steindrucker unter einer einheitlichen Kasse mit dem Zwange des Eintritts in allen Zweigen des Bundes aufgehen solle. Der andre Teil wünschte den Bund so ausgebaut, daß er unter einem Vorstande und unter einheitlichen Ortsverwaltungen aufgebaut sei, jedoch mit der ausdrücklichen Freistellung des Eintritts in die verschiedenen getrennten Teile, wonach die Organisation und Unterstützungs-Einrichtungen getrennt behandelt werden sollen. Hervorgehoben wurde die besonders schwierige Behandlung der getrennt zu führenden Verwaltungsgeschäfte. Die Diskussion selbst bewegte sich auf ziemlich hohem Niveau und wurde die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Kampfes stark in den Vordergrund gestellt. Nach einer Reihe kassengeschäftlicher Erläuterungen wurde die Sitzung vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Pankow. Der Verein für Frauen und Mädchen hielt am Donnerstag, den 11. August, seine erste Versammlung ab. Frau Ihrer referierte über: Der Wert der Bildung für die Frauen. Die Rednerin schilderte in ihrem Vortrage, wie notwendig eine geistige Weiterbildung auf allen Gebieten des Wissens gerade für die Frau ist, wenn sie als Erzieherin der künftigen Generation ihre Schuldigkeit thun und als gleichwertige Genossin des Mannes nicht mehr unter, sondern neben ihm stehen will. Hieran schloß sich eine kurze Diskussion, die sich im Sinne des Vortrages bewegte. Zehn neue Mitglieder wurden dem Verein gewonnen.

Köpenick. Heute, Mittwochabend 8 Uhr, hält der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein im Lokal Helling seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher Frau Mesch über: „Heimarbeit" referieren wird. Männer haben als Gäste Zutritt.

Steglitz. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend hält Donnerstag, den 18. August, abends 8½ Uhr, bei Wahrendorf, Schloßstr. 117, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Tagesordnung. 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher mitzubringen. Gäste willkommen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Gewerkschaftliches.

Das Schweineglück der Streikbrecher.

Als im Frühjahr der Zimmererstreik in Düsseldorf ausgebrochen war, herrschte eine sehr ungemütliche Stimmung zwischen den freien Gewerkschaftlern und den Christlichen, weil bekanntlich die letzteren wieder einmal die Streikbrecher lieferten. Ein Mitglied des Zimmererverbandes, das am Hauptbahnhof Streikposten stand, wurde von einer Anzahl Christlicher umringt, gestoßen, beleidigt und ihm gedroht, wenn er sich an ihrer Baustelle sehen ließe, würde man ihm, — die „Germania" wird nicht unterlassen, dies ihren Lesern mitzuteilen — mit der Axt den Schädel einschlagen. Der Angegriffene fand Zeugen des Vorfalles, die teilweise sogar bezeugen konnten, daß es sich um einen geplanten Ueberfall handelte, und erstattete Anzeige. Dieser Tage erhielt er nun folgendes Schriftstück retour:

Der Erste Staatsanwalt
bei dem königlichen Landgerichte.
h. B. h. 53/04.

Düsseldorf, den 9. Juli 1904.

Auf Ihre Anzeige vom 25. Mai 1904, gegen die Zimmerer Johann Rainer, Theodor Kerkhoff, Karl Helm und Josef Gerrissen, hier, wegen einfacher Mißhandlung und Beleidigung, werde ich mangels eines öffentlichen Interesses die öffentliche Klage nicht erheben.

Es bleibt Ihnen überlassen, die Privatklage zu erheben.

Wegen Bedrohung habe ich das Verfahren eingestellt, da nur die Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens strafbar ist, Sie aber nur mit Schlägen, d. i. einem Vergehen bedroht sind.

J. A.: Rust.

An
den Zimmerer
Herrn . . . . . .
Düsseldorf.

Die Unterscheidung des Staatsanwalts zwischen Verbrechen und Vergehen ist richtig, doch sind wir der Meinung, daß Schädeleinschlagen schon kein Vergehen mehr ist. Uebrigens sollte man auch annehmen, daß doch ein öffentliches Interesse vorliegt, wenn ein ruhiger Mensch von mehreren Raufbolden auf einem verkehrsreichen Platze am hellen Tage angefallen und mißhandelt wird. Doch dem sei, wie ihm wolle; der Staatsanwalt ist andrer Meinung wie wir. Da muß es befremden, daß derselbe Staatsanwalt in einem Prozeß, bei welchem es sich aber um einen Streikenden als Angeschuldigten handelte, einen ganz andren Standpunkt einnahm. Wir haben über den Fall berichtet, doch wollen wir denselben noch einmal kurz rekapitulieren: Es war auch während des Zimmererstreiks, ein Streikender soll einen Arbeitswilligen zu Boden gestoßen haben. Der Vorfall ereignete sich Anfangs April morgens um 5½ Uhr, also in der Dämmerung, der Streikende leugnete die That.

der Arbeitswillige ist der einzige Zeuge. Eine Kopfwunde hat der Angegriffene davon getragen, wo sie herrührt, kann er nicht sagen, auch kann der Arzt nichts feststellen. Der Staatsanwalt, der die Anklage im öffentlichen Interesse erhob, beantragte zwei Jahre Gefängnis, weil der Streikende ein Messer gebraucht habe. Nichts ist bewiesen, niemand weiß etwas von einem Messer, doch der Gerichtshof nimmt auch an, daß die Mißhandlung mittels eines Messers geschah und setzt fünfzehn Monate Gefängnis fest. „Gleiches Recht für alle."

Berlin und Umgegend.

Streik und Aussperrung der Former.

Wie in der gestrigen Formerversammlung festgestellt wurde, beläuft sich die Zahl der bis jetzt ausgesperrten Former und Kernmacher auf 742. Der Stand der Aussperrung ist also noch im wesentlichen unverändert. Die Berliner Metallindustriellen suchen in einer großen Zahl auswärtiger Blätter Former, vermochten aber bisher nicht einen einzigen Arbeitswilligen aufzutreiben. Sie dürften bei der gegenwärtig günstigen Konjunktur auch auf längere Zeit keine Arbeitswilligen finden. Es wurde ferner mitgeteilt, daß ein großer Teil der Berliner Gußarbeiten nach auswärts zur Anfertigung übergeben worden ist. — In der Hitze des Gefechts, d. h. bei der Schnelligkeit, mit der die Metallindustriellen die Formeraussperrung inszenierten, ist den Kühnemännern ein kleines Versehen unterlaufen, das noch ein interessantes Nachspiel vor dem Gewerbegericht haben wird. Die Herren haben sich nämlich in vielen Fällen des Kontraktbruches schuldig gemacht, indem sie eine Anzahl Former entließen, noch bevor diese ihren Accord fertig machen konnten. Bekanntlich sind es gerade immer die Kühnemänner und ihr Anhang, die nicht laut genug über schnöden Kontraktbruch der Arbeiter schreien können, wenn diese bei Proklamierung eines Streiks plötzlich die Arbeit niederlegen, ohne die angefangenen Arbeiten erst fertig zu stellen. Nun aber, nachdem sie selbst in aller Form den Arbeitern gegenüber Kontraktbruch begangen haben, hört man nichts von einem Lamento darüber in der ihnen nahestehenden Presse. Die Former sind sich daher jetzt schlüssig geworden, in allen Fällen, wo eine rechtswidrige Entlassung erfolgt ist, die Fabrikanten beim Gewerbegericht wegen Kontraktbruches auf Auszahlung des entgangenen Arbeitsverdienstes resp. des dafür zu erhebenden ortsüblichen Tagelohnes zu verklagen. Sie thun damit nichts andres, als was die Fabrikanten auch schon in unzähligen Fällen gethan haben. Und da sogar das Berliner Gewerbegericht in solchen Fällen die Arbeiter verurteilt hat, so soll hier einmal die Probe aufs Exempel gemacht werden, ob das Gewerbegericht jetzt auch die Unternehmer verurteilen wird.

Von der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes ist gegenwärtig ein Flugblatt herausgegeben worden, in dem die wahren Ursachen der jetzigen Formeraussperrung unanfechtbar klargelegt werden. Das Flugblatt, das gleichzeitig den dokumentarischen Beweis von dem rigorosen Eingriff der Kühnemänner in die schon beinahe abgeschlossenen Einigungsverhandlungen zwischen der Firma Schwartzkopff und der Streikkommission der Former enthält, soll auch bürgerlichen Blättern zur geneigten Orientierung zugestellt werden, sofern diese sich von Arbeitern überhaupt orientieren lassen wollen. —

Bemerkenswert ist noch folgender Vorfall. Bekanntlich sind zum heutigen Mittwoch 15 Metallarbeiter-Versammlungen einberufen worden mit der Tagesordnung: Die Aussperrung der Berliner Former und Gießereiarbeiter durch die Kühnemänner und deren Folgen für die Berliner Metallarbeiter. Die Einladung dazu ist u. a. auch durch Plakate an den Anschlagsäulen erfolgt. Nun konnte das Ankleben der Plakate aber erst erfolgen, nachdem das Wort „Kühnemänner" durch „Metallindustriellen" ersetzt worden war. Diese „Anordnung" war nicht etwa auf polizeiliches Verlangen zurückzuführen, sondern auf die Censur der Plakatfirma Nauck u. Hartmann, die sich schon wiederholt ein Censurrecht ihren Auftraggebern gegenüber angemaßt hat. Der löblichen Firma erschien der Ausdruck „Kühnemänner" anstößig. Ganz abgesehen davon, daß die Besorgnis der Firma, Anstoß zu erregen, nur Heiterkeit hervorrufen kann, hat sich die Bezeichnung der Berliner Metallindustriellen als „Kühnemänner" beim Publikum bereits so eingebürgert, wie etwa die Bezeichnung der Socialdemokraten als „die Roten". Würde die werte Firma auch an dem letztgenannten Ausdruck Anstoß nehmen?

Der neue Lohntarif der Maß-Schuhmacher wird, wie am Montag in einer vom Verein deutscher Schuhmacher veranstalteten Schoßarbeiter-Versammlung ausgeführt wurde, noch nicht in allen in Betracht kommenden Geschäften genau beachtet, obgleich schon vier Monate verstrichen sind, seitdem er in Kraft getreten ist. Auch wird es als ein unhaltbarer Zustand empfunden, daß kein einheitlicher Tarif vorhanden ist, was dazu geführt hat, daß z. B. in einem Geschäft teils nach dem ersten, teils nach dem zweiten Tarif gezahlt wird. Zudem wird die Durchführung des Lohntarifs dadurch erschwert, daß der Vorstand der Arbeitgeber-Vereinigung den Gehilfen keine Liste über die Mitglieder der Vereinigung, mit der die Vereinbarung getroffen worden ist, zur Verfügung stellt. Es sollen nun Fragebogen herausgegeben werden, um zunächst einmal festzustellen, wie weit der Lohntarif thatsächlich innegehalten wird und um eventuell Grundlagen für einen Normaltarif zu gewinnen. Außerdem wurde in der Versammlung darüber gesprochen, daß viele Schuhmachergehilfen, die zu Hause arbeiten, zu Beiträgen für die Handwerkskammer herangezogen werden, und daß alle Proteste gegen diese ungesetzliche Belastung vergeblich waren. Mit dieser Angelegenheit wird sich demnächst eine größere Schuhmacherversammlung befassen.

Achtung Schlosser und Bauklempner! Bei der Firma Künitz, Mariannenplatz, haben gestern vierzig Bauklempner wegen Tarifbruchs der Firma die Arbeit niedergelegt. Desgleichen sämtliche Schlosser der Firma Burow, Schönhauser Allee 40, ebenfalls wegen tariftwidriger Entlohnung. Beide Firmen sind gesperrt.

Der Glaserstreik ist in ein neues Stadium eingetreten. Am Montag haben nämlich Verhandlungen zwischen den maßgebenden Vertretern der Arbeitgeber-Vereinigung und Vertretern des Glaserverbandes unter Hinzuziehung des Arbeitersekretärs Körsten stattgefunden, bei denen sich die Arbeitgeber zu weitgehenden Zugeständnissen bereit erklärten. Nach fünfstündiger gegenseitiger Aussprache und wiederholter getrennter Beratung wurde sodann ein Vergleich vereinbart, der den beiderseitigen Versammlungen folgende Tarifbestimmungen in Vorschlag bringt:

1. Die tägliche Arbeitszeit ist 9stündig, des Sonnabends 8stündig.

Die Lohnzahlung muß Sonnabends um 5 Uhr und an Lohntagen vor den drei Festen um 2 Stunden früher beendet sein.

Bevor bei schlechtem Geschäftsgang Entlassungen stattfinden, ist die Arbeitszeit bis auf 6 Stunden zu verkürzen.

2. Vom 1. August 1904 ab wird pro Stunde 65 Pf. bei wöchentlich 58stündiger Arbeitszeit, das ist 34,45 M., gezahlt.

Nicht selbständig Arbeitende erhalten pro Stunde 55 Pf.; als Maßstab gilt dabei namentlich, daß jemand 18 Quadratmeter bei normaler Arbeit täglich dauernd nicht im stande ist zu leisten.

Unter normaler Arbeit ist zu verstehen, daß die sortierten Flügel leer nach den betreffenden Etagen durch die Arbeitnehmer geschafft, dort verglast und eingehängt werden.

3. Bezüglich Regelung des Punktes IV des Lohntarifs der Arbeitnehmer wird beiderseits bestimmt, die heute tagende Kommission zu ermächtigen, auf gesetzlicher Grundlage über die Punkte des Arbeitsnachweises zu beraten und auch über die Durchführung des dabei festgesetzten Regulativs zu wachen. Dieselbe Kommission soll gleichfalls über die Punkte III, V und VI des Lohntarifs der Arbeitnehmer Beschluß fassen.

Die Kommission hat schon nächste Woche zusammenzutreten.

4. Die Arbeitgeber geben die Versicherung, daß sie auf Accordarbeit keinen besonderen Wert legen.

5. Maßregelungen dürfen von keiner Seite aus stattfinden.

6. Zur Durchführung und Ueberwachung der Punkte sowie zur Schlichtung eventueller Differenzen ist die Kommission berechtigt, sofort eine Sitzung einzuberufen; ist der Vorsitzende (Arbeitgeber) verhindert, so ist dessen Stellvertreter (Arbeitnehmer) zur Einberufung dieser Kommission berechtigt.

Die Sitzung muß binnen 3 Tagen stattfinden.

7. Die Arbeitnehmer bestehen nicht mehr darauf, daß der Lohntarif vor dem Einigungsamt niedergelegt werde.

Doch legen sie Wert darauf, daß die Kommission dahin wirkt, daß der gegenwärtige Lohntarif überall anerkannt werde.

8. Vorbehaltlich der Genehmigung der beiderseitigen Generalversammlungen soll die Arbeit Donnerstag, den 18. August cr. aufgenommen werden.

9. Der Vertrag wird auf 2 Jahre geschlossen bei dreimonatlicher Kündigung.

Mit diesem Vorschlage haben die Arbeitgeber nicht nur die Organisation anerkannt, sondern unter Abschaffung des alten Staffeltarifs mit den Lohnsätzen von 45—65 Pf. eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde zugestanden. Die Arbeitgebervertreter verpflichten sich auch, falls dieser Vorschlag von ihrer Generalversammlung, wie zu erwarten, angenommen wird, für dessen Durchführung im ganzen Innungsbezirk Sorge zu tragen, weil in ihrem Verband der Glasereien von Berlin und Umgegend die bedeutendsten Firmen des Berufs organisiert sind. — In der gestrigen Versammlung der Glasergesellen, die im Gewerkschaftshause stattfand, hatten die Anwesenden nun über Annahme oder Ablehnung dieses Tarifvorschlags zu entscheiden.

In der Versammlung, in welcher nur die streikenden Glaser abstimmten, wurde beschlossen, mit 108 gegen 72 bei 6 ungültigen Stimmen den von der Tarifkommission mit den Unternehmern ausgearbeiteten Tarif anzuerkennen.

Von der Berliner Glaserinnung (Zwangsinnung) erhalten wir folgende Zuschrift:

Berlin, den 16. August 1904.

In Ihrer heutigen Morgennummer bringen Sie einen Artikel über den Glaserstreik, dessen Behauptung, die Berliner Glaserinnung habe sich wegen Hilfskräfte flehentlich an die Potsdamer Innung gewandt, auf Unwahrheit beruht; die Berliner Glaserinnung hat diesbezüglich überhaupt noch keine Schritte gethan und sich keineswegs mit der Potsdamer Innung in Verbindung gesetzt.

Wir ersuchen hiermit ebenso höflich wie dringend, dieses in der nächsten Nummer zu berichten.

Hochachtend
Der Vorstand der Glaser-Zwangsinnung zu Berlin.
J. A.: Carl Jost, Obermeister.

Zum Streik bei Orenstein u. Koppel in Spandau. Am Montag befaßten sich in Spandau drei Metallarbeiter-Versammlungen mit dem Streik, dessen Stand noch immer als im wesentlichen unverändert bezeichnet wurde. Die Firma hat zwar eine Anzahl Arbeitswillige von auswärts bekommen, doch genügen diese keinesfalls, um den Betrieb auch nur annähernd in früherem Umfange aufrechtzuerhalten. Auch hier zeigt sich wieder der krasse Herrenstandpunkt des Unternehmertums, denn nach oberflächlichen Berechnungen hätte die Firma mit dem schweren Gelde, das sie jetzt für Streikbrecher-Inserate zahlen muß, die Mehrkosten der Bewilligung der Arbeiterforderungen schon auf Jahre hinaus begleichen können. Die Unternehmer werfen das Geld lieber für Streikbrecher-Gesuche zu Tausenden geradezu fort, ehe sie freiwillig die berechtigsten Forderungen ihrer Arbeiter bewilligen. Wie bereits mitgeteilt, hatten die Streikenden das Einigungsamt des Spandauer Gewerbegerichts angerufen, bisher jedoch ohne Erfolg. Nebenbei bemerkt, ist dies das erste Mal, daß das Spandauer Gewerbegericht seit seinem elfjährigen Bestehen als Einigungsamt angerufen worden ist. Der Vorsitzende hat sich denn auch, wie der Obmann der Kommission in einer Versammlung mitteilte, höchlichst darüber gewundert, daß in den Gesamtforderungen der Streikenden soviel Einzelforderungen auf Einführung besserer sanitärer Verhältnisse in dem Betriebe enthalten sind, Forderungen, deren Erfüllung eigentlich selbstverständlich sei und deren Innehaltung dem Unternehmer auch schon ohne weiteres aus gewerbepolizeilichen Gründen obliegt. Am Montag ist es nun abermals zu einer Verhandlung zwischen dem Direktor der Firma und der Streikkommission gekommen. Die Verhandlung verlief jedoch resultatlos, weil die Firma keine weiteren Zugeständnisse machen wollte; ebenfalls lehnte der Direktor ein Erscheinen vor dem Einigungsamt ab. Die Streikenden sind sich im Bewußtsein dessen, daß ihre Forderungen berechtigt und erfüllbar sind, einig, den Ausstand weiter fortzusetzen.

Deutsches Reich.

Die Textilarbeiter von Neumünster in Holstein sind in eine Bewegung zur Erringung des Zehnstundentages getreten. Schon ehe den Fabrikanten die Forderungen unterbreitet wurden, haben sie sich auswärts um Streikbrecher bemüht. Ein Forster Blatt bringt u. a. folgendes Inserat:

Von großer Tuchfabrik werden gute, tüchtige Weber auf gute, dauernde und lohnende Arbeit gesucht. Alle Stühle neueren Systems. Bei guter Arbeit und längerer Thätigkeit Fahrpreisermäßigung. Meldungen an Herrn E. Eitner, Holstenstraße 26, Neumünster.

Die Textilarbeiter allerorts werden gut thun, den Versprechungen der Fabrikanten aus Neumünster nicht zu folgen.

In dem Breslauer Zweiggeschäft der Jalousiefabrik von Heinrich Freese haben sämtliche 12 Schlosser die Arbeit niedergelegt, weil der Tarif zwar anerkannt, aber nicht innegehalten wird.

Der Malerstreik in Danzig wurde zu Gunsten der Ausständigen beendet. Erreicht wurde ein Stundenlohn von 40 Pf., der 1905 auf 43 und 1906 auf 45 Pf. steigen soll.

Ein Streik russischer Landarbeiter wird von der ostpreußischen Provinzpresse gemeldet. Auf dem Gute Paparczyn legten sämtliche Russen die Arbeit nieder. Sie wurden durch den Gendarm an die russische Grenze gebracht und ausgewiesen. Wie man hört, glaubten sie den rückständigen Lohn nicht rechtzeitig erhalten zu haben. Ein großer Teil des Roggens steht infolge des Streiks noch auf dem Felde.

Wenn die Polizei so rasch in dieser Form eingreift, ist eigentlich für die Agrarier die Landarbeiterfrage in der befriedigendsten Weise gelöst: Man importiert Ausländer, zahlt ihnen keinen Lohn und läßt sie dann als „lästig" schleunigst wieder über die Grenze abschieben.

Am Neubau der Dürkoppschen Fabrik in Bielefeld streiken die Maurer. Von der Fabrikleitung wurde zwei Fabrikmaurern zugemutet, daß sie Streikbrecherarbeit verrichten sollten. Dieselben nahmen darauf ihre Entlassung.

Ueber die Kosten der Aussperrung im Maingebiet machte in einer Schlußversammlung der Ausgesperrten Genosse Bömelburg folgende Angaben: In Frankfurt, Darmstadt, Offenbach und Wiesbaden wurden in den vier Wochen 242 000 M. an Unterstützung ausbezahlt. Der Mainzer Streik kostete im vorigen Jahre 55 000 M. und in diesem Jahre 62 000 M. Im ganzen Aussperrungsgebiete wurden in den letzten sieben Jahren über 400 000 M. für Lohnbewegungen ausgegeben.

Die Schlosser in München haben vor dem Gewerbegericht einen Tarifvertrag mit den Meistern abgeschlossen. Der Vertrag hat ein Jahr Gültigkeit und gilt als um ein Jahr verlängert, wenn ihn nicht eine der Parteien zwei Monate vor Ablauf gekündigt hat. Vorgesehen ist in demselben eine 9½stündige Arbeitszeit und für selbständige Arbeiter ein Stundenlohn von 50 Pf.

Der Klempnerstreik in Leipzig ist beendet. Die Innung machte ein Angebot, nach dem 279 von den noch am Streik beteiligten 327 Klempnern einen Mindestlohn von 50 Pf., 34 Mann 46 Pf. und 14 Mann 42 Pf. bekommen. Eine Versammlung der Streikenden nahm mit 254 gegen 35 Stimmen das Innungsangebot an. Die Arbeit soll jedoch erst aufgenommen werden, wenn der Tarif durch beide Teile gegengezeichnet ist.

In Bremerhaven sind jetzt die Kisten der Prager „Arbeitswilligen" angekommen. Vier Stück derselben wurden geöffnet. Sie enthielten Backsteine, Straßenkehricht und ähnliches Streikbrecher-Handwerkzeug. Nach Besichtigung der vierten Kiste verzichteten die Unternehmer auf Oeffnung der weiteren.

Versammlungen.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am Montag in Kellers Saal eine außerordentliche Generalversammlung ab, woselbst im Gegensatz zu der von den übrigen lokalistischen Gewerkschaften mit dem bekannten Referat des Genossen Dr. Friedeberg stattgefundenen Versammlung ebenfalls die Frage „Parlamentarismus oder Generalstreik" behandelt wurde. Wie der Referent, Genosse Wermuth, ausführte, haben die Möbelpolierer in erster Linie deshalb zu der Angelegenheit Stellung genommen, weil sie dem lokalistischen Berliner Gewerkschaftskartell angeschlossen sind. Da sich die Mehrheit von ihnen nun weder mit der Friedebergschen Generalstreiks-Idee noch mit der Haltung der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" in dieser Sache einverstanden erklären könne, so seien die Möbelpolierer gleichzeitig vor die Frage gestellt, ob sie dem Gewerkschaftskartell noch länger angehören wollten oder nicht. Nach einer scharfen Kritik der letzten Friedebergschen Ausführungen empfahl der Referent den Austritt aus dem Kartell. In der lebhaften Debatte wurde teils für teils gegen die Friedebergschen Auslassungen gesprochen. Darauf kam es zur getrennten Abstimmung über folgende vom Referenten Wermuth gestellten Resolution:

Die heute bei Keller tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolierer erklärt entgegen der von Dr. Friedeberg vorgeschlagenen und von der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angenommenen Resolution den politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats als die zu seiner Befreiung dienenden Machtfaktoren.

Die Versammelten verurteilen aufs schärfste die von Dr. Friedeberg der Partei und somit der jahrelangen mühevollen und der Arbeiterklasse nutzbringenden Thätigkeit zugefügte Verleugnung. Den Generalstreik im Friedebergschen Sinne, zu dessen eifrigster Propagierung die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften sich entschlossen hat, hält die Versammlung als ein den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Proletariats zuwiderlaufendes Phantom.

Indem somit das Weiterbestehen des Kartellverhältnisses zwischen dem Verbande der Möbelpolierer und dem Berliner Gewerkschaftskartell aus taktischen Gründen zur Unmöglichkeit wird, beschließt die Versammlung, alle weiteren Beziehungen zu demselben abzubrechen.

Die Abstimmung ergab die Annahme der ersten beiden Absätze der Resolution, die sich gegen Dr. Friedeberg und die „Freie Vereinigung" wendet, mit großer Mehrheit. Dagegen wurde der letzte Absatz, der von dem Austritt aus dem Kartell handelt, mit 87 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Die freie Vereinigung der Bauarbeiter hielt am Sonntag im „Englischen Garten" ihre Generalversammlung ab. Nagel verlas die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Einnahme betrug 3717,92 M., die Ausgabe 2876,25 M.; das Vereinsvermögen beläuft sich auf 4969,67 M. Unter den Ausgaben figurieren 245 M. für Streikunterstützung, 225 M. für Rechtsschutz und 125 M. zur Unterstützung andrer Gewerkschaften. Besprochen wurden sodann die Mißstände auf den Bauten, wobei gleichzeitig bedauernd hervorgehoben wurde, daß durch die „laue Haltung" des Bauarbeiter-Verbandes in diesem Jahre der ausnahmsweise guten Konjunktur nicht einmal eine Lohnerhöhung durchgesetzt sei. Die Berliner Bauarbeiter ständen keineswegs auf der Höhe, wie sie stets nach außen hin gerühmt werde. So z. B. betragen die Mindestlöhne in Frankfurt laut Vertrag 50 Pf., in Berlin dagegen nur 45 Pf. Erwähnt sei, daß nach einer Ehrung des verstorbenen Genossen Keßler folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte:

In Erwägung, daß der alte Keßler seine ganze Kraft selbstlos dazu angewandt hat, neben andern Berufen auch die Bauhilfsarbeiter in der schweren Zeit des Socialistengesetzes zu organisieren und ihnen mit Rat und That zur Seite zu stehen; in fernerer Erwägung, daß sein ganzes Bestreben ehrlich dahin gerichtet war, mittels der Gewerkschaftsbewegung zielbewußte und überzeugungstreue Kampfgenossen heranzubilden, nimmt die heutige Versammlung umsomehr mit Entrüstung und Empörung Kenntnis von dem in Nr. 32 des „Bauhilfsarbeiter" vom 6. August enthaltenen rohen Erguß, und erklärt diese Handlung, einen im Grabe ruhenden, verdienten, im Kampfe erprobten Genossen zu verleumden und zu beschimpfen, als eine Gefühlsroheit sondergleichen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die im Centralverbande organisierten Berufskollegen sich in diesem Falle unsrer Ansicht anschließen und den Schreiber des schmutzigen Pamphlets in seine Schranken zurückweisen werden.

Eingegangene Druckschriften.

Protokoll der siebenten ordentlichen Generalversammlung des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Abgehalten April 1904 in Linden-Hannover. 68 Seiten. Verlag: Paul Wagener, Chemnitz.

Zweiter Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Dortmund-Hörde. Geschäftsjahr 1903. 120 Seiten. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats Dortmund-Hörde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatze.

Petersburg, 16. August. (W. T. B.) Wie eine Mitteilung des Generalstabes besagt, hat der britische Botschafter in Petersburg folgendes Telegramm des Chefs des englischen Geschwaders in den chinesischen Gewässern aus Weihaiwei vom 12. August mitgeteilt: Der Kommandant des Torpedobootes „Burny" traf heute um drei Uhr nachmittags mit der Mannschaft, die zu Fuß von Schantung hierher gekommen ist, ein. Er meldet folgendes: Um zwei Uhr morgens geriet das Torpedoboot „Burny" im Nebel in der Nähe von Schantung auf Grund. Alle wurden gerettet. Ich sprengte das Torpedoboot in die Luft. Ich befinde mich in Weihaiwei unter dem Schutze Großbritanniens. Der Kommandant bittet, seine Depesche der russischen Regierung mitzuteilen. Die Offiziere und die Mannschaft des „Burny" sind auf dem „Humber" untergebracht und werden nach Hongkong befördert werden.

Russische Anleihe.

Petersburg, 16. August. (W. T. B.) Ein kaiserlicher Ukas ordnet mit Rücksicht auf die bevorstehenden ordentlichen Ausgaben für den Krieg die Emission sechs neuer Serien von Billetten der Staatsrente im Betrage von 150 Millionen Rubel für vier Jahre an. Die Billette, die im Werte von fünfzig Rubel zu 3,6 Proz. ausgegeben werden sollen, laufen vom 14. d. M. ab und sind steuerfrei.

Zum Aufstand in Paraguay.

Buenos-Aires, 16. August. (Meldung der „Agence Havas".) Blättermeldungen zufolge soll die Lage in Paraguay sich verschlimmert haben. Die Aufständischen seien Herren eines großen Teiles des Landes und hielten Asuncion eingeschlossen. Der Präsident der Republik habe den Oberbefehl über die Truppen übernommen.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Internationaler socialistischer Kongreß.

Zweiter Verhandlungstag.

Amsterdam, 15. August.

Vor Beginn der heutigen Kongreßsitzung trat die deutsche Delegation zu einer Besprechung und Prüfung ihrer Mandate zusammen. Die Zahl der Delegierten beläuft sich auf 66. Auf Vorschlag Bebels soll dafür eingetreten werden, daß der Kongreß keine Vormittagssitzungen abhalte, um den Kommissionen Zeit zur Beratung zu geben. Zur Frage der Kolonialpolitik bringt Bebel für die Mitglieder der betreffenden Kommission nachstehende Gegenresolution zur Van Kolschen ein, um unsre grundsätzliche Stellungnahme schärfer und klarer zum Ausdruck zu bringen. Diese Resolution lautet:

„Die Kolonialpolitik, insofern sie darauf gerichtet ist, fremden Ländern mit Völkerschaften tiefer stehender Kultur die Wohlthaten moderner Kultur und Civilisation teilhaftig werden zu lassen, also die Eingeborenen dieser Länder zu uns emporzuheben und sie zu wahren Kulturmenschen zu erziehen, ist ein Bestreben, dem die Socialisten nicht nur ihre volle Sympathie entgegenbringen, sondern das zu verwirklichen sie bestrebt sein müssen, wo immer sie die Macht und Gelegenheit dazu haben.

Von dieser Kolonialpolitik, welche die Verwirklichung einer Kulturmission bedeutet, ist aber die Kolonialpolitik der herrschenden Klassen und ihrer Regierungen in den verschiedenen Staaten der Welt, soweit dieselben Kolonialpolitik betreiben, sehr weit entfernt.

Diese Kolonialpolitik hat sich bisher noch immer und überall als brutale Eroberer- und Raubpolitik entpuppt, die darauf berechnet ist, die Völkerschaften fremder Länder mit roher Gewalt, ja sehr oft mit wilder Grausamkeit und unter der heuchlerischen Vorspiegelung, ihnen sogenannte christliche Kultur und Civilisation zu bringen, zu unterwerfen, die Reichtumsquellen ihrer Länder im Interesse kapitalistischer Koterien zu plündern und die Eingeborenen in einer menschenunwürdigen Weise als Arbeitstiere zu verwerten.

Diese Kolonialpolitik ist seit Jahrhunderten bis auf den heutigen Tag mit dem Blut und den Thränen der unterdrückten Völkerschaften geschrieben, sie hat ihnen statt höherer Kultur und Civilisation die Leib- und Lohnsklaverei in den abschreckendsten Formen, den Alkoholismus und die Syphilis gebracht, mit der Wirkung, daß in zahlreichen Fällen diese Methoden der Kolonisation die davon betroffenen Völkerschichten ihrem vollständigen Untergang und ihrer Vernichtung entgegenführten, wobei in erster Linie die Arbeiterklasse der kolonisierenden Staaten die Opfer an Gut und Blut zu bringen hatte, die für diese räuberische und ausbeuterische Kolonialpolitik notwendig wurden.

Die Socialisten bekämpfen diese Art der Kolonisation mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften, und verweigern, soweit ihre Zustimmung zu einer solchen Kolonialpolitik in den Parlamenten in Frage kommt, die dazu notwendigen Mittel.

Diese Politik schließt aber nicht aus, sondern macht zur Notwendigkeit, daß die Socialisten im Interesse der unterdrückten und ausgeraubten fremden Völkerschaften Maßregeln fordern und unterstützen, welche die völkermörderischen Tendenzen in der herrschenden Kolonialpolitik abschwächen oder beseitigen.“

Bezüglich des Internationalen Bureaus will die deutsche Delegation beantragen, daß der Sitz nach Holland verlegt werde und daß sämtliche Drucksachen des Bureaus in den drei Kongreßsprachen: Deutsch, Englisch und Französisch, herausgegeben werden.

* * *

Vormittags-Sitzung.

Das Präsidium übernehmen heute Molkenbuhr, Ferri und Vaillant. Die Tagesordnung bleibt in der vorgeschlagenen Form bestehen. Für die Fragen der Taktik, Kolonialpolitik, Aus- und Einwanderung, Generalstreik, Socialpolitik und Arbeiterversicherung sowie Trusts und Arbeitslosigkeit soll je eine Kommission ernannt werden; um dieser Kommission Gelegenheit zur gründlichen Beratung zu geben, wird die heutige Nachmittagssitzung ausfallen, ebenso, nach dem Vorschlag Bebel, die Dienstag-Vormittagssitzung.

Das Ergebnis der Mandatsprüfung seitens der einzelnen Länder ist folgendes: Deutschland sandte 67 Delegierte, 40 für die Partei, 27 für die Gewerkschaften; Oesterreich 13, Böhmen 3, Ungarn 3, Schweiz 7, Dänemark 7, Schweden 6, Norwegen 2, Holland 33, Belgien 30, England 101 (darunter Socialdemokratische Föderation 34, Unabhängige Arbeiterpartei 31, Fabier 5, Gewerkschaften 26), Frankreich 83 (39 Jaurésisten, 44 Guesdisten, 6 Allemanisten), Italien 5, Spanien 5, Rußland in seinen verschiedenen Gruppen 26, Serbien 1, Bulgarien 2, Polen in drei Fraktionen 29, Armenien 2, Vereinigte Staaten von Nordamerika in vier Gruppen 7, Australien und Japan je 1. Bestritten sind nur einige russische Mandate seitens einzelner Gruppen.

Für die Zusammensetzung der Kommissionen schlägt das Bureau vor, daß jede Nation 1 event. 2 Delegierte entsenden könne; seien verschiedene Gruppen vorhanden, so sollen diese auch je einen Delegierten in diejenigen Kommissionen entsenden können, für deren Beratungsgegenstände sie sich besonders interessieren.

Allemagne will, gerade mit Rücksicht auf die französischen Parteiverhältnisse, für jede Gruppe das Recht der Teilnahme gewahrt wissen.

Vandervelde möchte dem Wunsche entsprechen, aber die Konsequenz wäre: je uneiniger ein Land sei, desto mehr Stimmrecht hätte es. Der Kongreß solle seine bisherige Stellungnahme aufrechterhalten, aber vielleicht finde das Bureau einen vom kameradschaftlichen Geiste diktierten Ausweg.

Rénard (Jaurésist) schlägt vor, die Frage einfach dahin zu lösen — sie seien zu diesem Ausweg bereit —, daß Frankreich überhaupt nur eine Stimme habe.

Der Kongreß entscheidet für den Vorschlag des Bureaus.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr.

* * *

Nachmittags 2½ Uhr trat die deutsche Delegation zu einer Sitzung zusammen, um für die verschiedenen Kommissionen ihre Delegation zu ernennen. In die Kommission für Punkt VI: Internationale Regelung der socialistischen Politik, werden Bebel und Kautsky gewählt. Die Dresdener Resolution soll die Grundlage der Verhandlungen bilden; die Verschärfung der Guesdisten, daß die Socialdemokratie niemals in der bürgerlichen Gesellschaft an der Regierung teilnehmen dürfe, wird abgelehnt, über den Gedanken der Dresdener Resolution, daß die Socialdemokratie solche Teilnahme nicht erstreben, nicht zur Grundlage ihrer agitatorischen und parlamentarischen Agitation machen dürfe, solle nicht hinausgegangen werden.

Für die Kolonialpolitik werden Bernstein und Stadthagen, für Aus- und Einwanderung Müller-Hamburg und Quarck delegiert. Bei Punkt IX: Generalstreik wünscht Friedeberg-Berlin delegiert zu werden. Dies wird abgelehnt, da in solcher Delegation die Parteimeinung, nicht die Meinung einzelner Genossen vertreten werden müsse. Gewählt werden Päplow-Hamburg und Klara Zetkin; für Socialpolitik und Arbeiterversicherung: Molkenbuhr und Wurm. Ueber Maifeier und Achtstundentag soll in einer späteren Sitzung noch diskutiert werden. Für Trusts und Arbeitslosigkeit werden Rosa Luxemburg und Schlicke-Stuttgart delegiert.

* * *

Die deutsche Delegation zum Internationalen Socialistenkongreß besteht aus folgenden Genossen:

A. Vertreter der socialdemokratischen Partei:

Bader, Magdeburg. Baudert, Sachsen-Weimar. Bebel, Reichstags-Fraktion. Büchner, Berlin. Ebert, Bremen. Erdmann, Kölnlandkreis. Ernst, Berlin. Fischer, Ober-Barnim. Frank, Pfalz. Frohme, Schleswig-Holstein. Gewehr, Niederrhein. Grünwaldt, Hamburg I. Hug, II. Hannover und II. Oldenburg. Kaden, IV., V., VI. Sachsen. Kautsky, Leipzig. Kolb, Baden. König, westliches Westfalen. Kunze, Stettin. Luxemburg, Bromberg. Metzger, Hamburg III. Molkenbuhr, Reichstags-Fraktion. Peirotes, Elsaß-Lothringen. Peus, Anhalt. Pfannkuch, Reichstags-Fraktion. Pfeiffle, Baden. Plorin, Merseburg. Pollender, Leipzig, XI. Sachsen. Quarck, Frankfurt a. M. Schwartz, Lübeck. Sperka, Württemberg. Stadthagen, Nieder-Barnim. Stengele, Hamburg II. Trapp, Paris, Leseklub. Ulrich, Hessen. Werner, Berlin. Westmeyer, Hannover. Wurm, Reuß j. L. Zenker, östliches Westfalen. Zetkin und Zietz, Frauen Deutschlands.

B. Vertreter der Gewerkschaften.

Bischoff, Verband der Schmiede, Verband der Graveure und Ciseleure, Verband der Kupferschmiede. Bringmann, Zimmerer-Verband. Bock, Schuhmacher-Verband. Cohen, Metallarbeiter-Verband. Decker, Hafenarbeiter-Verband. Deichmann, Tabakarbeiter-Verband. Döring, Hafenarbeiter-Verband. Dupont, Bildhauer-Verband. Friedeberg, Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften und Gewerkschaftskartell von Berlin und Umgegend. Haack, Metallarbeiter-Verband. Josephson, Handlungsgehilfen-Verband. Kater, Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften und Gewerkschaftskartell von Berlin und Umgegend. Klein, Centralverband der Maschinisten. Kretschmar, Bäcker-Verband. Kube, Zimmerer-Verband. Lehart, Holzarbeiter-Verband. Müller, Centralverband der Seeleute. Ollrich, Werftarbeiter-Verband. Päplow, Maurer-Verband. Röske, Holzarbeiter-Verband. Schlicke, Metallarbeiter-Verband. Schmidt, Holzarbeiter-Verband. Schrader, Zimmerer-Verband. Schumann, Transportarbeiter-Verband. Simon, Schuhmacher-Verband. Steinburg, Handlungsgehilfen-Verband. Stühmer, Schneider-Verband.

Fünfzehnter internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Fünfter Verhandlungstag.

Paris, 12. August.

Zur Verhandlung steht der Antrag der Belgier und Franzosen: „Kontrolle des Arbeitslohnes.“ Sie fordern doppelte Lohnlisten, von denen eine von dem Arbeitgeber an das Syndikat der Arbeiter abzugeben ist, damit das Syndikat eine genaue Lohnstatistik aufstellen könne.

Cordier-Frankreich: In Frankreich haben die Arbeiter gar keine Kontrolle über den Stand der Löhne, so daß sie die von den Unternehmern aufgestellten Lohnstatistiken nicht widerlegen könnten, obwohl sie wissen, daß sie unrichtig sind. Am Tage vor der Auszahlung muß der Arbeiter seinen Lohnzettel ausfüllen und sofort wieder abgeben und besitzt somit keinerlei Beweise über seinen Lohn. Sie haben darum den Antrag gestellt und hoffen, daß der Kongreß dem Antrag zustimmt.

Dejardin-Belgien ist der Meinung, daß es Pflicht des Kongresses sei, die Franzosen in ihrer Forderung zu unterstützen, darum ersucht er ebenfalls um Annahme des Antrages.

Pfalzgraf-Deutschland giebt die Erklärung ab, daß die Deutschen für den Antrag stimmen würden; die gleiche Erklärung giebt Ebert-Oesterreich ab.

Glober-England: Der Kohlenhauer muß unbedingt wissen, wieviel er gefördert und verdient hat. Wir haben in England Wiegekontrolleure angestellt, die von uns bezahlt werden und die Förderung genau kontrollieren. Die Förderung wird bei uns nach Gewicht bezahlt und haben die Kontrolleure die Aufgabe, das Gewicht nachzuprüfen und, falls der von der Compagnie angestellte Wiegemeister nicht genau gewogen hat, das fehlende Gewicht nachzureklamieren.

Die französische Resolution wird darauf einstimmig angenommen. Als nächster Punkt wird verhandelt über die Verstaatlichung der Gruben. Hierzu liegt eine Resolution der Belgier vor:

„Der Kongreß möge beschließen, daß alle Minen Eigentum des Staates werden.“

Bezant-Frankreich: Die Regierungen müssen aufgefordert werden, keine Minen mehr an private Compagnien zu vergeben, sondern die Ausbeutung selbst zu organisieren. Die Compagnien beuten die Minen nicht im Interesse der Allgemeinheit aus, sondern nur im Interesse der Grubenkapitalisten.

Manfart-Belgien hält die Frage von großer Wichtigkeit, jedoch ist man sich darüber noch nicht klar, wie sie erledigt werden soll. Die Socialisten haben im Parlament die Regierung aufgefordert, Schritte zu unternehmen, um die Bergwerke zu verstaatlichen, was aber von der Regierung abgelehnt wurde. Die Bergleute werden aber nochmals an die Regierung herantreten und ihr einen neuen Antrag unterbreiten. Man ist in Belgien nicht dafür, dem politischen Staat (?) die Gruben zu geben, denn der politische Staat treibe noch schlimmere Fiskalpolitik wie die privaten Compagnien. Auch zahle der Staat noch schlechtere Löhne als die Privaten. Am sympathischten erscheint uns, die Gruben in genossenschaftliche Regie zu übernehmen, denn das Genossenschaftswesen hat in Belgien für die Arbeiter sehr vorteilhaft gewirkt. Wenn sämtliche Gruben verstaatlicht würden, ließen sich auch viel leichter die heute noch bestehenden Mißstände beseitigen. Er verweist auf die sonstigen staatlichen Einrichtungen, wie Bahn- und Postwesen, und glaubt, daß die Gruben ebenso gut durch den Staat betrieben werden könnten wie diese.

Pokorny-Deutschland legt den Standpunkt der deutschen Delegierten klar und weist an dem Vorkommnis der Grubenstillegung im Ruhrrevier die Notwendigkeit der Verstaatlichung nach. Die Engländer, Amerikaner und auch die Oesterreicher verzichten aufs Wort und wird die belgische Resolution einstimmig angenommen.

Es folgt nun die Beratung über das Pensionswesen. Die Belgier und Franzosen beantragen, daß für alle Bergleute eine Pension gezahlt wird, die hinreicht, davon zu leben.

Cabrot-Belgien: In Belgien bestehen zwar Pensionen, aber sie stehen so niedrig, daß niemand davon leben kann, dazu sind sie, weil von den Compagnien geschaffen, in jedem Becken verschieden. Es werden Pensionen pro Monat gezahlt: Im Becken

Borinage	nach	55	Jahren	12,00 Fr.
Centre	„	55	„	1,00 „
„	„	60	„	20,00 „
Charleroi	„	60	„	8,33 „
Lüttich	„	66	„	11,00 „

Als 1888 die ersten Arbeitervertreter ins Parlament einzogen, haben diese der Regierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Pensionswesen einheitlich regeln sollte. Die Regierung, die für Staatsbeamte und Pfaffen, selbst für den dümmsten Dorfkaplan hohe Pensionen zahlt, hat für die Miners nichts übrig. Nach der Vorlage sollten die Arbeiter, die Compagnien und der Staat gemeinsam die Lasten tragen, was sicherlich nicht zuviel verlangt war. Wenn der klerikale belgische Staat aber in so liebenswürdiger Weise für Gendarmen und Pfaffen sorgt, soll er auch für die Arbeiter in gleichem Maße sorgen, die dem Staate immerhin noch nützlicher sind, als diese. Die Arbeiterpresse muß immer und immer wieder die traurigen Verhältnisse der alten Invaliden besprechen, die Oeffentlichkeit aufrütteln, dann müssen auch die Bourgeoisie-Blätter zu der Frage Stellung nehmen und auf diese Weise zwingen wir die Regierungen dazu, Remedur zu schaffen. Der Vorschläge sind genug gemacht; es ist endlich an der Zeit, daß in allen Ländern Gesetze geschaffen werden, die den armen Invaliden ein sorgenloses Alter schaffen. (Bravo!)

Bezin-Frankreich: In Frankreich schwebt die Pensionsfrage für die Arbeiter und besonders für uns Bergleute schon 15 Jahre, ohne daß sie zum Abschluß gekommen wäre. 1894 wurde in der Kammer ein Notgesetz angenommen, das 1902 verbessert wurde. Unsre Forderung geht dahin, daß dem Bergmann nach 25jähriger Thätigkeit eine Pension von 2 Frank pro Tag oder 600 Frank pro Jahr gezahlt wird.

Meis-Deutschland bespricht das deutsche Knappschaftswesen kurz und fordert für alle im Bergbau arbeitsunfähig gewordene Arbeiter ein Pensionsrecht.

Ebert-Oesterreich verzichtet, auf die Einrichtungen der österreichischen Bruderladen einzugehen, will aber konstatieren, daß im letzten Jahre im Bruderladenwesen keinerlei Besserung eingetreten sei. Die Regierung habe voriges Jahr die Schaffung eines neuen Gesetzes versprochen, aber nicht Wort gehalten. Er ist der Meinung, daß in Oesterreich die Verhältnisse schlechter stehen als in Deutschland.

Hoslam, England: Auf diesem Gebiete sind wir in England am weitesten zurück, denn wir haben keinerlei Pensions- noch sonstige Versicherungen für die Arbeiter bei uns. Hier sind uns die Deutschen sehr weit voraus, obwohl wir mit den deutschen Einrichtungen nicht vollständig zufrieden sind. Aber selbst die belgischen und französischen Bergleute mit ihrem noch viel mangelhafteren Pensionswesen als die deutschen, sind immerhin noch besser gestellt als der unorganisierte, arbeitsunfähige Bergmann bei uns. Man steckt in England den arbeitsunfähigen, mittellosen Arbeiter ins Armenhaus, wo er schlimmer behandelt wird als im Zuchthause. Er muß den Anzug der Schande, den Armenanzug tragen. Der „liberale“ englische Staat hat sich bis jetzt noch nicht dazu aufraffen können, socialpolitische Gesetze für die Arbeiter zu schaffen. Die Soldaten, die ja schließlich ihre Schuldigkeit gethan haben, aber doch nie produktive Arbeit leisteten, dem Allgemeinwohl überhaupt nie etwas nützten, erhalten Pension. Tausendmal eher steht dem Bergmann eine Pension zu. Besserung wird aber nicht eher eintreten, bis die englischen Bergleute sich wirkliche Vertreter ins Parlament wählen, was heute leider noch nicht geschieht. (Lebhaftes Bravo!)

Die belgisch-französische Resolution wird darauf einstimmig angenommen. Zwei noch vorliegende Resolutionen werden debattelos erledigt. Es folgt nun die Wahl des internationalen Sekretärs und wird an Stelle des verstorbenen Pickard Astor-England gewählt. Weiter folgt die Wahl des internationalen Komitees und des Kongreßortes für nächstes Jahr. Ins internationale Komitee werden gewählt: Edward, Abraham und Wilson-England, Hue, Sachse und Schröder-Deutschland, Lamendin, Cotto und Bezin-Frankreich, Cavrot, Caleward und Maroille-Belgien, Ebert und Cingr-Oesterreich und Mitschell-Amerika. Als nächster Kongreßort wurde Lüttich gewählt. Damit sind die Arbeiten erledigt und wurde der Kongreß geschlossen.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage haben die Elbinger Genossen folgende Anträge beschlossen:

1. Für die Wahlen zum Parteitage sind neue Bestimmungen in der Weise zu treffen, daß eine Wiederholung solcher Vorkommnisse wie die Wahl Bernhards zum Dresdener Parteitage ausgeschlossen ist.

2. Das letzte Bollwerk des Klassenstaates ist das stehende Heer. Im Hinblick hierauf und in weiterer Erwägung, daß eine planmäßige Erziehung der deutschen Arbeiterkinder zu überzeugten Socialdemokraten nicht stattfindet, beantragen die Elbinger Genossen:

„Die Partei möge unter den Proletariern, die zur Armee einberufen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für die Ideen des Socialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten durch Broschüren über ihre Pflicht gegenüber dem sogenannten „inneren Feinde“ aufzuklären. In diesen Broschüren ist den Soldaten auch Rat zu erteilen, wie sie sich angesichts der zahlreichen Soldatenmißhandlungen zu verhalten haben.“

3. Die deutschen Gewerkschaften haben in den letzten Jahren eine Entwicklung aufzuweisen, wie sie die Partei trotz ihrer letzten Wahlerfolge nicht zu verzeichnen hat.

So erfreulich diese Thatsache auch ist, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß das wichtigste Ziel der Arbeiterschaft, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nur durch eine politische Bethätigung der Arbeiterschaft zu erreichen ist.

Bei einem Teile der Gewerkschaftler herrscht indes eine Ueberschätzung ihrer Thätigkeit, verbunden mit einer Nichtachtung des politischen Kampfes, wie sie im Interesse der Arbeiterschaft nur zu bedauern ist. Da nun an eine so innige Verschmelzung von Partei und Gewerkschaften, wie wir sie in Belgien und Skandinavien haben, auf Jahre hinaus nicht zu denken ist, so bleibt uns nur übrig, der politischen Bewegung einen möglichst großen Einfluß zu verschaffen. Dies ist nur dann der Fall, wenn an die Stelle der vielen kleinen politischen Vereine eine das ganze Reich umfassende Organisation tritt.

Die Elbinger Genossen richten deshalb an den Parteitag den Antrag:

„Der Parteitag möge den Organisationsvorschlag des Parteivorstandes ablehnen und ein Organisationsstatut auf Grund einer möglichst strengen Centralisation beschließen.“

Die Kreiskonferenz des dritten badischen Wahlkreises beschloß:

1. Die Parteigenossen des dritten badischen Wahlkreises, welche leider nicht in der Lage sind, einen Delegierten zum deutschen Parteitag nach Bremen zu entsenden, sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß in Zukunft die Meinungsäußerungen innerhalb unsrer Partei, insbesondere aber auf den Parteitagen in einer solchen Art und Weise zum Austrage gebracht werden, wie es von Angehörigen einer Partei, welche es mit den im Parteiprogramm festgelegten Zielen ernst meinen, unbedingt verlangt werden muß.

Die Erfolge seit Dresden haben klar und deutlich gezeigt, daß solche Vorkommnisse nicht dazu beitragen, das Ansehen und die Stärke der Partei zu fördern.

2. Um in den infolge ihrer Verhältnisse zurückgebliebenen Wahlkreisen eine durchgreifendere Agitation zu entfalten, möge sich der Parteitag mit einer Reform der Organisation beschäftigen in dem Sinne, daß nach dem Beispiel der gewerkschaftlichen Organisationen eine Centralisation mit besoldeten Parteileitern gebildet wird.

Die Generalversammlung für den zweiten nassauischen Kreis beschloß:

„Die socialdemokratische Kreiswahlvereins-Generalversammlung ist mit der bisherigen bewährten Taktik, die innerhalb der Partei geübt und mit praktischen Erfolgen gekrönt wurde, zufrieden. Die Generalversammlung ist in keiner Beziehung in der Lage, sich von dieser Taktik zu trennen. Revisionistischen Bestrebungen, die ein ewiges Anzweifeln unsrer Grundlagen hervorrufen, insbesondere dem vom Genossen Schippel vertretenen Standpunkt in der Zollpolitikfrage, tritt die Generalversammlung mit der äußersten Schärfe gegenüber. Die Generalversammlung ist der Erwartung, daß der Parteitag in Bremen die alte revolutionäre Bewegungskraft aufrecht erhält und die alten Grundlagen der Partei nicht erschüttert werden.“

Berichtigung. In dem Bericht des Parteivorstandes über die Parteipresse hat sich ein fataler Irrtum eingeschlichen. Die Chemnitzer „Volksstimme“ hat nicht, wie es im Bericht heißt, 16 500 Abonnenten, sondern sie hat seit ihrer Verschmelzung mit dem Burgstädter Blatte circa 16 500 Abonnenten gewonnen und zählt zur Zeit deren gegen 30 000.

In der Versammlung in Hannover, in der, wie wir gestern mitteilten, die Friedebergsche Generalstreik-Resolution abgelehnt wurde, hat nicht Kater, sondern Friedeberg referiert. Die kurzen Angaben in der ersten Mitteilung des Hannoverschen Parteiblattes verführten

uns zu der irrigen Mitteilung. Ueber Friedebergs Vortrag entspann sich eine lebhafte Diskussion, in deren Verlauf Friedeberg sagte, er glaube nicht, daß die Versammlung den Mut finden werde, seine Resolution abzulehnen. Sie fand ihn aber doch.

Landsturm.

In Düsseldorf, so erzählt unser Elberfelder Parteiblatt, ist einer auf den tiefsinnigen Gedanken verfallen, die edelsten Instinkte des braven Bürgers in den Dienst seiner guten Sache zu stellen. „Damen" oder auch Nichtdamen bieten jedem, der sie verständnisinnig ansieht, mit den Worten: „Nur 10 Pfennige, Schatz" ein Heft an mit folgendem verlockenden Titel: „Düsseldorf bei Nacht! Betrachtungen über einige bemerkenswerte Erscheinungen des modernen Lebens und Treibens."

Kaviar! Das mußt du haben!

Der Arme, der schon im Vorgefühl der ihn erwartenden Gemüsse geschwelgt, ist bös hineingelegt worden. Denn es steht zu lesen:

„Mancher wird jedenfalls geglaubt haben, „Düsseldorf bei Nacht" müsse das liederliche Leben der Nachtschwärmer aufdecken."

Aber das thut es ja gar nicht. Was es thut, sagt das Vorwort:

„Wer ein warmfühlendes Herz für seine Mitmenschen hat und nicht allzu blind ist gegenüber den Erscheinungen des modernen Lebens, den wirtschaftlichen und socialen Verhältnissen unsres Volkes, muß zugeben, daß es heute eine Zeit ist, wie dieselbe vom christlichen Standpunkte aus nicht schlechter gedacht werden kann. Aber wodurch sind denn die jetzigen Zustände herbeigeführt worden, und wer trägt die Schuld? Sagt man die Wahrheit, ja die kann keiner vertragen!

Ein offenes Wort ist aber gerade hier recht angebracht, und so will ich, da ich oft über diese Verhältnisse nachgedacht, meine Beobachtungen nicht verschweigen, die ich hier unter dem Titel „Düsseldorf bei Nacht" der Oeffentlichkeit übergeben will.

Um Irrtum zu vermeiden, sei vorab mir eine Bemerkung gestattet. Dieses Werkchen ist nicht gerichtet gegen die Arbeiter, welche ihre Lage zu verbessern suchen, sondern nur gegen deren Aufwiegler, welche nur ihren eignen Gewinn und Vorteil suchen. Der Verfasser."

Es ist eine christlich-sociale Schmiererei gegen die Socialdemokratie und der Herausgeber, der die Ordnungsvolksseele kennt, packt sie dort, wo sie sterblich ist; er zwingt die heiligsten Gefühle des guten Bürgers in den Kampf für Ordnung und gute Sitte und die Priesterinnen der freiesten Liebe werden zum Landsturm gegen die familienzerstörende Socialdemokratie.

Heil dem guten Genius, der diesen glücklichen Gedanken zur That werden ließ!

Sammlungen zum Wahlfonds der dänischen Socialdemokratie finden laut Beschluß des Parteitages von 1901 alljährlich statt. Die Kosten der Wahlbewegung vom vorigen Jahre konnten fast ganz aus den Sammlungen der Jahre 1902 und 1903 gedeckt werden. Den ersten Beitrag zum Wahlfonds sandte diesmal der Professor für englische Sprache und Litteratur an der Universität Kopenhagen, Otto Jaspersen, und zwar mit folgendem Begleitschreiben:

„Hiermit erlaube ich mir, einen Beitrag zum socialdemokratischen Wahlfonds zu senden mit einem tiefgefühlten Danke für den Kampf der socialdemokratischen Partei für ökonomische Gerechtigkeit und politische Gleichheit. Nicht zum mindesten auch Dank für den Kampf gegen die militaristische schleichende Seuche.

Ergebenst
Otto Jaspersen,
Professor der Universität."

Die italienisch-österreichische Sympathie-Demonstration und die innerparteilichen Fragen.

Rom, den 14. August.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die österreichischen Socialisten italienischer Sprache sich an den Parteivorstand in Rom gewandt und ihn befragt haben, ob der Vorschlag der autonomen Cirkel Mailands, eine italienisch-österreichische Sympathie-Demonstration betreffend, die Billigung des Parteivorstandes habe. Die beiden einzigen zur Zeit in Rom anwesenden Vorstandsmitglieder Giovanni Lerda und Oddino Morgari antworteten nun auf dieses Schreiben mit einem im „Avanti" abgedruckten Brief. Die Genossen erklären hierin, daß sie allein nicht kompetent seien, die principielle Frage nach der Stellung der socialistischen Parteien des Auslandes den autonomen Cirkeln gegenüber zu beantworten. In dem vorliegenden Falle handele es sich um einen Vorschlag, der vom Parteivorstand selbst in ähnlicher Form bereits gemacht wurde; es könne daher dem Vorstand nicht in den Sinn kommen, demselben Plan, nun er von andrer Seite komme, irgendwie entgegenzutreten. Der Parteivorstand seinerseits würde als Vertreter der italienischen Socialisten und des italienischen Proletariats nicht verfehlen, auch in diesem Falle seine Pflicht zu thun.

Die autonomen Cirkel beschlossen in einer von nahezu tausend Personen besuchten Versammlung, die Verwirklichung ihres Vorschlages einer österreichisch-italienischen Zusammenkunft energisch zu betreiben. Eine Minderheit machte geltend, daß die autonomen Gruppen nicht im Namen der italienischen Socialisten auftreten und internationale Zusammenkünfte organisieren könnten. Turati vertrat dagegen, unterstützt von Treves und Bonazzi, die Ansicht, daß die autonomen Cirkel berechtigt seien, jede zum Nutzen des Proletariats geplante Unternehmung in die Hände zu nehmen; die „andren socialistischen Organisationen" hätten die Pflicht, sich mit denen, von denen der Vorschlag ausgeht, in Verbindung zu setzen. In dieser extremen Form ging diese Ansicht nicht durch, sondern die Versammlung beschloß im Sinne Bonomis ein Amendement zur Tagesordnung Treves (die im allgemeinen die Berechtigung und Nützlichkeit der gegen etwaige Kriegsgelüste protestierenden Demonstration betonte); dieses Amendement fordert die Mailänder autonomen Cirkel auf, den italienischen Parteivorstand für die geplante Demonstration zu gewinnen. — Wie bereits gesagt, ist der Vorschlag selbst zuerst in einem Artikel im „Avanti" gemacht worden, dann trat ihm das Exekutivkomitee des Parteivorstandes näher, und schließlich begannen die Mailänder Cirkel, ihn zu formulieren. Der Parteivorstand plante die Entsendung eines Vertreters zum deutsch-österreichischen Parteitage von Salzburg und einen Austausch von Delegationen österreichischer und italienischer Genossen in Rom und Wien. Die autonomen Cirkel schlugen eine Zusammenkunft zwischen österreichischen Socialisten italienischer Sprache und italienischen Socialisten in Lugano vor. —

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Zu der am Sonntag, den 21. d. Mts., stattfindenden Urania-Vorstellung sind noch Billets beim Kassierer Fahrow, Ravenéstraße 6, zu haben. Noch nicht abgesetzte Billets sind unverzüglich dort abzuliefern.

Der Vorstand.

Lokales.

Die Ersetzung der Krankenwärter durch Pflegeschwestern ist das Ziel, dem die Leitung unsres städtischen Krankenpflegewesens zustrebt. Sie wäre wahrscheinlich schon heute an diesem Ziel angelangt, wenn es ihr nicht bisher immer noch an der genügenden Zahl von Schwestern gefehlt hätte. Aber wir haben ja nun die städtische Schwesternschule, die wird ja dem Mangel bald abhelfen. Ein paar Jährchen noch, dann wird man die Früchte dieser Schule sehen können.

Als am 28. Januar dieses Jahres die Stadtverordneten-Versammlung die Bestimmungen über die Ausbildung und spätere Anstellung der Schwestern zu beschließen hatte, fragte unser Genosse Stadtverordneter Dr. Weyl an, ob die in den Kreisen der Wärter und Pfleger rege gewordene Befürchtung, daß man das männliche Personal durch Schwestern ersetzen wolle, begründet sei. Stadtrat Dr. Weigert antwortete: „Ich glaube, diese Befürchtung trifft nicht zu." Aber nachher setzte er hinzu, daß man „zunächst die Schwesternschule einrichten und **vermehrte Schwesternbeschäftigung ins Auge fassen**" wolle. Schon diese Antwort war deutlich genug, trotz ihrer vorsichtigen Fassung. Noch deutlicher erklärte sich am 18. Februar bei der ersten Lesung des Etats Oberbürgermeister Kirschner. Stadtverordneter Genosse Singer hatte für das Pflegepersonal höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und bessere Verpflegung verlangt und die Einrichtung einer Schule auch für männliche Pfleger empfohlen. Darauf erwiderte Herr Kirschner: „Wir haben das lebhafteste Bestreben, **das männliche Personal möglichst durch weibliches zu ersetzen.**" Am 10. März bei der zweiten Lesung des Etats hielt Stadtv. Genosse Antrick dieses Geständnis Herrn Kirschner vor. Herr Kirschner antwortete, er habe gesagt, daß „**möglichst**" das männliche Personal durch weibliches ersetzt werde, und das halte er voll aufrecht.

Die Absichten des Magistrats liegen hiernach offen zu Tage. Sie finden auch die Billigung und Unterstützung der ganzen bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung, von der „Fraktion Mommsen" über die „Alte Linke" und „Neue Linke" bis zur „Socialfortschrittlichen Gruppe"! Wohin die Fahrt geht, das wußten die Wärter ohnedies, und es hätte hierzu nicht erst dieser Erklärungen und Bestätigungen bedurft. Die Wärter sind sich vollkommen darüber klar, wie das „möglichst" des Herrn Kirschner aufzufassen ist. Sie rechnen darauf, daß man **ein auserlesenes Häuflein von Wärtern für die „Dreckarbeit"** (wenn der Ausdruck erlaubt ist) behalten, im übrigen aber die Stellen mit den Damen aus der Schwesternschule besetzen wird. Jedesmal, wenn wieder ein Wärter entlassen wird, drängt sich ihnen die Frage auf, ob nicht durch diese Entlassung das Ziel, in den städtischen Krankenhäusern die Schwesternschaft aufzurichten, wieder einen Schritt näher gerückt wird. Selbstverständlich fehlt es solchen Entlassungen nicht an triftigen Gründen. Wer wäre so ohne Tadel, daß man ihm nicht eines Tages den Strick drehen könnte, an dem er gehängt werden soll! Selbst bei den gepriesenen Schwestern und sogar bei den gestrengen Herrn Aerzten soll mancherlei vorkommen, was auch nicht „ohne" ist. Aber wenn sich dann herausstellt, daß da und dort **für einen entlassenen Wärter wieder einmal eine Schwester eingestellt** wird, dann gehen den Wärtern doch ganz eigenartige Gedanken durch den Kopf.

Großes Aufsehen in Wärterkreisen haben ein paar Entlassungen hervorgerufen, die kürzlich wieder in Moabit erfolgt sind. Dort hat auf Station XVI der Assistenzarzt Dr. Neumann plötzlich die Entdeckung gemacht, daß einige Wärter bei den an den Kranken vorzunehmenden Temperaturmessungen sich die Arbeit in unzulässiger Weise erleichterten, und er hat dafür gesorgt, daß die Schuldigen hinausflogen. Daß Herr Dr. Neumann das erst jetzt entdeckt und nicht schon längst gewußt haben sollte, ist eigentlich überraschend. Es handelt sich um einen **Mißbrauch, der im Krankenhause Moabit seit langem und von vielen Wärtern geübt worden ist und auch in andren Krankenhäusern nicht unbekannt ist.** Die Wärter haben bei solchen Kranken, die fieberfrei und schon außer Bett waren, die Temperatur gar nicht mehr gemessen. So ganz neu war übrigens dieser tadelnswerte Mißbrauch dem Herrn Dr. Neumann thatsächlich nicht mehr, als er einen Oberwärter und drei Wärter dabei ertappte. Schon einige Tage vorher hatte er ihn bei einem der drei Wärter bemerkt, ohne daß es deshalb zu einer Entlassung kam. Dieser eine entging merkwürdigerweise auch nachher, als er zum zweitenmal erwischt wurde, dem Schicksal der Entlassung. Der Mann hält nicht zur gewerkschaftlichen Organisation oder gar zu der gottverdammten Socialdemokratie; er soll sogar fromm sein.

Es scheint, daß der Vertreter des Direktors, der Sekretär Zenke, auch das Verschulden der andren mit milderen Augen ansehen wollte. Er erklärte ihnen, es sei ihm von maßgebender Stelle gesagt worden, er solle sie entlassen; er könne nicht anders, er selber werde getrieben. Dem Oberwärter wurde übrigens freigestellt zu bleiben, wenn er wieder als gewöhnlicher Wärter anfangen wolle. Man kann nicht darüber in Zweifel gewesen sein, daß er dazu nicht bereit sein werde. Er lehnte ab und war dann gleichfalls entlassen. Die Entlassung der drei gab der Verwaltung Gelegenheit, zwei Posten **mit Schwestern zu besetzen.** Nun wird man ja wohl zufrieden sein.

Statistik der öffentlichen Fuhrwerke. Der Bestand an öffentlichen Fuhrwerken ist im Laufe des II. Quartals dieses Jahres im Vergleich zum I. Quartal abermals gestiegen. Vom 31. März 1904 bis zum 30. Juni 1904 ist die Anzahl der Omnibusse von 815 auf 846, die Anzahl der Thorwagen von 92 auf 96, die der Straßenbahnwagen von 3137 auf 3189 gestiegen. Nur der Bestand der Droschken ist von 8079 auf 8064 Wagen, also um 15 Wagen gefallen. — Bei den Unfällen im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn wurden 6 Personen, davon 1 schwer, im Straßenbahnbetriebe 514 Personen, davon 4 tödlich und 41 schwer, und im Omnibusbetriebe 51 Personen, darunter 2 tödlich und 10 schwer verletzt. Die große Zahl der Unfälle darf nicht verwundern, da auch die kleinsten und unbedeutendsten Unfälle mitgezählt worden sind.

Die Leistungen des Wunderpferdes „Hans", deren wir am Sonntag gedachten, hat jetzt kein geringerer als der berühmte Zoologe Prof. Möbius, der Direktor des Berliner Zoologischen Museums, in der „National-Zeitung" besprochen. Das Urteil eines so hervorragenden Mannes werden selbstverständlich auch unsre Leser schätzen, und wir persönlich haben noch insoweit Ursache, es abzudrucken, als es unsre Ansicht, daß auch in diesem Falle eine Dressurleistung vorliegt, bestätigt. Eine Dressurleistung allerdings, die infolge der Systematik, mit der sie betrieben wird, das bisher auf diesem Gebiete Dagewesene beträchtlich in den Schatten stellt. Herr Prof. Möbius schreibt also:

Der jetzt vielbesprochene Hengst „Hans" ist nach der Angabe seines Besitzers, des Herrn v. Osten, 9 Jahre alt. Seit vier Jahren hat ihn Herr v. Osten täglich nach einer von ihm wohl überlegten Methode unterrichtet, ohne ihn sonstwie zum Reiten oder Fahren zu verwenden. Seinen Unterricht begann er damit, daß er dem Hengste Kegel, Kugeln an einer Rechenmaschine, weiße Kreidelinien auf einer großen Schiefertafel u. a. gleichartige Gegenstände vor die Augen brachte und ihn veranlaßte, deren Anzahl durch Auftreten mit dem rechten Vorderhuf anzugeben. Während dies geschah, sprach er stets auch das die Zahl bezeichnende Wort aus. Für jede der angeschauten Anzahl entsprechende richtige Bezeichnung durch Huftritte wurde das Pferd mit einem Leckerbissen belohnt. Alles weitere lernte das gelehrige Tier stets durch Anschauung sichtbarer Gegenstände und durch gleichzeitiges Hören der sie bezeichnenden Worte unsrer Sprache. So wurden ihm Worte Zeichen für sichtbare Dinge und es lernte Huftritte als Zeichen seiner Wahrnehmungen nach denselben psychischen Gesetzen gebrauchen, wie wir uns der Sprache bedienen, um andern Menschen unsre Vorstellung von dem, was wir gesehen oder gehört haben, auszudrücken. Nachdem Herr v. Osten seinen Hengst diese einfache Zeichensprache gelehrt hatte, war der Grund gelegt, ihn noch weiter auszubilden. Er legte ihm Gold-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen vor und lehrte ihn Gold mit einem Huftritt zu bezeichnen, Silber mit zwei, Nickel mit drei, Kupfer mit vier Tritten. Liegen in einer Reihe verschiedener Münzen drei Goldstücke, so stößt er mit dem rechten Vorderhuf dreimal auf den Fußboden, wenn ihm befohlen wird, ihre Anzahl anzugeben. Er unterscheidet die Münzen auch nach ihrer Größe. Soll er den Wert eines Einmarkstückes angeben, das der Finger seines Lehrers oder eines Stellvertreters desselben berührt, so macht er einen Huftritt, bei einem Zweimarkstück zwei, bei einem Fünfmarkstück fünf. Sogar mit Brüchen hat Herr v. Osten seinen Hengst bekannt gemacht. Er teilte einen Kreidestrich in zwei, drei oder mehr gleiche Teile durch Wegwischen der Kreide an den Teilpunkten, ließ den Hengst nun angeben, wie viel Teile er sehe, sprach dabei die Bruchbenennungen aus und schrieb auch die Bruchzahlen $^1/_2$, $^1/_3$, $^2/_3$ u. s. f. über die gleichen Teile der zuerst als ein Ganzes betrachteten Linie. So lernte „Hans" anschaulich, daß ein Ganzes zwei Halbe, drei Drittel, vier Viertel u. s. f. enthält. Nun versteht man, daß er mit zwei Huftritten antwortet, wenn man ihn fragt: Wie viel Siebentel fehlen an $^2/_7$ zu einem Ganzen? und daß er neunmal auftritt, wenn die Frage lautet: Wie viel Siebentel fehlen an $^2/_7$ zu zwei Ganzen? Denn Zusammenzählen von zwei Zahlen hat er schon früher gelernt. Herr v. Osten hat seinem gelehrigen Hengste auch die Bezeichnung verschiedener Farben und der sieben Töne einer Harmonika beigebracht. Das Zeichen für den Grundton der Tonleiter ist ein Fußtritt, den er macht, wenn ihm dieser vorgeblasen wird. Hört er die Sekunde, so tritt er zweimal auf, weil ihm das beigebracht ist usw. Er hört auch die verschiedenen Töne von Zusammenklängen und bezeichnet ihre Lage in der Tonleiter richtig mit seiner Huftrittsprache. „Hans" sieht und unterscheidet den kleinen und großen Zeiger einer vor seinen Augen gehaltenen Taschenuhr, sowie auch die verschiedene Form und Lage der zwölf Stundenzahlen. Das ist auch erklärlich. Seine Augen bestehen aus ähnlichen lichtbrechenden und -empfindlichen Teilen wie die menschlichen und stehen durch die Augennerven mit Gehirnstellen in Verbindung, wo der Reiz, den das im Hintergrunde des Augapfels erzeugte scharfe Bildchen des Zifferblattes verursacht, in eine Vorstellung verwandelt wird. Sein Lehrer hat ihn daran gewöhnt, die Stundenzahl, die der kleine Zeiger berührt oder die er kürzlich verlassen hat, durch eine entsprechende Huftrittzahl zu bezeichnen und dann auch noch die Zahl der Minuten, welche der große Zeiger über den Viertel-, Halb- oder Dreiviertelkreis des ganzen Stundenkreises hinaus anzeigt. Das scharfsinnige Unterscheidungsvermögen des Pferdeauges hat Herr v. Osten auch benutzt, ihn Menschen mit deren Photographien vergleichen zu lassen. Er stellt die Personen, die ihm ihr Bild übergeben haben, in eine Reihe, hält dem Pferde eines der Bilder vor und fordert es auf, den Platz des Abgebildeten in der Reihe durch Huftritte zu bezeichnen. Er thut es richtig. Diese bewunderungswürdigen Leistungen zeigen, daß der Hengst „Hans" die Fähigkeit besitzt, sehr scharf zu sehen und zu hören, die durch Sinnesempfindungen in ihm entstandenen Vorstellungen genau von einander zu unterscheiden, diese in seinem Gedächtnis aufzubewahren und dies alles durch die ihm angelernte Huftrittsprache auf Geheiß anzuzeigen. Nicht aus sich selbst hat er es so weit gebracht, sondern nur durch die ausdauernde methodische Mitarbeit einer menschlichen Intelligenz, allerdings auf Grund der hochstehenden Ausbildung der Sinnesorgane und des Nervensystems der Species Pferd. Im Freien lebende, von Menschen nicht geschulte Pferde verwenden ihre leiblichen und psychischen Eigenschaften mit ähnlichem Scharfsinn wie der bewunderungswürdige Hengst „Hans", um ihre Bedürfnisse nach Nahrung, Geselligkeit, Bewegung und Ruhe zu befriedigen, sowie auch sich gegen unangenehme Abkühlung, große Hitze, feindliche Angriffe und dergleichen zu schützen. Das Leben aller Tiere besteht in einem ununterbrochenen Entstehen und Stillen von Bedürfnissen. Dem Hengste „Hans" hat sein Lehrer psychische Kunststücke eingeübt, indem er ihm ein Bedürfnis nach Leckerbissen angewöhnte. Dieses Bedürfnis wird durch Fragen und Fingerzeige wachgerufen, denen gemäß der Hengst handelt, damit das erweckte Bedürfnis befriedigt werde; denn kaum hat er das letzte Fußtrittzeichen ausgeführt, so schnappt er schon gierig mit Lippen und Zähnen nach dem Leckerbissen in der Hand des ihn leitenden Meisters. Ob er Vergnügen an seinen psychischen Fertigkeiten hat, ist sehr zweifelhaft. Tiere versenken sich nicht, wie nachdenkende Menschen, in die Betrachtung ihrer geistigen Thätigkeiten, sondern folgen ganz und gar den sinnlichen Eindrücken, die sie aus der Umgebung empfangen und thun danach das, was zu ihrer Befriedigung dient.

Die Berliner Feuerwehr in Senftenberg. Die Braunkohlengrube „Bertha" in Groß-Rätschen bei Senftenberg steht noch in Flammen. Angeblich sollen auch Menschenleben in Gefahr sich befinden. Der starke Gewitterregen, von dem man gestern die Löschung des Brandes erwartete, hat nur wenig gefruchtet. Darauf ist heute der 18. Dampfspritzenzug unter dem Kommando des Brand-Inspektors Becker nach Senftenberg verladen worden. Leider war es aber nicht möglich, die Dampfspritze und den Tender hier in Berlin auf dem Görlitzer Bahnhofe mit dem 3 Uhr-Zuge zu verladen. Der Offizier mit den Mannschaften fuhr deshalb um 3,27 Uhr aus Berlin ab und die Dampfspritze mit dem Tender erst um 5,27 Uhr von Oberschöneweide unter Aufsicht eines Obermaschinisten und Heizers. Die gesamten Kosten für die Entsendung des Dampfspritzenzuges, der auf der Hauptwache stationiert ist und für den ein Reservezug in Dienst gestellt worden ist, trägt die Verwaltung der Kohlengrube. Sie hat sich auch bereit erklärt, im Falle eines Unfalles für die Pensionen, Relikten usw. aufzukommen. Das kann eine teure Rechnung werden. Die Grube „Ilse" hat z. B. an den Magistrat für einen Berliner Feuerwehrmann, der an den Folgen eines Unfalles bei dem Brande der Grube verunglückt ist, das Ruhegehalt zu zahlen.

Der Jahrmarkt, der heute vor dem Halleschen Thor in der Gneisenaustraße und den angrenzenden Nebenstraßen eröffnet worden ist, hatte bei seinem ersten Anfang unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Er währt bis nächsten Sonnabendabend.

Fernwirkung eines Blitzstrahls. Der Unfall auf dem Stadt-Fernsprechamt I, bei dem drei Damen durch einen Blitzstrahl verletzt worden sind, ist, wie nachträglich festgestellt wurde, auf ein Gewitter zurückzuführen, welches auf der Strecke Lübeck-Berlin wütete. Ein Blitzstrahl wurde durch die Fernsprechleitung angezogen und bis nach Berlin übertragen. Von den Beamtinnen sind zwei wiederhergestellt und haben den Dienst wieder aufgenommen, während die dritte noch schwer unter der Wirkung der elektrischen Entladung zu leiden hat. Die junge Dame ist gelähmt, doch befindet auch sie sich auf dem Wege der Besserung. Die Fernwirkung des Blitzstrahls ist übrigens in diesem Falle nicht zum ersten Male beobachtet worden. Vor etwa 5 Jahren fand ein ähnlicher Unglücksfall auf dem Fernsprechamt III statt. Damals hatte eine Dame eine Verbindung mit Hamburg hergestellt, während ein Gewitter zwischen Hamburg und Wittenberge stattfand. Ein Blitzstrahl, der die Fernleitung traf, wurde in dieser nahezu 150 Kilometer weit bis nach Berlin geführt und verletzte nicht nur die Dame auf dem Fernsprechamt III, sondern beschädigte auch noch den Apparat. Von der Postverwaltung wurden Schutzmaßregeln getroffen. Durch welche Umstände ein Versagen derselben bei obigem Anlaß herbeigeführt wurde, ist nicht bekannt.

Eine neue Strom- und Schiffahrtspolizei-Ordnung kündigt der Regierungspräsident von Potsdam als Chef der Verwaltung der märkischen Wasserstraßen jetzt für Berlin an. Die neue Verordnung bestimmt insbesondere die zulässigen Maße der Fahrzeuge für die verschiedenen Gewässer. Die Länge geht von 31—65 Meter, die Breite von $3^1/_2$—8 Meter. Besondere Abmessungen sind für bestimmte Strecken festgesetzt.

Eine vielseitige Diebin, die ebensowohl der Kriminal- als der Sittenpolizei bekannt ist, wurde in der Person der unverehelichten Marie Tabbert wiederum vom Schicksal ereilt. Sie wurde vor längerer Zeit in den Blättern mehrfach genannt, als sie in Gemeinschaft mit der gleichgesinnten Fanny Harnisch einem aus einem Tanzlokal verschleppten Fabrikanten die Brieftasche mit 20 000 M. abgeknöpft hatte. Nachdem sie ihre Strafe verbüßt hatte, errichtete sie zusammen mit der unverehelichten Alwine Preuß in der Stralauerstraße ein neues Quartier, das verschiedenen Zwecken diente. Außer ihrer sonstigen Thätigkeit nahm sie auch die Ladendiebstähle wieder auf. Bei den Besuchen in Warenhäusern stahl sie, während ihre Begleiterinnen etwas kauften, Seidenstoffe, Handschuhe, Tücher, Wäsche und was sich ihr sonst bot. Diese Sachen verhandelte sie später in Wirtschaften, wo ihre Gesellschaft verkehrt. Das fiel der Kriminalpolizei auf; sie wurde geholt und ihre Wohnung untersucht. Dadurch konnte der Beweis erbracht werden, daß sie Ladendiebstähle

in größerem Umfange wieder betrieben hatte. Aber auch die Preuß konnte dabei der Mitthäterschaft überführt werden, weil sie bemüht war, einen Teil der gestohlenen Waren bei der Durchsuchung in der Wohnung zu verstecken. Beide wurden den Verkäuferinnen der Warenhäuser vorgestellt und als ständige Besucherinnen wiedererkannt. Da beide auch in ihren Kreisen als Ladendiebinnen bekannt sind, so stehen auch noch Verhaftungen wegen Hehlerei bevor.

Falsche Zehnrubelstücke befinden sich gegenwärtig in Berlin im Umlauf und sind schon in mehreren Fällen angehalten worden. Diese Falschstücke sind, wie sich bei der näheren Untersuchung ergeben hat, aus 15-Kopekenstücken sehr geschickt hergestellt. Der äußere Rand und die Inschrift wurden täuschend nachgeahmt. Die Aufschrift „15 Kopeken" wurde von den silbernen Stücken mit ätzenden Mitteln entfernt, während die Bezeichnung „10 Rubel" aufgelötet wurde. Dann wurde die Vergoldung vorgenommen, und die Münzen waren für den Verkehr fertig.

Ein Bauunglück mit schweren Folgen hat sich Dienstagnachmittag um 4 Uhr auf dem Bau der Ober-Realschule in Rummelsburg ereignet. Auf der dritten Etage des Baues stampfte der 35 Jahre alte Arbeiter Koschmieder, der in Berlin in der Stallschreiberstr. 14 wohnt, die „Patentkappen", d. i. die Füllung aus Coaksasche, womit die Decken versehen sind. Bei dieser Arbeit stürzte plötzlich die Decke zusammen und schlug mit solcher Wucht nieder, daß auch die Decke der zweiten Etage zertrümmert wurde, wodurch wieder die Decken der ersten Etage und das Parterre durchbrochen wurden. Die ganze Schuttmasse stürzte im Keller zusammen, wo der 24 Jahre alte Arbeiter Gustav Kobolt aus der Faberstraße 9 in Köpenick beschäftigt war. Kobolt wurde sofort unter den Trümmern begraben und konnte von der herbeigerufenen Feuerwehr nur als Leiche herausgeholt werden. Koschmieder war mit den Schuttmassen hinabgestürzt und hat so schwere Verletzungen erlitten, daß für sein Leben gefürchtet wird. Ein dritter Arbeiter, ein Italiener, der gleichfalls mit abstürzte, kam mit leichteren Verletzungen davon und konnte auf der Unfallstation in der Warschauerstraße verbunden werden, wogegen Koschmieder ins Rummelsburger Krankenhaus gebracht wurde. Von sachverständiger Seite wird uns noch mitgeteilt, daß das Unglück wahrscheinlich dem unzureichenden Material zuzuschreiben ist, das beim Bau Verwendung fand. Während guter Cement nach neun Tagen bindefest ist, hielt die Masse in diesem Falle nicht stand, trotzdem auf der dritten Etage schon zehn Tage seit der Aufmauerung verstrichen waren und die unteren Etagen selbstverständlich schon weit längere Zeit fertig standen. Hoffentlich schafft eine gründliche Untersuchung Klarheit.

Straßensperrung. Die Großbeerenstraße von der nördlichen Rampe zur Großbeerenbrücke wird behufs Umpflasterung von heute ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Rohe Burschen. Durch einen nichtswürdigen Bubenstreich ist der Droschkenfuhrherr Zabel, Steinmetzstr. 27 wohnhaft, auf das empfindlichste geschädigt worden. Er hatte am Sonntagabend einen Passagier zu fahren, der nach Beendigung der Tour mit einem Zwanzigmarkstück bezahlen wollte. Der Fuhrherr vermochte darauf nicht herauszugeben und ging mit seinem Fahrgast nach einem Lokal, um dort die Münze zu wechseln. Als er nach wenigen Minuten zurückkehrte, war die Droschke verschwunden und ihr Verbleib konnte nicht ermittelt werden. Erst am Montagmorgen entdeckte sie ein städtischer Aufsichtsbeamter im Treptower Park. Das Pferd, welches abgeschirrt war, war völlig abgetrieben. Die Zügel waren zerschnitten, das Zaumzeug beschädigt, Peitsche und Pferdedecke fehlten gänzlich. Der Taxameter-Apparat war gewaltsam zertrümmert. Zweifellos haben rohe Patrone mit der Droschke eine größere Fahrt unternommen und nach deren Beendigung an Geschirr und Fuhrwerk ihren Mutwillen geübt.

Um ein Mittagessen getötet. Zu dieser Notiz teilt uns Herr Fiedler, dessen Gattin nach der von uns gestern unter dieser Spitzmarke gebrachten Notiz sich mit Lysol vergiftete, mit, daß dem Vorkommnis kein Streit um das Mittagessen vorangegangen sei. Frau Fiedler sei seit längerer Zeit nervös gewesen und habe unter dem Eindrucke dieser Nervosität schon früher einmal einen Selbstmordversuch mit Salmiak gemacht.

Feuerbericht. Bei dem Großfeuer in der Metallbügelfabrik von Brüning in der Dresdenerstr. 38, über das wir in voriger Nummer ausführlich berichteten, hat sich leider der Feuerwehrmann Bethge von der fünften Kompagnie eine schwere Rauchvergiftung zugezogen und mußte sofort nach der Charité geschafft werden. Im Laufe des gestrigen Tages ist in seinem Befinden eine kleine Besserung eingetreten. — An der Ecke der Oranien- und Lindenstraße ereignete sich gegen 9 Uhr ein Unfall. Der 10. Dampfspritzenzug kam von dem Großfeuer und wollte ins Depot am Hafenplatz zurückkehren. An der bezeichneten Stelle brach aber plötzlich das rechte Hinterrad der Dampfspritze, so daß sie die Fahrt unterbrechen mußte. Es wurde schnell auf dem Tender ein neues Rad herbeigeholt und nach kurzem Aufenthalt konnte die Spritze ihren Weg beenden. Zum Glück kamen die Besatzungsmannschaften mit dem bloßen Schreck davon.

Aus den Nachbarorten.

Der Fleischbeschauschwindel, über den wir dieser Tage berichteten, hat in der Person des amtlichen Fleischbeschauers Rehberg in Reinickendorf bereits ein Opfer gefordert. Als die Ungehörigkeiten ans Licht kamen und den Beamten rettungslos bloßstellten, nahm er eine Sublimatpille. An den Folgen dieser Vergiftung ist er jetzt gestorben. Rehberg bethätigte sich an seinem Wohnorte sehr vielseitig; er war Barbierherr und geprüfter Masseur und außerdem besoldeter Krankenkontrolleur der Ortskasse Reinickendorf. Bei solchem umfassenden Wirken war sein Blick allmählich stark nach einer Richtung hin ausgebildet worden; während er in den kranken Arbeitern gar zu oft Simulanten witterte, hatte er für die Maden, Trichinen und falschen Stempel leider kein Auge.

Reinickendorf. Am Montag ist hier der erste Arbeitsnachweis für ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Gemeindegrundstück in der Kopenhagenerstraße eröffnet worden. Die Gemeinde giebt die Räume unentgeltlich her, ebenso einen jährlichen Zuschuß. Es ist zu wünschen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Nachweis rege benutzen.

Die märkischen Seen werden gegenwärtig einer Neuvermessung unterzogen. Die Vermessung des Schwielowsees hat ergeben, daß das Gewässer sowohl hinsichtlich seiner Tiefen als auch der Uferlager sich vollständig verändert hat. Die größte Tiefe beträgt gegenwärtig nur noch neun Meter, es findet also zweifellos eine Versandung des Sees statt. Im Glindower See wurden Tiefen bis zu 42 Metern festgestellt. Da die Vermessungen hier noch nicht beendet sind, werden voraussichtlich noch größere Tiefen aufgefunden werden.

Neu-Weißensee. Ueberfallen und schwer verletzt wurde der im hiesigen Orte sehr bekannte Gastwirt Hugo Sorrer durch den im Hause Straßburgstraße 56 bei seinen Eltern wohnenden 18jährigen Arbeiter Dähnert. Die „Braut" des Dähnert hält sich unangemeldet bei den Eltern des D. auf. Genosse Sorrer ist Verwalter des Hauses und hat den Aergernis erregenden Aufenthalt dieser Dame untersagt. Dies erregte den Zorn des D., welcher sich zunächst in rohen Beschimpfungen der Frau Sorrer äußerte, als diese gestern abend auf dem Treppenflur das Gas ausdrehte. Bald darauf betrat Sorrer noch einmal den Hof und wurde hier von dem auf ihn wartenden Burschen mit einem Messer durch zwei Stiche in der Herzgegend und in der Schulter verwundet. Der sofort aufgesuchte Arzt konstatierte schwere innere Verletzungen, an denen Sorrer in seiner Wohnung daniederliegt. Der Thäter entfloh, wurde jedoch heute von einem Gendarmen in Sicherheit gebracht. Die Hauptschuld ist auch dem Vater des Burschen zuzumessen, da dieser fortwährend die unflätigsten Aeußerungen gegen Sorrer gebrauchte, weil er aus dem oben angeführten Grunde die Kündigung seiner Wohnung verschuldete und seinen Sohn zu der That ermunterte.

Gerichts-Zeitung.

Als einen Tierschinder schlimmster Sorte bezeichnete der Vorsitzende der achten Ferienstrafkammer des Landgerichts I den Hausdiener Robert Wagenseil, der vom Schöffengericht wegen Tierquälerei zu 21 Mark Geldstrafe verurteilt worden war und hiergegen Berufung eingelegt hatte. Der Angeklagte ist der Sohn des Milchhändlers Wagenseil und hatte die auf dem Grundstücke Greifswalderstraße 21 eingestellten Pferde zu besorgen. Den Hausbewohnern war es wiederholt aufgefallen, daß er die seiner Pflege und Obhut anvertrauten Pferde in roher Weise mißhandelte. Am 27. März ereignete sich wieder eine Scene, die den lebhaftesten Unwillen der Hausbewohner erregte. Wagenseil war mit Pferdeputzen beschäftigt. Einen seiner Pfleglinge hatte er zu diesem Zwecke auf dem Hofe angebunden. Da die Reinigung in rücksichtsloser Weise vorgenommen wurde, so wurde das sonst fromme Pferd unter den Händen seines Peinigers unruhig. Um es zur Ruhe zu zwingen, schlug der Angeklagte zunächst mit dem hölzernen Griff des Abstäubers auf das Pferd ein und stieß es mit dem eisernen Striegel in die Seiten. Als diese „Beruhigungsmittel" ihren Zweck vollständig verfehlten, holte er sich die Peitsche und schlug auf das Pferd ein, daß es sich hoch aufbäumte. Das gemißhandelte Tier wurde immer unruhiger. Nun holte Wagenseil sich einen Ochsenziemer und bearbeitete damit das Pferd, daß dessen Rippen krachten. Die empörten Hausbewohner erstatteten Anzeige. Die Berufungsstrafkammer bedauerte allseitig, daß nicht auch seitens der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden und somit keine Möglichkeit gegeben war, das Strafmaß zu verschärfen. Sie mußte sich damit begnügen, die eingelegte Berufung Wagenseils zu verwerfen.

Der Gasarbeiter Fritz Thomas, der bei den städtischen Gaswerken beschäftigt war, wurde dazu verwendet, in den Wohnungen der Gasabnehmer die Kontrolle der Gas-Automaten vorzunehmen. Eines Tages erschien er zu diesem Zwecke auch in der Wohnung einer Frau Klein. Das Dienstmädchen, an derartige Besuche gewöhnt, ließ ihn auf dem Korridor allein. Kurz vorher war Frau Klein von einem Ausgange zurückgekehrt. Sie hatte ihr gutes Kleid ausgezogen und es im Korridor aufgehängt. In der Tasche des Kleides befand sich ein Portemonnaie mit 18 Mark Inhalt. Bald nachdem Thomas fortgegangen war, vermißte Frau Klein ihr Portemonnaie. Der Verdacht, es gestohlen zu haben, lenkte sich sofort auf den Gaskontrolleur. Dieser Verdacht wurde bestätigt. Das Schöffengericht verurteilte Thomas zu drei Monaten Gefängnis. Seine hiergegen eingelegte Berufung hatte insofern Erfolg, als die Strafkammer ihm seine bei der Begehung des Diebstahls angeblich vorhanden gewesene Notlage glaubte und die ersterkannte Strafe auf zwei Monate Gefängnis herabsetzte.

Ein dreister Diebstahl im Kriminalgerichtsgebäude führte gestern den Schmied Friedrich Künhöl vor die 134. Abteilung des Schöffengerichts. Der Bote des Gerichtsberichterstatters Th. hatte am Vormittag des 10. Juni sein Zweirad in dem Vorraum des Gerichtsgebäudes untergestellt. Als er nach wenigen Minuten zurückkehrte, hatte ein Dieb die Gelegenheit benutzt, mit dem Rade zu verschwinden. Es gelang, den Thäter, der das Rad sofort für 20 Mark an einen Händler verkauft hatte, in der Person des Angeklagten zu ermitteln. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß ein Diebstahl im Gerichtsgebäude besonders streng geahndet werden müsse. Es wurde auf zwei Monate Gefängnis erkannt.

Einen Ausflug auf dem Rade nach dem osthavelländischen Dorfe Niebede unternahm der Cigarrenmacher Karl Conrad aus Berlin am 20. Juli. Er war mit Brechwerkzeugen und sonstigen Diebesgerätschaften wohl versehen, denn Einbruchsdiebstähle zu begehen, war sein Hauptgeschäft. Er hat insgesamt bereits 20 Jahre im Zuchthause zugebracht. Einer verbürgten Privatnachricht zufolge hatte Conrad erfahren, daß der Eigentümer Himburg, der mit seiner Ehefrau allein ein Haus bewohnte, im Besitze einer größeren Geldsumme sei. Dies Geld wollte Conrad sich holen. Es gelang ihm, sich unbemerkt in das Haus zu schleichen, während die Himburgschen Eheleute sich im Garten befanden. Conrad hielt sich an einem Versteck auf, bis die Bewohner schliefen. Dann ging er ans Werk. Es glückte ihm auch, in einem der erbrochenen Behältnisse das Geld zu finden. Es waren 1060 Mark. Aber als er den Hof mit seiner Beute verlassen wollte, wurde er gesehen und verfolgt. Er kam bei der tollen Flucht zu Falle und wurde ergriffen. Jetzt mußte er wieder ins Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Socialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Demosthenes". Morgen Donnerstag abends 9 Uhr im Lokale von Hermann Dornbusch, Prinz Eugenstraße 8, Diskussionsabend: „Amsterdam". Gäste willkommen.

Vermischtes.

Die Flaschenpost. Zu der letzten Meldung über die angebliche Auffindung einer Flaschenpost von André wird der „Königsberger Hartungschen Zeitung" geschrieben: „Der nunmehr vollzogene erste Meinungsaustausch zwischen arktischen Autoritäten über den Ursprung der auf der kleinen Insel Moffen bei Spitzbergen gefundenen Flaschenpost scheint nun doch zu dem Schlusse führen zu sollen, daß es sich in der That um eine Botschaft von André handelt. Die Schweden Professor Nathorst und Dr. Ekholm halten allerdings nach wie vor an der Auffassung fest, daß die Flasche mit André nichts zu thun habe, sondern im Jahre 1898 von der Nathorstschen Expedition bei Spitzbergen ausgeworfen worden sei; der englische Text der Karte und deren auf den Namen André lautende Adresse, sowie die Aufschrift „Die schwedische Polarexpedition 1898" hätten den Finder getäuscht. Dagegen aber spricht sich Direktor Ernst André zu Gothenburg jetzt entschieden dahin aus, daß die Post von der Ballonexpedition seines Bruders herrühre. Er meint, die Polarfahrer können irgendwo auf dem Eise niedergestiegen sein, um durch Wanderung bewohnte Gegenden zu erreichen. Diese Wanderung aber, die mehrere Monate hätte dauern müssen, sei mißglückt, da die Luftschiffer nicht für eine Ueberwinterung auf dem Eise ausgerüstet waren. Der Finder der Flasche, ein Schiffer Krämer, ist als ein sehr zuverlässiger Mann bekannt.

Christiania, 16. August. (W. T. B.) Wie die Abendblätter aus Tromsö melden, ist Kapitän Krämer, der die vielbesprochene Flaschenpost auf der Insel Moffen bei Spitzbergen fand, dort eingetroffen. Derselbe teilt mit, daß die Flasche von der Nathorstschen Expedition ausgeworfen sei. Das Gerücht, es sei eine Flaschenpost Andrés, sei vollständig erfunden.

Bau-Unglück in Kiel. Bei einem Neubau im Stadtteil Wyk stürzte Dienstagmittag die ganze Forderfront ein und begrub sieben Bauarbeiter unter sich, die sämtlich mehr oder weniger schwer verletzt wurden. — An einem Neubau in der Frankestraße stürzte eine Mauer ein; ein Maurerlehrling erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Zwei andre Personen kamen mit Verletzungen davon.

Der heiße Sommer. Ueber die Witterung im Juli berichtet die königliche Meteorologische Anstalt folgendes: Jahrzehnte muß man in der Witterungsgeschichte zurückgehen, um einen ähnlich trockenen und heiteren Sommer zu finden, wie den diesjährigen, während die Temperaturverhältnisse, entgegen dem allgemeinen Eindrucke, nur an einzelnen Tagen als ungewöhnlich zu bezeichnen sind. Im vergangenen Juli überstieg das Monatsmittel der Temperatur lediglich im Binnenlande das normale, im Südwesten allerdings bis fast um 3 Grad; dagegen wiesen die Küstenländer der Ostsee und die nordfriesischen Inseln sogar einen Wärmemangel auf, der in Ostpreußen nahezu 3 Grad erreichte. Besonders bemerkenswert waren nur die abnorm hohen Temperaturen um den 16. Juli. In Berlin z. B. übertraf das Mittel dieses Tages den normalen Wert um 9,4 Grad und war damit das höchste im Juli seit 1848; das Maximum betrug 36,4 Grad und blieb hinter der bisher vorgekommenen Höchsttemperatur vom 20. Juli 1865 nur wenig zurück. Viel mehr aber als die Hitze wurde die Trockenheit von außerordentlicher Bedeutung. Selten hatte Norddeutschland so allgemein unter Witterungsnöten zu leiden, wie unter der Dürre dieses Sommers, welche Flüsse versiegen, Wiesen und Felder verdorren ließ und zahlreichen Berufskreisen erheblichen Schaden zufügte. Schon im Mai und Juni machte sich, abgesehen von ganz vereinzelten Gewittergüssen, Regenmangel bemerkbar; der Juli aber brachte noch weniger Niederschlag, da vielfach wochenlang kein Regen fiel. Der größte Teil des Landes erhielt in diesem Monat insgesamt noch nicht die Hälfte der normalen Summe, weite Strecken kaum ein Viertel — Magdeburg z. B. überhaupt nur fünf Millimeter, wovon allein drei Millimeter an einem Tage fielen. Entsprechend dem geringen Niederschlage war auch die Bewölkung außerordentlich klein und die Sonnenscheindauer größer, als in irgend einem Monat seit Beginn solcher Aufzeichnungen.

In Primkenau wütete der bereits gemeldete Waldbrand von Montagvormittag 9½ Uhr bis Mitternacht. Der größte Teil der abgebrannten Waldfläche, etwa 20 000 Morgen, gehört dem Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein; der Schaden wird auf 2 Millionen Mark geschätzt.

Der Wald von Fontainebleau, so wird aus Paris berichtet, brennt seit zwei Tagen. Sechs Quadratkilometer sind bereits abgebrannt; zwei Regimenter Soldaten sind hinbeordert worden, das Feuer zu löschen.

Ein späteres Telegramm meldet: Nachdem nach Mitternacht der Wind nachgelassen hatte, konnte man des vor zwei Tagen ausgebrochenen Feuers Herr werden. Der Hauptherd erstreckte sich auf eine Fläche von 5 Kilometer Länge und 500 Meter Breite.

Ueber eine Feuersbrunst wird aus Passau berichtet: Im Dorfe Wisselsing bei Oesterhofen brannten gestern abend 24 Gebäude, darunter 8 Wohngebäude, ab. Eine Frau erlitt erhebliche Brandwunden; 50 Stück Vieh kamen in den Flammen um.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß. 80 Seemeilen südwestlich Fastnet stieß, wie kurz gemeldet, der Viermaster „Loch Carron" auf der Ausreise nach Sydney mit dem von Australien kommenden Weizenschiffe „Inverkip" zusammen, und die „Inverkip" sank, ehe man Rettungsboote fertig machen konnte, mit ihrer ganzen Mannschaft, von der nur 2 Personen gerettet wurden. Ein Passagier an Bord der schwer beschädigt in Queenstown eingetroffenen „Loch Carron" erzählt, daß deren Mannschaft 30 Köpfe zählte. Außerdem befanden sich drei Passagiere an Bord. Südlich von Fastnet herrschte bei starkem Wind und schwerem Seegang nebliges Wetter. Plötzlich erhielt die „Loch Carron" einen Stoß, als wenn sie auf einen Felsen aufgelaufen wäre. Der Passagier sprang aus seinem Bett und lief auf Deck, wo er die Mannschaft mit dem Aussetzen von Rettungsbooten beschäftigt fand. Man sagte ihm, er solle sich sofort einen Rettungsgürtel umlegen, da das Schiff stark Wasser schöpfe. Das andre Schiff war bereits verschwunden. Zwei gerettete Matrosen befanden sich an Bord der „Loch Carron". Dem einen waren beim Zusammenstoß drei Finger abgeklemmt worden. Außerdem hatte er Wunden am Kopf davongetragen. Er befand sich auf dem Mast der „Inverkip" als der Zusammenstoß erfolgte und wurde auf das Deck der „Loch Carron" geschleudert. Dem andern Geretteten gelang es, auf den Bugspriet der „Loch Carron" zu klettern. Die „Loch Carron" blieb die ganze Nacht an der Unglücksstätte, sah jedoch nichts mehr von Verunglückten. Der Kapitän, seine Frau und 18 Mann der Bemannung sind untergegangen.

Plauen i. V., 16. August. Der Rennfahrer Paul Käser ist dem „Voigtländischen Anzeiger" zufolge heute nachmittag infolge eines am letzten Sonntag bei dem Rennen um den großen Preis von Plauen erlittenen Sturzes, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben.

Wassermangel. In Solingen wird die Wasserabnahme in der Thalsperre allmählich immer fühlbarer. Ihr Inhalt, in guten Zeiten 3 Millionen Kubikmeter, ist auf weniger als 800 000 Kubikmeter herabgesunken, und da man einstweilen noch mit andauernder Trockenheit rechnen muß, so hat die Verwaltung sich entschließen müssen, das alte Wasserwerk in Grunenburg, das bei Fertigstellung der Thalsperre außer Betrieb gesetzt war, wieder betriebsfertig zu machen, um es mit zur Wasserversorgung Solingens heranzuziehen.

Wegen niedrigen Wasserstandes war, wie wir meldeten, auf der Strecke Köln-Cleve-Elten der Trajekt-Verkehr für die Güterbeförderung zwischen den Stationen Spyck und Welle sistiert worden. Seit gestern hat, wie der königl. Eisenbahndirektion Berlin telegraphisch gemeldet wird, auch der gesamte Personen-Verkehr zwischen Spyck und Welle eingestellt werden müssen.

Ermordet aufgefunden wurde am Dienstagmorgen bei der Gasanstalt in Offenbach ein Mädchen im Alter von 25 bis 30 Jahren. Es hatte einen Stich im Rücken und einen solchen im Halse. Das Mädchen gehörte anscheinend dem Arbeiterstande an. Der Thäter ist unbekannt.

Großer Waldbrand. Der Hagenauer Wald wurde von einem großen Brande heimgesucht. Der Brand wurde erst nach viertägiger Thätigkeit bewältigt. Er erstreckte sich über eine Fläche von hundert Hektaren. Der Schaden ist sehr erheblich. Als Ursache des Brandes werden Funken bezeichnet, die von einer durchfahrenden Lokomotive in den Wald fielen.

Verschollenes Schiff. Aus Bremerhaven wird gemeldet: Die am 6. April nach Falmouth abgegangene hiesige Barke „Pionier" ist an ihrem Bestimmungsort nicht eingetroffen und gilt für verloren. Das Schiff hatte 20 Mann Besatzung.

Eisenbahn-Unfall. Der Personenzug Nr. 6 der österreichischen Nordwestbahn ist heute früh in der Nähe von Zellerndorf mit einer Rangiermaschine zusammengestoßen. Drei Waggons wurden beschädigt; von den Passagieren wurde niemand verletzt.

Touristen-Unfall. Der Pharmazeut Engelhard Anton stürzte von der Ackerlspitze im Kaisergebirge ab und wurde schwer verletzt aufgefunden.

Budapest. Im Bad Lipik hat sich in einem Anfall von Geistesstörung der Sohn des ungarischen Ackerbauministers, Bela von Tallian, erschossen.

Eine Feuersbrunst zerstörte die Stadtgebäude in Shoretick (England). Der Schaden beläuft sich auf 40 000 Pfund Sterling.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 46. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Herbert Spencers Leben und Lehre. Von M. Beer. — Die Nationalitätenkämpfe und die Reformen in der Türkei. Von Milorad Popovitsch. I. — Das Verhältnis zwischen der socialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung. III. Von A. Bringmann. (Schluß.) — Socialpolitisches aus den Berichten der Arbeitersekretariate für 1903. Von Gustav Hoch-Hanau. (Schluß.) — Litterarische Rundschau: Alfred Kolb, Regierungsrat, Als Arbeiter in Amerika. Von E. W. Raoul Richter, Friedrich Nietzsche. Von F. M. — Notizen: Zu einer internationalen socialistischen Wahlstatistik. Von V. A. Waschcinrichtungen und Kleiderablagen in den amerikanischen Fabriken der Metallindustrie. Von P. M. Grempe.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Wasserstand am 15. August. Elbe bei Aussig — 0,90 Meter, bei Dresden — 2,27 Meter, bei Magdeburg —0,05 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,65 Meter. — Oder bei Ratibor + 0,48 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 4,20 Meter, bei Breslau Unter-Pegel — 1,82 Meter, bei Frankfurt + 0,07 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 1,65 Meter. — Warthe bei Posen — 0,28 Meter. — Netze bei Usch + 0,30 Meter.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. August 1904.

Nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer, vorwiegend heiter und trocken mit mäßigen Westwinden. Berliner Wetterbureau.

Einsegnungs-Anzüge von 12–27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an.

M. Schulmeister, Schneidermeister. Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.

Arbeiter - Radfahrer - Bund „Solidarität“

Sitz Frankfurt am Main, Schleusenstrasse 11.

Es sind in letzter Zeit in mehreren Blättern Inserate erschienen, in welchen zum Beitritt zu dem sogenannten Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit“ aufgefordert wird. Der unterzeichnete Vorstand des 1896 gegründeten und jetzt 21 000 Mitglieder zählenden Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ erklärt hierdurch, daß er mit diesem Bund „Freiheit“ in keiner Beziehung steht und daß der Bund „Freiheit“ zu einer Täuschung und Irreführung des Publikums Anlaß giebt, indem derselbe ein Abzeichen gewählt hat, welches dem unsren ähnelt und von Uneingeweihten für das unsrige gehalten werden kann, sowie dadurch, daß die Einrichtungen des Bundes „Freiheit“ samt und sonders aus dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ entnommen resp. diesem nachgeahmt sind. Daß aber der neugebackene Bund „Freiheit“ das halten kann, was er in den Inseraten anpreist, ist direkt zu verneinen. Die Mitgliederzahl dieses Bundes dürfte 150 nicht übersteigen. Es ergiebt dies bei einem Beitrag pro Mitglied und Monat von 20 Pf. die horrende Einnahme von 30 M. im Monat. Und von dieser gewaltigen Einnahme soll Unfallunterstützung von 6—9 M. pro Woche gezahlt werden. Es dürfte damit die Unmöglichkeit erwiesen sein, daß der Bund seine Versprechungen halten kann.

Wir fordern deshalb die Arbeiter-Radfahrer auf zum Beitritt in den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, welcher 1896 gegründet, heute 21 000 Mitglieder zählt, im Jahre 1903 einen Umsatz von 42 890,59 M. und hatte in derselben Zeit 5014,20 M. an Unfallunterstützung an seine Mitglieder zur Auszahlung brachte. 13/13*

Die Geschäftsleitung.

Philipp Althaus. Heinrich Sachs.

Schlosspark Wilhelminenhof an der Oberspree.

Inhaber: **Chr. Fennel.** 59462*

Heute Mittwoch:

Grosses Militär-Konzert und Elite-Ball.

Die Welt muss staunen über diese Preise!

Herren-Anzugstoffe	gemustert	2,00	Mk. per Meter
Schwarze Tuchkammgarne	für Gesellschafts-Anz.	4,50	„ „ „
Herren-Paletotstoffe	marengo	3,00	„ „ „
Stoffe für Einsegnungsanzüge		2,50	„ „ „
Kammgarn-Anzugstoffe	hochneu	4,70	„ „ „
Knaben-Anzugstoffe	doppeltbreit	1,30	„ „ „
Damen-Kostümstoffe	doppeltbreit	1,50	„ „ „
Damentuche	doppeltbreit	2,50	„ „ „
Billardtuche, Pulttuche		3,50	„ „ „

Tuchfabrik-Niederlage

Berlin C. **Koch & Seeland.** Berlin C.

Verkaufsräume nur Roß-Strasse 2.

Eine echt silberne

Remontoir-Uhr

gesetzlich gestempelt, oder sonst prachtvolles Schmuckstück erhält jedermann als Prämie 100/15*

vollständig gratis,

welcher unsre 10 Schmuckgegenstände, per Stück a M. 1,65 kauft oder verkauft.

Senden Sie kein Geld sondern nur Ihre Adresse an die Firma

Waag & Nonnenmann,

Pforzheim,

Goldwarenfabrik und Versandhaus.

Gegen

Monatsraten von 2 Mk.

an liefern wir

Musikwerke selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren **Metallnoten** von 18 Mk. aufwärts.

Accordeons in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.

Phonographen nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Bespielte und unbespielte Walzen Ia. Qualität.

Zithern aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Guitarre-Zithern etc.

Bial & Freund in Breslau II.

Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68 • Lindenstraße 69

Wir empfehlen den Genossen zum Abonnement:

Wider die Pfaffenherrschaft

Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts

Von **Emil Rosenow**

50 Lieferungen reich illustriert

à Lieferung 20 Pfennig

Der Verfasser entwirft vom Standpunkt des historischen Materialismus das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Er zeigt wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die **urchristlich-kommunistische Agitation** beginnt, aus der sich die Kirchenherrschaft entwickelt. Der Leser sieht wie das Papsttum entsteht und wie es den Gipfel seiner Macht, bis zur Weltherrschaft erreicht, bis die wachsende kapitalistische Wirtschaftsweise die Pfaffenherrschaft in Blut und Kriegsgetümmel erstickt.

Das Werk ist ein dauerndes, wertvolles Bildungsmittel für die deutsche Arbeiterklasse.

Reisekörbe, Lehnstühle, Babybetten, kaufe stets direkt nach Fabrikkatalogpreise 30/31 von **J. Trotzer, Grimma** 134

Telegramm: Obergrund 21/19

bei **Bodenbach**, böhm.-sächs. Schweiz. **Eisen-, Dampf-, Elbe-** und **andre Bäder. Wald- u. Gebirgssommerfrische. Kochs Pension, Hotel** und **Villa Stark** sind wieder mehrere Zimmer frei. Prospekt umgehend.

Dr. Schünemann

Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.** Wochentags **1/2 12—1/2 3. 1/2 6—1/2 8.**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12. 2—4. [19/1*

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmässiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstrasse 136.

Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.

Medizinische Bäder aller Art

in werktäglich ununterbrochen geöffneten **Sonder-Abteilungen** für **Damen** und **Herren.**

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern **0,75 Mk.** (40 Minuten Badezeit.)

Soole-, Kleie-, Schwefel-, Fichtennadel-Bäder.

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Weidenweg 19 verkauft spottbillig verfallene Pfänder. Ferner: Betten, Bettwäsche, Bettinlette, Herrenuhren, Damenuhren, Herrenketten, Damenketten, Schmucksachen, Trauringe, Jackettanzüge, Damenstiefel, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Regulateure, Freischwinger, Spiegel. *

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Kessel, Schirme, Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Opernglläser, Koffer, Revolver, Teschings, Zithern, Harmonikas, Geigen spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 3645

Reisezeuge, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldsachen, Regulatoren, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochvornehme Herren-Anzüge, Paletots, Beinkleider, vorjährig, aus feinsten Maßstoffen, spottbillig. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 60, eine Treppe. 23556*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 142/19*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundertfünfzehn Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stallbrerstraße 40, Große Frankfurterstraße 56.

Tambourier-Maschinen „Hockemeyer“, alleiniger Fabrikant E. Bellmann, Gollnowstraße 29, nahe der Landsbergerstraße. 2373R*

Nähmaschinen. Vergütet bis 10 M., wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Alle Systeme, Woche 1,00. Postkarte bitte. Lieferung sofort. Borchert, Zorndorferstraße 50. 118/2*

Kanarienhähne (preisgekrönt) verkauft Rühl, Schöneberg, Bahnstraße 43. †114*

Kanarienhähne, Vorsänger verkauft Kreds, Köpenickerstraße 154a.

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 2361R*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. †141*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Eine gutgehende Gastwirtschaft mit Fremdenlogis, großer Umsatz, direkt am Schlesischen Bahnhof, zu verkaufen. Zu erfragen bei Robert Wengels, Große Frankfurterstraße 133. †45*

Ein gangbares Lokal (mit Vereine), billige Miete, umständehalber zu verkaufen. Neu-Weißensee, Heinersdorferweg 8. 3768

Selten wiederkehrende Gelegenheit, Polsterstühle 3,—, Kleiderschrank 14,—, Spiegel 2,—, Muschelküchenrahmen 3,—, Nähmaschine 14,—, Chaiselongue 16,—, elegantes Taschensofa 45,—, elegante Salongarnitur 95,—, Schränke, Bilder, Steppdecken, Teppich 5,—. Gelegenheit für Brautleute. Gekauftes kann stehen. Wohnung vermietbar. Köpnickerstraße 126a, I.

Nähmaschinen aller Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Fünf Jahre Garantie. Unterricht im Sticken, Stopfen gratis. Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Ackerstraße 113, Belleallancestr. 78. 4086

Schlafsofa 20,00, Bettstelle, Matratze 15,00. Pallisadenstraße 23, Tapezierer. 21/11

Ohne Anzahlung, fünfzig Pfennig Woche, Spiegel, Bettwäsche, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren. Dorn, Alte Schönhauserstraße 59, Postkarte. *

Haarfärbemittel, unübertroffen, Probeflasche 0,40. Winterfeldt, Karlstraße 27. 3935

Herrenrad zu verkaufen Birkenstraße 44, Quergebäude 3 Treppen geradeaus. Nachmittags 3—10. 3895

Cigarrengeschäft ist billig zu verkaufen Pallisadenstraße 45. 3885

Nußbaum-Wirtschaft, gebraucht, 2 Stuben, Küche. Weidenweg 4, vorn II. rechts. 21/12

Halbrenner, modern, sehr gut erhaltener, umständewegen ganz billig, Große Frankfurterstraße 14, Hof geradeaus. †45

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43 †97*

Verschiedenes.

Stenographie, Buchführung, Schreibmaschine, Sprachen. Salomon, Karlstraße 26. 2994b*

Unfallsachen. Rechtsbureau Putzger, Stegliherstraße fünfundsechzig. [2376R*

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurzestraße achtzehn! Erfahrener Prozeßbeistand! Ehesachen, Interventionen, Strafsachen! Eingabengesuche! Ratertellung. 118/4*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Langjähriges! Erfolgreichstes! 3746*

Rechtsbureau! Brunnenstraße vierzig. Langjähriger Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratertellung. (Allerbilligst.) 3726*

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Blumenstraße 35b. 2358R*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, Ecke Annenstraße, täglich 8—8, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. 2445R*

Fahrräderankauf, Möbel, Pianino-Beleihung. Ratlaff, Schönhauser Allee 168a. 2395R*

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Tressen, Blattgold, Rehrgold kauft Goldschmelze Brod, Wrangelstraße 4.

Bandwürmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, kaufen a 2 Mark Linnaea, Invalidenstraße 105.

Kleine Vereine oder Gesellschaften, welche sich an einer Dampferpartie am 21. oder 28. August beteiligen wollen, können sich beim Gastwirt Schmidt, An der Stralauer Brücke 1, melden. 2444R*

Parteigenossen, Freunde und Bekannten mache ich auf meine Restauration, Grüner Weg 28, aufmerksam. Paul Kobus, Gastwirt. *

Saal und Vereinszimmer für Festlichkeiten und Versammlungen frei. Konnatzki, Inselstraße 10. †74*

Rechtsbureau. Vorsteher, früherer, Bäckerstraße 15 (Lausitzer Platz). †13*

Zwei Vereinszimmer noch zu vergeben, auch zu Werkstatt-Sitzungen und Zahlstelle. F. Engel, Seydelstraße 30. 324b*

Zimmer für Vereinssitzung, Familienseite Oberswalderstraße 29. *

Vereinszimmer mit Pianino, bis 50 Personen, Telephon. C., Grünstraße 21, Weihnacht. 2382K*

Wer Stoff hat, fertige Herrenanzug, 20 Mark, feinste Zutaten, zwei Anproben, für guten Sitz bekam goldene Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz. Gegründet 1892. 407b

Restaurateure! Auf dem Wege vom Görlitzer Bahnhof nach dem Engel-Ufer hat ein auf der Durchreise sich befindender Maurer in einer Restauration seinen Werkzeugbeutel liegen lassen. Da ihm die Adresse der betreffenden Restauration unbekannt ist, bittet er um Mitteilung derselben an Josef Kolander, Charlottenburg, Garde du Corpsstraße 13. 4026

Farbigmacherin verlangt Pallisadenstraße 14. 21/13

Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt Neumann, Stallschreiberstraße 23a. 21/14*

Arbeiterinnen verlangt Henniger u. Co., Metallwarenfabrik, Alte Jakobstraße 106. 3865

Waschanstalt von Karl Hellwig, Köpenick, Müggelheimerstraße 36, empfiehlt sich zum Waschen jeder Art Wäsche: Großer Bezug 15 Pfennig, Leibwäsche a 10 Pfennig, 3 Handtücher 10 Pfennig. Abholung Sonnabend. 3985*

Erklärung. Nehme hiermit die Beleidigung gegen Fräulein Philipp zurück. Arthur Handke, Wrangelstraße 131. 4045

Frauenhaare kauft jederzeit Winterfeldt, Karlstraße 27. 3955

Bandsäge, Kraftbetrieb, circa 850 Millimeter, sucht billig zu kaufen Gollong, Grüner Weg 3. 3965

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Rat in Patentsachen. 3995*

Rechtsbureau, früherer Gerichtsbeamter, Schulstraße 2. †91*

Vermietungen.

Tempelhof, Werderstraße 1: Bäckerei, Patentofen neu erbaut. Haus preiswert zu vermieten. Näheres daselbst. Sofort beziehbar. 202b*

Wohnungen.

Stube, Küche, alleiniger Korridor, Hof IV, 21 Mark, Exerzierstraße 3. *

Billige Gartenwohnungen, zwei geräumige Stuben, Küche, Gasanlage, Prachthaus, Tilsiterstraße 25a. †45*

Zimmer.

Leere Stube zum 1. September Kastanien-Allee 56, Quergebäude parterre. Von 6—9 Uhr abends. 3825

Mietsgesuche.

Gesucht zum 1. September einfaches, sauberes, möbliertes Zimmer, Südwest, 4 Treppen, ruhige Lage bevorzugt. Offerten unter E. R. 2209 Rudolf Mosse, Prinzenstraße 41. [21/17

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volkshumorist Schmelzer, Rügenerstraße 10. †104*

Stellenangebote.

Kunstschmiede, selbständige, verlangt Schlosserei R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 405b*

Tüchtiger Plattensteller für Gipsdielenwände sofort verlangt. Hans Fischer u. Co., Groß-Lichterfelde (am Bannseebahnhof). 409b

Glaser, der auf Massenetikettierung von Bildern eingearbeitet ist, verlangt Lechner, Fransecktstraße 6. †63

Händler, Hausierer, alt eingeführten Artikel, 100 Prozent Nutzen, Beusselstraße 53. 2452R

Korbmacher auf runde Kugelkörbe verlangt Adam, Stallschreiberstraße 25. 387b

Vergolder als Meister gesucht, Goldleistenfabrik. Offerten S. 8 Expedition des „Vorwärts“. 391b

Dirigent für einen Gesangverein gesucht. Persönliche Vorstellung erwünscht Freitag, den 19. August 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Zibell, Rixdorf, Reuterstraße 62. 202b

Junger kräftiger Mann für Emaillebrennen sofort verlangt. Paul Hübner, Markusstraße 8, Quergebäude III.

Hornplattenschneider sucht Knopffabrik Graudenzerstraße 3. †46

Burschen von 14—16 Jahren verlangt Max Leonhard, Goldleistenfabrik, Schlesischestraße 31. †14*

Jackettarbeiterin auf einfache Sachen bei hohen Preisen verlangt Schkoll, Hochmeisterstraße 15. 371b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Gegen hohe Abschluß- und Incassoprovision event. Fixum sucht angesehene, ca. **50 Jahre** bestehende **Lebensversicherungs-Gesellschaft und Sterbekasse** tüchtige Vertreter jeden **Berufs.** Nichtfachleute werden eingearbeitet.

Offerten unter **N. F. 647** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 8.** 100/16*

Färber auf Garderobe gesucht. **Altenbergs Färberei, Weißensee,** Langhansstr. 4. 12*

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die Pianino-Fabrik von

A. Gast & Co.

Frankfurter Allee 117a

ist wegen Lohndifferenzen für alle Branchen **gesperrt.** 144/17*

Zuzug streng fernzuhalten!

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung, Tischler!

In der **Genossenschaft „Union“, Fruchtstraße 35,** herrschen Differenzen. Zuzug fernzuhalten. 189/1*

Der Fachverein der Tischler Berlins.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Schippels Schlußwort.

Genosse Schippel ersucht uns dringend, doch den wesentlichsten Teil seines Schlußartikels zum Abdruck zu bringen, da er die kurze Notiz in Nr. 188 des „Vorwärts", daß er in seinem Schlußwort erkläre, kein Agrarschutzzöllner zu sein, nicht für ausreichend hält. Wir glauben diese Bitte nicht abschlagen zu sollen und geben deshalb die wichtigsten Stellen seines Schlußartikels wieder, obgleich wir nochmals in unsrer Kritik seiner Artikelserie ausführlich auf diese Aeußerungen zurückkommen müssen:

Verschiedene Parteiblätter haben es wirklich fertiggebracht, ihre jüngste „Polemik" auf der Voraussetzung aufzubauen, ich sei — Anhänger der Agrarschutzzölle.

Ich würde dem gegenüber lediglich von einem guten, unveräußerlichen Menschenrechte Gebrauch machen, wenn ich vorerst jede Art der Abwehr ablehnte und einfach die „Ankläger" aufforderte, ihre Unterstellung zu beweisen. Können sie das nicht, so würde es mir, wie in ähnlichem Falle jedem andern, unbenommen sein, ihnen den Rücken zuzukehren und damit die Sache endgültig für erledigt zu halten.

Ich betone nochmals: das wäre mein gutes unbestreitbares Recht.

Ich will jedoch davon keinen Gebrauch machen. Ich will diesen Genossen gern besten Glauben zutrauen. Sie kennen's ja nicht anders. Selber lesen sie nichts, was über die Länge eines kurzen Leitartikels hinausgeht. Oft haben sie gar nicht die Zeit dazu. Wie könnte man also in meinem Falle von ihnen verlangen, sie sollten sich erst meine Schrift ansehen, ehe sie darüber urteilen, Leitartikel schreiben und sich und andre entrüsten! Die Hauptsache ist, daß man sich überhaupt entrüstet, denn das ist immer ein Beweis von Parteieifer und Gesinnungstüchtigkeit. Bloß ihre armen Leser thun mir leid, die ihnen alles auf's Wort glauben müssen.

Also um es kurz zu machen: Es ist mir niemals auch nur im Traume eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein oder etwa gar die Partei für Agrarschutzzölle gewinnen zu wollen. Giebt es doch genug bürgerliche Politiker, die, ähnlich wie ich, den Agrarzöllen nur die Wirkung zuschreiben, einen sonst eingetretenen Preiszusammenbruch verhindert und gemildert zu haben, und die dennoch diese Art von Agrarschutz (eben durch Zölle) rundweg verwerfen. Ich citiere nochmals Zolla, einen der unermüdlichsten Kritiker der französischen agrarischen Handelspolitik: „Der vom Gesetzgeber offensichtlich erstrebte Zweck war, bessere Preise zu erzielen. Dieser Zweck ist nicht zur Verwirklichung gelangt; der Preis des Getreides ist konstant herabgegangen, aber die Zölle haben die Baisse gemildert" (Crise agricole, S. 27). Wird damit unser bürgerlicher Volkswirt zum Agrarzöllner? Fällt ihm gar nicht ein, auch nicht im Traume ein! Als Heilmittel, das allein von Dauer sein könne, empfiehlt Zolla vielmehr, wie so viele noch, die Verminderung der heimischen Produktionskosten durch Hebung der Bildung und geschäftlichen Schulung, durch technische Fortschritte, durch Genossenschaftshilfe und Kreditreform, durch Uebergang zu neuen Produktionszweigen. Ob das vom bürgerlichen Standpunkt aus genügt, das mögen die bürgerlichen Politiker unter sich ausmachen. Aber da vom Arbeiterstandpunkt aus die spezifisch zöllnerische Art der Abhilfe (möglichste Aufrechterhaltung der altgewohnten Preise) noch ganz besondere Ungerechtigkeiten birgt, so wird man als Socialdemokrat erst recht die Subvention der Landwirtschaft speciell durch Zölle abweisen können, selbst wenn man thatsächlich und grundsätzlich eine Agrarkrisis und die Notwendigkeit energischen Staatseingreifens zugesteht. Ein gar trefflicher Beleg hierfür ist der Genosse Kautsky. Er erkennt, wie ich, die Not der Agrarproduktion gleichfalls an; er hat, viel weitergehend wie ich, „nichts dagegen einzuwenden", daß jährlich 500 Millionen, als volles Aequivalent eines 5 Mark-Getreidezolls (des noch gar nicht in Kraft getretenen Minimalzollsatzes für Roggen im Hungertarif!) der Landwirtschaft zugewendet werden; er „muß" sich lediglich „dagegen erklären, daß dies durch den Zoll geschieht". Als einen für ihn bedeutsamen Grund führt Kautsky an, daß die Zollhilfe aufgebracht wird in Form einer „Kopfsteuer, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, ja die Aermeren eher noch mehr als die Reichen". Na also! Warum soll ich alsdann nicht in der Lage sein, zwar die Not und Hilfsbedürftigkeit der Landwirtschaft, wie Kautsky, anzuerkennen, die Wirkung der Zölle rein thatsächlich, ähnlich wie Zolla, zu beurteilen, aber dennoch, Arm in Arm mit Kautsky und Zolla, die specifische Form der heutigen Staatshilfe, nämlich die Hilfe durch Agrarzölle, entschieden abzulehnen — deshalb abzulehnen, weil die Mittel zur Abhilfe nach einem, am meisten für die Arbeiter, durchaus ungerechten Modus aufgebracht werden? Sogar bei der Arbeiterversicherung, bei gesetzgeberischen Anläufen zu durchaus berechtigten proletarischen Zielen (Gegenwartszielen) haben wir Socialdemokraten oft genug die Negation hervorgekehrt, weil uns die Art der Aufbringung der Mittel nicht gefiel. Dann, denke ich, wird es auch als durchaus konsequent angesehen werden müssen, wenn ich, aus dem gleichen Gesichtspunkt, der Agrarkrisis in andrer Weise begegnet sehen möchte wie seitens der Agrarzöllner.

Ich habe darum und aus naheliegenden allgemein politischen Gründen am Schlusse meiner „Handelspolitik" geschrieben (und würde heute höchstens die Stelle über den Brotwucher etwas klarer zu fassen suchen):

„Wie sollten die lohnarbeitenden Massen der Städte in Brotzöllen etwas andres sehen können, wie „Stockprügel auf den Magen"? Wie sollten sie an dem wirtschaftlichen Schicksal ihrer schlimmsten politischen Peiniger und Feinde, die sie überall an der Spitze der Agrarbewegung sehen, das geringste Interesse nehmen?

„Wir mögen uns über die Ursachen der Agrarkrisis streiten, soviel wir wollen — wir mögen die Höhe des „landwirtschaftlichen Notstandes" hoch oder niedrig einschätzen — wir mögen das Eintreten des industriellen Besitzes für Agrarzölle für selbstmörderisch-kurzsichtig oder für weitblickend und notwendig halten —, das industrielle Proletariat wird die Kopfsteuer der Brotzölle stets nicht nur als ungeeignetes Mittel der Hilfe, sondern auch als gewissenlosesten Brotwucher der vereinten Volksfeinde verwerfen. Hier löschen alle, nicht nur denkbaren, sondern auch wirklich bemerkbaren Unterschiede in der mehr theoretischen, allgemeinen Auffassung der handelspolitischen Grundfragen aus vor den drängenden konkreten Entscheidungen der nächsten Gegenwart. Und mehr bedarf eine politische Partei zu ihrer Thätigkeit nicht."

Soviel zur Aufklärung derjenigen Genossen, die bei ihren Entrüstungsartikeln von der unglaublich naiven Voraussetzung ausgingen: ich sei in meinem Buch oder sonst irgendwo für Agrarzölle als eine, für unsre Partei zulässige oder gar empfehlenswerte Art des Agrarschutzes eingetreten.

Für ein ander Mal möchte ich diese etwas vorlauten Genossen allerdings gebeten haben, meine Aeußerungen gefälligst erst zu lesen, ehe sie darüber schreiben. Das ist immer zweckentsprechender, wie das Umgekehrte, und auch mir spart es unter Umständen viel Zeit und Mühe.

* * *

Bereits 1898 — vor sechs Jahren! — habe ich öffentlich meinen Standpunkt in Stuttgart als offizieller Parteitags-Referent vertreten, mit allen wesentlichen, nunmehr in der „Volksstimme" von neuem dargelegten Einzelheiten. Die Ablehnung einer „principiell freihändlerischen" Auffassung, die Behandlung der Zollfragen von Fall zu Fall, die Ausführung, daß die Agrarzölle nur relativ, nicht absolut preisverteuernd gewirkt haben, daß man deshalb bis zum Eintritt andersartiger internationaler Konkurrenzverhältnisse den Fortbestand der Agrarzölle (das heißt: des Eintretens der Industrie für Agrarzölle) vorläufig als wahrscheinlich ansehen müsse — das alles habe ich damals schon des längeren und breiteren entwickelt. Jedoch von irgendwelcher Entrüstung bin ich zu jener Zeit auch nicht das geringste gewahr geworden. Eine Reihe von Parteitagsrednern bedauerte sogar, daß ich die Kautskysche Resolution ohne weitere Umschweife für passabel erklärte, nachdem die Einschaltung „im allgemeinen" erfolgt war.

Zu diesen letzten Ausführungen macht Schippel hinterher folgende Fußnote, um deren Abdruck er uns ganz speciell ersucht:

Das Stuttgarter Protokoll läßt leider gerade im Schlußwort manches zu wünschen übrig, zum Teil durch meine eigne Schuld, da ich wegen der zunächst geplanten Broschürenausgabe auf die Revision meiner Rede geringen Wert legte. Aber daß ich alles heute Gesagte im wesentlichen schon damals hervorhob, möge man aus folgendem ersehen (S. 204):

„Kautsky hat in seinem Referat gesagt, unsre heutigen Schutzzölle sind anders entstanden als die früheren. Heute habe die Furcht vor den Arbeitern die Bourgeoisie den Agrariern in die Arme getrieben und daher komme es, daß wir nicht nur Industrie-, sondern auch Agrarzölle haben. Genossen! Ueberschätzen wir doch nicht unsre Macht, noch dazu in jener Zeit! Nein, die Industrie konnte den großen inneren Markt, den ihr die Landwirtschaft unter den alten Preisverhältnissen bot, nicht verlieren, sie konnte die Landwirtschaft nicht einfach zu Grunde gehen lassen, und darum war sie gezwungen, auch Getreidezölle zu bewilligen.

„Und um so viel teurer ist das Brot doch auch gar nicht geworden, die Getreidepreise auf dem Weltmarkte sind so heruntergegangen, daß wir heute trotz des Zolles noch ebenso billige und billigere Getreidepreise im Durchschnitt haben wie damals.

„Aus demselben Grunde haben wir nicht bloß in Deutschland, sondern in Ländern mit ähnlicher Entwicklung Agrarzölle neben den Industriezöllen . . .

„Ein Vorwurf (Vollmars) könnte so klingen, als ob ich gemeint habe, was aus der Landwirtschaft wird, ist uns gleichgültig. Nein, so kann das gar nicht gemeint sein. Wir werden als Arbeitervertreter immer gegen die Brotzölle kämpfen. Aber unser Verhalten ist nicht allein maßgebend. Wann werden wir denn die Lebensmittelzölle los werden? Etwa wenn die agrarische Krisis so weiter geht? Nein! Ueberschätzen wir doch nicht die Macht (offenbar ist gemeint: die Gegnerschaft gegen Agrarzölle seitens) der Industrie! Wir werden die Kornzölle erst los werden, wenn wir lange Jahre hohe Getreidepreise gehabt haben, und wenn dann die Zölle fallen, dann ist die Landwirtschaft nicht verloren, denn dann werden andre Konkurrenzverhältnisse für Getreide auf dem Weltmarkt sein. So waren meine Worte gemeint, und ich will das hiermit ausdrücklich feststellen, damit nicht etwa behauptet wird, ich hätte gesagt, mag aus der Landwirtschaft werden was will, wir haben kein Interesse daran."

Der Sinn des letzten Absatzes ist trotz der schlechten Wortfassung klar, wenn man das Obengesagte hinzunimmt. — Also alle meine wesentlichen Anschauungen kennt die Partei seit Stuttgart: keine absolute, nur eine relative Preiserhöhung — Unentbehrlichkeit des großen inneren Marktes, den die Landwirtschaft in ihrer bisherigen Entwicklung bietet, für die Industrie — darum vorläufig unerschütterliche Bundesgenossenschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft bis zum Eintritt neuer Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt! Und dann nach sechs Jahren dieses Geschrei über das Unerhörte, Nochniedagewesene!

An die Gast- und Schankwirte Deutschlands!

Kollegen, Parteigenossen! Wir laden Euch hiermit zu einer Konferenz am Mittwoch, den 7. September 1904, vormittags 9 Uhr, in Berlin bei B. Franke, Sebastianstraße 39, ein. Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Gründung eines Verbandes socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Deutschlands. Referent: P. Litfin.
2. Statutenberatung.
3. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses.
4. Gründung eines Verbandsorgans, eventuell Wahl eines Redakteurs.
5. Anträge und Verschiedenes.

Wir bitten Euch nun, in allen Orten unverzüglich zur unsrer Einladung Stellung zu nehmen und die Konferenz zahlreich zu beschicken.

Statutenentwürfe stehen Euch in jeder gewünschten Zahl zur Verfügung.

Nähere Auskunft erteilt auf alle Anfragen

C. Hoffmann, Berlin W., Schöneberg, Maxstr. 25.

Marktpreise von Berlin am 15. August. Nach Ermittelungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**), gute Sorte 17,70—17,64 M., mittel 17,58—17,52 M., geringe 17,46—17,40 M. Roggen**), gute Sorte 13,75—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Futtergerste*), gute Sorte 14,70—14,10 M., mittel 14,00 bis 13,40 M., geringe 13,30—12,80 M. Hafer*), gute Sorte 16,40—15,70 M., mittel 15,60—14,90 M., geringe 14,80—14,20 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—26,00 M. Linsen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00—8,00 M. Richtstroh 0,00—0,00 M. Heu 0,00—0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,00 M. Eier per Schock 4,00—2,40 M.

*) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 17. August.

Anfang 7½ Uhr:
Neues königl. Opern-Theater. Die Fledermaus.
Belle-Alliance. Kam'rad Lehmann. Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Martha, oder: Der Markt zu Richmond.
Westen. Mamzelle Nitouche.
Berliner. Zapfenstreich.
Neues. Salome. Vorher: Logik des Herzens.
Residenz. Die 300 Tage.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Trianon. Die Notbrücke.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Apollo. Venus auf Erden. Specialitäten.
Herrnfeld-Theater. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Stadt-Theater Moabit. Der reiche Pustekohl.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. La belle Georgette. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Die Insel Rügen.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Apollo-Theater.
7½ Uhr: Garten-Konzert.
8 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von Paul Lincke.
9½ Uhr: Die phänomenalen Attraktionen des grossen August-Programms und Rob. Steidl mit neuen Schlagern.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Passage-Panopticum.
Das Bärenweib, lebend.
Der 16jährige Riesenknabe
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Mnemos, Gedankenleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das grösste Ehepaar der Welt
die grösste Sehenswürdigkeit des 20. Jahrhunderts.

Trianon-Theater.
Georgenstraße zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gresac und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Nur noch bis zum 17. August:
Nureddin und Vereddin.
Komische Oper.
Die vorzüglichen Specialitäten!
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Morwitz-Oper.
Mittwochabend 8 Uhr: Vorletztes Gastspiel Heinrich Bötel. Martha, oder: Der Markt zu Richmond. Romantische Oper in 4 Akt. v. Flotow.
Donnerstagabend 8 Uhr: Figaros Hochzeit.
Freitagabend 8 Uhr: Abschieds-Gastspiel Heinrich Bötel im Schiller-Theater O.: Der Troubadour.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)
Geschlossen inkl. Sonnabend.
Morwitz-Oper.
Sonntagnachmittag 3 Uhr bei halben und ermäßigten Preisen: Der Freischütz.
Sonntagabend 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Bötel. Der Postillon von Lonjumeau.
Im Garten: Grosses Militärkonzert.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: Der See-Elefant.
Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Cirkus Sarrasani.
Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Täglich:
5 dressierte Havanna-Schweine.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a—5.
Salome.
Vorher: Logik des Herzens.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Central-Theater
8 Uhr: Einakterabend aus Fritz Reuters Werken: 1. Olle Kamellen. 2. Läuschen und Riemels. 3. Hanne Nütes Abschied. 4. Kochen Päsel. 5. Bräsigs letztes Stündlein. 6. Ein kleiner Beamter.
Emil Richard, kgl. Hofschauspieler, a. G.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtasyl.

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Belle-Alliance-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Kam'rad Lehmann.
Militärposse mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Im Sommergarten Anfang 6 Uhr: Curt Goldmann-Konzert und grosse Specialitäten-Vorstellung.

Residenz-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gavault u. Robert Charvay. Deutsch v. A. Halm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Passage-Theater.
La belle Georgette,
Flammen- und Radium-Tänzerin.
Noranas Dressierte Papageien.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich das Sensations-August-Programm:
Die Blitzfahrt im Todesring.
Latourés.
Parodistische Opernfragmente.
Lins Trio, Kunst-Radfahrer u. v. a. m.
Busch-Liesl.
Original-Volksstück in 6 Bildern von Willhardt.
Im Saale: Ball.
Anfang 4½ Uhr.
Entree 30 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Horsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Heute: Sonder-Abend.
Neue erstklassige Spielfolge.
Garetontruppe.
Morello × The Riprées.
Extra-Tanz. Kaffeeküche.
Anfang 4½ Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend, der 27. August, für Vereine frei.

Diez' Specialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79. Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal: das neue konkurrenzlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit stürmischem Beifall:
Orig. Les trois Dafils, die Fahrt im kleinsten Todesring.
Beste Motor-Renn-Compagnie mit unkopierbaren Original-Tricks.
Orig. Köhley-Trio, sensat. Leiter-Akrobaten und Hochtunkünstler.
Hody Brumlen, der kleine Kobold.
Elsa u. Paul Jeschock, urkomisch.
Orig. Luigia e don Algilo, konkurrenzloser Melange-Akt.
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand 2c.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Bis 2 Uhr: Ball. Entree 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Täglich: Stettiner Sänger.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Strelitzerstr. 1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt 4, 3353. **Hauptbureau:** Zimmer 1—5. Amt 4, 9679.

Mittwoch, den 17. August 1904, abends 8½ Uhr:

15 allgemeine Metallarbeiter-Versammlungen

in den Lokalen:

Germania-Säle, Chausseestr. 103.
Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
Wernaus Fest-Säle, Schwedterstr. 23.
Colberger Salon, Colbergerstr. 23.
Cösliner Hof, Cöslinerstr. 8.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
Kellers Fest-Säle, Koppenstr. 29.
Buggenhagen, Moritzplatz, Oranienstr. 147.
Urania, Wrangelstr. 10/11.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Tegel: Trapps Festsäle, Bahnhofstr. 1.
Rixdorf: Thiels Festsäle, Bergstr. 151/152.
„ **Victoria-Säle,** Hermannstr. 49.
Ober-Schöneweide: Hasselwerder, Hasselwerderstraße 3.
Schöneberg: Weimanns Clubhaus, Hauptstraße 5/6.

Tages-Ordnung: 119/12

1. **Die Aussperrung der Berliner Former und Gießereiarbeiter durch die Kühnemänner und deren Folgen für die Berliner Metallarbeiter!** 2. Diskussion.

In diesen Versammlungen referieren die Kollegen:

Behrend, Cohen, Hartmann, Henning, Körsten, Müller, Pawlowitsch, Petzold, Plath, Scheffler, Stobsack, Wiesenthal, Wücke, Wuschick und **Zernike.**

Bei der Wichtigkeit und dem Ernst der Situation erwartet zahlreichen Besuch dieser Versammlungen

Die Ortsverwaltung.

Die Konferenz der Vertrauensleute des Süden u. Südosten fällt am Mittwoch aus.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht".
Beide Stücke mit den Autoren **Anton und Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11—2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Schweizer-Garten
am Königsth., am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater, Ball u. Specialitäten-Vorstellung.
Das Liserl, Liederspiel v. Kneiss.
Das Damenregiment.
Große Posse mit Ballett u. Evolution von Ch.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: **Mittagstisch.**
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags: **Führmann—Walde-Sänger.**
Sonnabends im Kaisersaal: **Tanz.**

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Soiree:
Tanzkränzchen.
Neu! Zum Schluß: Neu!
Unser Kind.

Berliner Prater
Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: **Der rechte Weg.** Pantomime: **Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.** **Satanello-Trio. Wardinis. Grigolati-Truppe. Konzert, Ball, Specialit.** Anf. 4 Uhr. Eintr. 30 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferst. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Centralverband der Töpfer
(Filiale Berlin).
Todes-Anzeige.
Am 15. August verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser Kollege
Karl Baier.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. ds. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht 196/8
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Sohn, der Schuhmachermeister 32
Max Raue
am Sonntag nach kurzem Leiden gestorben ist.
Um stille Teilnahme bittet
Witwe D. Raue
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Moabiter Krankenhauses aus statt.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verw. Berufsgen. Deutschlands.
(E. H. 34 Hamburg.)
Verwaltungsst. **Charlottenburg.**
Am Sonntagabend verstarb plötzlich an schweren inneren Leiden das Mitglied
Max Raue
im 35. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 5 Uhr vom Moabiter Krankenhause aus statt.
400b **Der Vorstand.**

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme sowie die herrlichen Blumenspenden bei der Beisetzung unsres inniggeliebten, unvergeßlichen
Hermann Bock
sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden, besonders allen Kollegen, unsren tiefgefühlten Dank. 5989Q
Die trauernden Hinterbliebenen.

Junge Handwerker,
ganz gleich welcher Branche, welche gewillt sind, sich mit einem jungen Manne (Kaufmann **mit ca. 6000 Mark,** eventl. auch mehr) selbstständig zu machen, wollen schriftliche eingehende Offerten abgeben an die Expedition dieser Zeitung unter **R. 8.** 390b

---

!! Von 36 Mk. an !!
Herrenanzug n. Maß, neueste Muster, großes Stofflager, feinste Zutaten, 2 Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medaille. **Ludwig Engel,** Prenzlauerstr. 23 II (Alexanderplatz). Gegründet 1892. 4065

Achtung! Glaser! Achtung!
Mittwoch, den 17. d. M., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Entgegennahme des Beschlusses des Arbeitgeber-Verbandes. 73/7
Nur Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Einberufer.**

Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend
(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).
Berichtigung.
Die in Nr. 189 veröffentlichte Versammlung ist nicht eine außerordentliche Mitgliederversammlung, sondern
außerordentliche Generalversammlung.
Der Vorstand.
Hermann Hildebrandt. Wilhelm Kohl. August Süske.

Achtung! Dekateure. Achtung!
Heute Mittwoch, den 17., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal III:
Oeffentliche Versammlung aller in der Dekatur beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung: 1. **Vortrag** des Stadtverordneten Genossen **Kotzke.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 197/6
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Deutscher Buchbinder-Verband
Zahlstelle Berlin.
Morgen Donnerstag, den 18. August, abends 8½ Uhr:
Fortsetzung der ordentlichen General-Versammlung
im grossen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 24/14
Wir richten an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**
Mitgliedsbuch legitimiert!

Sonntag, den 28. August cr., vormittags 10—1 Uhr:
Besuch der ständigen Ausstellung für Arbeiter-Wohlfahrt
in Charlottenburg, Frauenhofer-Strasse 11—12.
Treffpunkt morgens 9 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
Zahlreiche Beteiligung erwartet D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.
Tagesordnung:
1. Unsre Stellung zur Feier des 1. Mai. 2. Werkstattstreiks und Differenzen. 3. Antrag betreffend Erhöhung des Lokalzuschlags bei Streiks.
Vertrauensmänner-Karte nebst Mitgliedsbuch legitimiert.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
87/19† **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer
(E. H. Nr. 2 Hamburg.) Oertliche Verwaltung Berlin.
Donnerstag, 18. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal VII):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
259/14 **Der Vorstand.**

Marmor-Stukkateure!
Mittwochabend 8½ Uhr bei **Ständer,** Hohenstaufen-Straße 79:
Außerordentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
„Der Stand unsrer Bewegung."
Ehrenpflicht eines jeden Kollegen ist es, anwesend zu sein.
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!
178/20 **Die Lohnkommission.**

Central-Verband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Freitag, den 19. August, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):
Außerordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines ersten Kassierers. 2. Bericht des Gesellenausschusses betreffs Chamotte-Arbeit. 3. Gewerkschaftliches.
196/7 **Der Vorstand.**
Stimmzettel werden an den Saaleingängen ausgegeben.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte
Berlins und Umgegend.
Freitag, den 19. August, nachmittags 5½ Uhr, beim Kollegen Franke, Reinickendorf-West, Eichbornstr. 18:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Kommission zur Gründung des Verbandes und Wahl der Delegierten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Antrag des Vorstandes.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein 69/11
Der Vorstand. J. A.: **Ferdinand Ewald.**

Achtung! Fliesenleger. Achtung!
Freitag, 19. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 8:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
der Sektion der **Fliesenleger** des Central-Verbandes der Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Einigungskommission. 2. Gewerkschaftliches.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
292/10 J. A.: **Der Vorstand.**

Nur noch kurze Zeit!
Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 153—156.
Straßenbahn-Verbindung: Linien A, T, V, A/E, 91.
Größte Wasser-Schauspiele der Welt
auf 6000 qm großem See.
In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr. Sonntags 3, 5½ u. 8 Uhr. **Heute Mittwoch, 17. Aug.: Billiger Tag!**
Eintrittspreis: M. 2,10, 1,10, 0,80, 0,60, 0,30.
Morgen Donnerstag, den 18. August: Elitetag, verbunden mit **grossartigem Feuerwerk.** 21/5

Hasenheide 108/114. **Neue Welt.** Arnold Scholz.
Mittwoch, den 17. August 1904:
Grosses Ernte-Dankfest,
verbunden mit
Erntefestzug, Bonbonregen, Fackelpolonaise und **Gratisverlosung wertvoller Damen- u. Herren-Uhren.** Ansprachen des Amtmanns **Pelle** und des Schulmeisters **Quasselich.**
Gala-Specialitäten-Vorstellung
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pfg.
Morgen, Donnerstag: **Elite-Tag!**
MONSTRE-FEUERWERK
zur Erinnerung an die Schlacht bei St. Privat.

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13—15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würstelbuden, Konditorei, Blumenstand rc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Täglich:
Billigste Dampfer-Extrafahrten
von der Michaelkirchbrücke
nach **Müggelwerder** mit Musik. Abfahrt 9 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags. Preis für **bleibende** Gäste 30 Pf. hin und zurück. Sonst 40 Pf. Kinder die Hälfte. Sonntags **einfache** Fahrt 40 Pf. 57652*

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen
Baustellen in schönster Lage **Nieder-Schönhausens** an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochliegendes, trockenes Land, **per □-R. von 85 M. an.** 46192*
Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.